

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

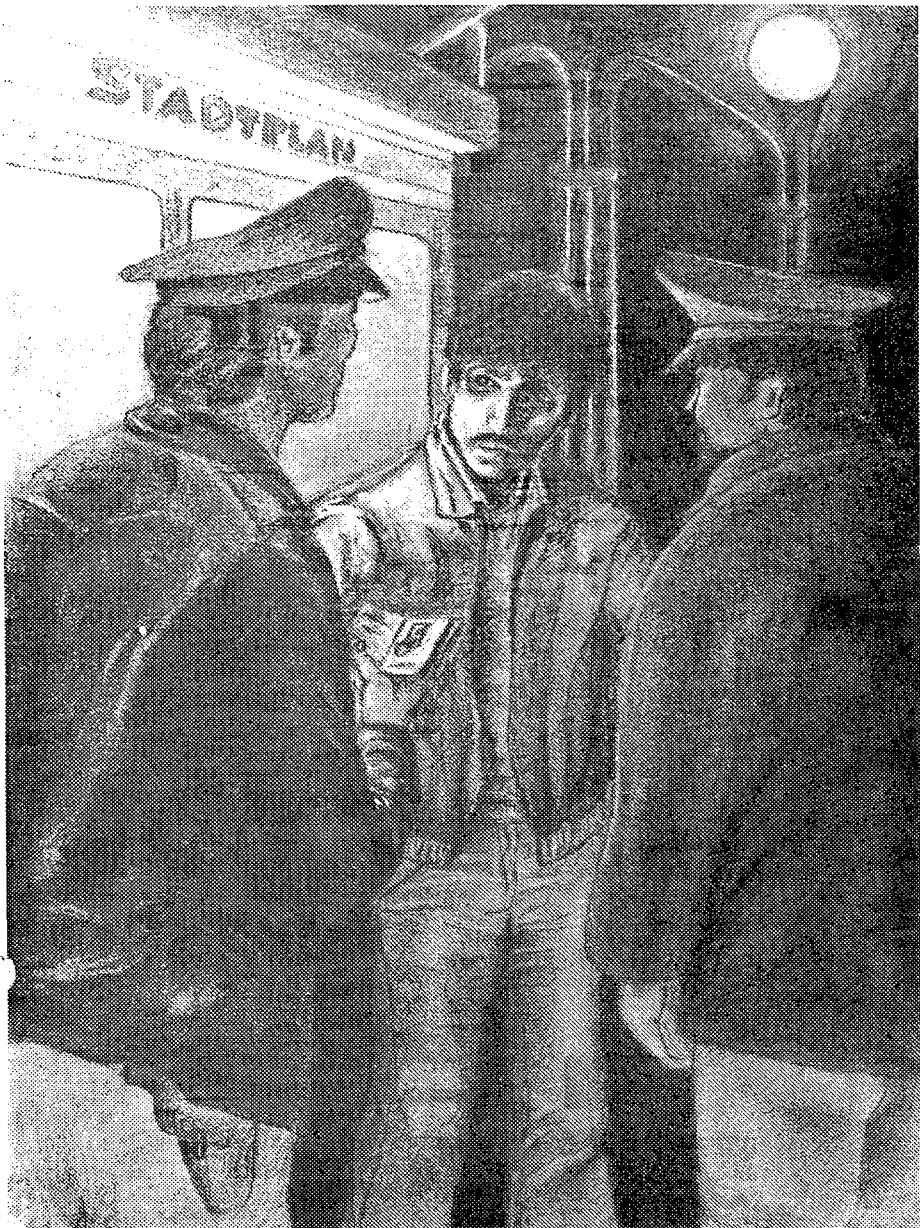
Politische Berichte



13. August 1983
Jg. 4 Nr. 16

G 7756 D

Preis:
2,50



„Der Ausländer kann ... verpflichtet werden, in einer bestimmten Gemeinde ... zu wohnen.“
(§18.3, Gesetz über das Asylverfahren)



Rüstungshaushalt 1984: Die Versicherungskassen werden geplündert, der Sozialhaushalt zusammengestrichen, damit die Bundeswehr kriegsfähig wird
Seite 3



Daimler-Benz: Aufrüstung der südafrikanischen Bastion unter dem „Stern von Untertürkheim“ Seite 25



Nicaragua: Die USA wollen Honduras in einen Krieg gegen Nicaragua treiben
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt**16/1983**

| | |
|--|----------|
| Familienpolitik: „Ich schenke Dir einen Wurm“, sprach der Angler zum Fisch | Seite 3 |
| Aus dem Hause Henkel: Biedenkopf entdeckt Vermögensreserven in Arbeiterhaushalten | Seite 4 |
| DGB-Demonstration gegen die „frauen- und familienfeindliche Politik“ der Bundesregierung | Seite 5 |
| <hr/> Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6 | |
| Ausländerpolitik: Die Ausländer-raus-Methoden der Zimmermann-Politik: Blanker Terror | Seite 7 |
| Katholische Kirche: Bischöfe wollen rechtlose Beschäftigte..... | Seite 7 |
| Agrarpolitik: Kiechles Liebe zu den kleinen Bauern – härter arbeiten, geringere Einkommen | Seite 8 |
| Kuren: Antragsrückgang um ein Viertel | Seite 9 |
| Wohnungsbau: „Baugesetzbuch“ zur Standardsenkung | Seite 9 |
| Libanon: Die Lage der palästinensischen Bevölkerung ein Jahr nach dem Krieg..... | Seite 10 |
| Tschad: Imperialistische Kolonialintervention | Seite 11 |
| Technologietransfer: Kooperation von Hochschulen und Kapitalisten | Seite 12 |
| Rüstungshaushalt 1984: Die Versicherungskassen werden geplündert, der Sozialhaushalt zusammengestrichen, damit die Bundeswehr kriegsfähig wird | Seite 13 |
| Die letzten Hindernisse für schwarz-rot-goldenen Wehrkundeunterricht sind beseitigt | Seite 14 |
| Gewerkschaften bereiten Anti-Kriegstag am 1. September 1983 vor | Seite 16 |
| Hoffen auf Verhandlungslösung in Genf? Die NATO diktieren unannehbare Bedingungen | Seite 17 |
| <hr/> Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18 | |
| Öffentlicher Dienst: Arbeitsbeschaffungsprogramm soll Privatisierungspläne durchsetzen | Seite 19 |
| Graubremse: Kurzarbeitsregelung verbessert | Seite 19 |
| Gesundheitsvorsorge: „Selbsthilfegruppen“ und „Kräutertee“? Plünderung der Lohnabhängigen! | Seite 20 |
| Bosch-Siemens: Kapitalisten mit Geschäftsverlauf zufrieden | Seite 21 |
| Schülerförderung: BAföG – NAföG, die Kürzungen bleiben | Seite 21 |

| | |
|--|----------|
| Stahlindustrie: Neues Prämien system bei Hoesch – erste Erfahrungen | Seite 22 |
| „Gleichmäßigkeit des Betriebssystems“ | Seite 23 |
| Energiepreise: Erstmals Tarifsenkungen der MVV | Seite 23 |
| Studienstruktur: Kurzes Studium und billige Akademiker | Seite 23 |
| Bund heimattreuer Jugend: DLZ wirbt für faschistisches Lager | Seite 24 |
| Prozeß: Anti-Reagan-Demonstranten vor Gericht | Seite 24 |
| Daimler-Benz: Aufrüstung der südafrikanischen Bastion unter dem „Stern von Untertürkheim“ | Seite 25 |
| Daimler-Benz: Rüstungsbetrieb von Anfang an | Seite 26 |
| Stichwort: Daimler-Benz in Südafrika | Seite 27 |
| <hr/> Internationale Nachrichten Seite 28 | |
| USA-Landwirtschaft: Wander- und Saisonarbeit befördern übelste Arbeitsbedingungen | Seite 29 |
| Griechenland: Gewerkschaft fordert Acht-Stunden-Tag | Seite 29 |
| Frankreich: Angriffe auf die ausländischen Arbeiter | Seite 30 |
| Persischer Golf: US-Imperialisten drohen mit Intervention | Seite 30 |
| Namibia: Perfide Spaltungspläne der Imperialisten | Seite 31 |
| Azania: Kapitalisten zum Verhandeln gezwungen | Seite 31 |
| Nicaragua: Die USA wollen Honduras in einen Krieg gegen Nicaragua jagen | Seite 32 |
| Verstärkte Umtreibe des BRD-Imperialismus in Zentralamerika | Seite 33 |
| <hr/> Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34 | |
| „The Student Prince“: Verklärte Spätromantik zwecks Touristenwerbung und Burschenschaftsverherrlichung | Seite 34 |
| Die Bösen tot, die Guten kriegen sich: klassisch? | Seite 34 |
| FdGO-gemäße Gewalt genehm | Seite 34 |
| Golem 100 – das Untier Revolution | Seite 35 |
| NATO-Kumpane: Britische Rheinarmee in der BRD ... | Seite 35 |
| Christliches Europa: Mit dem heiligen Benedikt durch den eisernen Vorhang | Seite 36 |
| Treffen der Kunst- und Theatergruppen 1983 | Seite 37 |
| Mehr Dienstaufsicht und Verbeamtung | Seite 38 |

„Ich schenke Dir einen Wurm“, sprach der Angler zum Fisch

Familienpolitik, da sind sich namhafte Unionspolitiker einig, darf, ja muß sogar auch was kosten. Strauß auf dem CSU-Parteitag:

„Wir müssen die moralisch politische Offensive für die Familie antreten. Das kann sich nicht allein in Gesetzgebungsakten ... erschöpfen. Hier ist eine breite Offensive zur Beeinflussung des Bewußtseins und der Verhaltensweisen unserer Bevölkerung notwendig. Die systematische Auszehrung, die finanzielle Auszehrung der Familie durch die Beseitigung der Freibeträge müssen beseitigt werden; ebenso muß das Problem des gänzlich unzureichenden Kindergeldes nach dem Geißkannenprinzip angepackt werden.“

Ebenfalls im Juli CDU-Generalsekretär und Familienminister Geißler:

„Die Bundesregierung sieht ... in der Familienpolitik eine Schwerpunkt-aufgabe mit absoluter Priorität ... Die wichtigste Konsequenz daraus bei den Beschlüssen für den Haushalt ist die Tatsache, daß die Kindergeldleistungen im Etat des Ministers für Jugend, Familie und Gesundheit nicht gekürzt worden sind ... Ich sehe ein Alarmzei-

Zwar sieht der Haushaltsentwurf '84 bloß eine Kürzung der Bezugsdauer und der Höhe des Mutterschaftsgeldes vor, aber in der Perspektive ist sich die ganze Union einig: für die Familie muß etwas geschehen und zwar baldmöglichst. Die Äußerungen der Unionspolitiker als leere Versprechungen abzutun, wär fehl am Platze. Die Union muß schon eine „familienpolitische Offensive“ starten und dafür auch Haushaltsmittel bereitstellen, selbst wenn der eine oder andere Kapitalistenverband das nicht recht einsehen will.

In der Wählerschaft und auch in der Mitgliedschaft der Unionsparteien stellt sich's bis jetzt ja so dar, daß der Regierungsantritt Vorteile nur dem bringt, der Geld hat. Das sind bei weitem nicht alle Unionswähler und auch nicht alle Parteimitglieder. Das führt zu einer, freilich unspezifischen Unruhe in den Unionsparteien, bei Biedenkopf bemängelt man „fehlende menschliche Wärme“, bei Strauß „diktatorisches Gehabe“, und Unzufriedenheit kommt zum Ausbruch. Es fehlt der einheitliche Bezugspunkt, ein

gung à la Geißler ist was besonderes, er meint nicht die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Er will Geburt und Kindererziehung gleichberechtigt neben andere Arten des Broterwerbs gestellt wissen. Nur so entsteht nämlich die „Wahlfreiheit“. Streng formal gesehen ein Ehegatte, konkret und praktisch gesehen die Frau, kann sich's aussuchen, ob sie gewerbsmäßig in Gebären & Erziehen machen will. Im Originaltext:

„Deswegen wird die Bundesregierung auch ein Erziehungsgeld einführen, sobald die Finanzlage dies zuläßt. Das Kabinett hat in seiner ersten Entscheidung festgelegt, daß spätestens ab 1. Januar 1987 das Mutterschaftsgeld auf alle Frauen ausgedehnt wird. Das Mutterschaftsgeld bekommen in Zukunft auch die selbständig erwerbstätige Frau und alle Hausfrauen.“

Das Mutterschaftsgeld, als Übergangshilfe für lohnabhängige Frauen eingeführt, würde auf diesem Wege zur Prämie für die Lebendgeburt eines Kindes. Das Erziehungsgeld bliebe formal, aber nur formal, geschlechtsneutral, faktisch handelt es sich um den Versuch, durch Sicherstellung eines Minimaleinkommens die alte Hausfrauenrolle etwas finanziell aufzumöbeln. Diese an Geburt und Aufzucht eines Kindes gebundenen Zahlungen werden vor allem ganz armen Leuten „etwas bringen“. Gewiß ist allerdings: Wenn die öffentliche Hand die Kindererziehung in der Familie als einen öffentlichen Dienst bezahlt, so wird sie auch in den Gang dieser Erziehung eingreifen. Das verlangt schon die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler, der sicher wissen muß, daß für sein gutes Geld auch tatsächlich *erzogen* wird.

Hand in Hand mit derartigen Zahlungen, die vor allem in schwachen Einkommenslagen wirksam werden, plant die Union eine stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kindern:

„... wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen, als derjenige, der keine Kinder hat. Das gilt auch für Alleinerziehende.“

Sobald sich eine Anpassung des Tarifs wegen der Inflation nicht mehr verschieben lassen wird, wird man sie „familienfreundlich“ gestalten. Welchen Schnitt die öffentliche Hand auch immer machen wird (denn ganz bestimmt wird man den „Ledigen“ oder „Kinderlosen“ mehr abknöpfen, als die „Kinderreichen“ zu sehen kriegen), fest steht doch, eine solche Änderung



Familienpolitiker Strauß, Geißler & Co brüten an Mutterschaftsprämien: umfassende Verschlechterung der Lage der lohnabhängigen Bevölkerung beabsichtigt.

chen darin, daß allein durch den Rückgang der Kinderzahlen die Kindergeldausgaben 1984 um 600 Mio. DM zurückgehen, ohne daß am Kindergeld ein Pfennig gekürzt wird. Nachdrücklich werde ich mich dafür einsetzen, daß die so eingesparten Mittel ab 1985 nicht für andere Zwecke verwendet werden, sondern in vollem Umfang zusätzlich für den Familienlastenausgleich eingesetzt werden.“

politisches Feld, auf dem sich jeder Unionsanhänger betätigen und auch was ernten kann. Ein solches Feld bietet der Union die Familienpolitik.

Was sind die familienpolitischen Vorhaben der Union? Das geht aus dem Geißlerschen Positionspapier klar und deutlich hervor.

Geißler will vor allem „Gleichberechtigung und Wahlfreiheit in der Familie“ erzielen. Die Gleichberechti-

würde auch „den Familien was bringen“ und zwar um so mehr, je höher ihr Einkommen ist.

Welche Forderungen muß die Arbeiterbewegung gegenüber einer solchen Politik einnehmen? Doch nicht etwa, daß die Geburtsprämie höher sein sollte und früher eingeführt, sondern doch eher die Schaffung öffentlicher Einrichtungen, die Belastung und Risiko durch Schwangerschaft mindern und nicht etwa entgelten.

Doch nicht, daß ein Erziehungsgeld an Private ausgegeben wird, das im wesentlichen dazu dient, die Frau an Haus und Herd zu fesseln, sondern eher die Schaffung von Kindergartenplätzen, insbesondere direkt bei den Betrieben und unter Kontrolle des Betriebs- bzw. Personalrates.

Auf dem Gebiet der Familienpolitik wird sich zeigen, daß eine Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber der Reaktion nicht möglich ist, indem man sich der Kritik bürgerlicher Sozialpolitik enthält und alles gut findet, das irgendwem ein paar Pfennige zuschiebt.

Gegenwärtig läuft die Kritik bürgerlicher Sozialpolitik ganz unter dem Schlagwort „Sozialabbau“, das eine

Richtung der Kritik festlegt. Es würde am bestehenden „sozialen Besitzstand“ gekürzt und zwar so, daß diejenigen, die sowieso am wenigsten hätten, auch noch am meisten verlieren würden. Mit dieser Kritik wird man gegen die Familienpolitik der Unionsregierung nicht ankommen, und es ist sehr zu befürchten, daß Sprachlosigkeit und – da und dort – verhaltener Applaus aufkommen werden, sobald die Union für „die Familie etwas tut“. Zu fragen ist jedoch: was, wie und warum.

Was wird subventioniert? In der Praxis die Hausfrauenrolle. Denn in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle werden derartige Zahlungen bloß als Zusatzeinkommen wirken. An der schlimmen Doppelbelastung der Frauen, die Familie haben und berufstätig sind, wird sich gar nichts bessern, ihnen würde höchstens der Übergang zum Hausfrauendasein erleichtert.

Wie sehen die rechtlichen Bedingungen aus? Bereits jetzt bestehen sehr weitreichende Möglichkeiten zur Anerkennung der Erziehungsberechtigung, allerdings entstehen der öffentlichen Hand dadurch beträchtliche Zusatzkosten. Aber dann? Fällt die Erziehungs-

berechtigung weg, so fallen Kinder- geld, Erziehungsgeld, Rentenansprüche aus der Erziehungszeit mit weg. Das schafft eine Finanzausstattung des Kindes, verwaltungstechnisch des Erziehungsfalles, die eine gesunde Basis für Staatseinmischung abgibt.

Wem nützt diese Politik? Langfristig entsteht ein bedeutender wirtschaftlicher Nutzen für die Kapitalisten. Ist die Arbeiterbevölkerung erst einmal zu großen Familienverbänden zusammengefügt, so kann ein großer Teil der Löhne unter das Existenzminimum eines einzelnen gesenkt werden. Diese langfristigen Vorteile wirken bereits jetzt. Stoltz vermeldet Geißler, daß $\frac{2}{3}$ der Frauen und $\frac{1}{4}$ der Männer an Job-Sharing, d.i. Halbtagsarbeit, Interesse hätten. Die Kapitalisten werden zeigen, wie sich aus diesen Leuten in vier Stunden die Arbeitsleistung von acht Stunden herausholen läßt. Für praktische Ausweitung ist jedoch die Einbettung der Job-Sharing Aspiranten in einen möglichst großen Familienverband wichtig, da kaum jemals halben Lohn leben kann.

Die heutige Generation kennt im großen und ganzen die traurige Exi-

Aus dem Hause Henkel: Biedenkopf entdeckt Vermögensreserven in Arbeiterhaushalten

Vor kurzem legte das vom früheren CDU-Generalsekretär Biedenkopf geleitete Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) eine Studie zu „Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte“ vor. Die bürgerliche Publizistik griff rasch die darin aufgestellten Behauptungen über die beträchtlichen Vermögen auf, die in nahezu allen Haushalten der BRD vorhanden seien – so etwa die, heute lebe „jeder 25. Bürger in einem sogenannten Millionärshaushalt ... etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Haushalten mit einem Vermögen von mindestens DM 100 000“.

Zu solch bemerkenswertem Bild vom Reichtum bis in die Arbeiterhaushalte gelangt das IWG durch die Addition von Eigenheimbesitz (auch wenn noch keine einzige Hypothek an die Banken gezahlt ist) zu dem in Wohnungseinrichtung und Auto vorhandenen „Sachvermögen“ sowie zu dem als Spareinlagen usw. vorhandenen „Geldvermögen“ (auch hier ohne die Kreditschulden abzuziehen). Daß die mehr oder minder großen Sach- und (Reserve)geldmittel, die ein Arbeiterhaushalt zu einer keineswegs üppigen Reproduktion benötigt, verschieden sind von den als „Wertanlage“ etwa in Henkel-Aktien oder Klunkern angelegten überschüssigen Geldmitteln eines CDU-

Professors und noch einmal völlig verschieden von dem zum Zweck der Ausbeutung angelegten „Betriebsvermögen“ eines Kapitalisten, von all solchen Überlegungen ist die IWG-Studie völlig unberührt. So könnte sie zur Seite gelegt werden, wenn ihre Absicht nicht über eine Beschönigung der gesellschaftlichen Zustände hinausginge.

Eine weitere „Vermögensart“ sei noch in Betracht zu ziehen: „Versorgungsansprüche gegen nicht private Versicherungen“: Sie betrügen pro Haushalt runde 130 000 DM, errechnet



Biedenkopf behauptet Reichtum in den Arbeiterhaushalten, in denen der Lohn nicht mehr als die Reproduktion von einem Tag zum anderen deckt.

als nötiges Kapital, um die durchschnittliche Rente für die durchschnittliche Dauer auszuzahlen. „Hieraus sind politische Schlüssefolgerungen für die gesetzliche Altersvorsorge zu ziehen. Die Versorgungsansprüche der privaten Haushalte gegen die gesetzlichen Sicherungssysteme haben ... gewaltige Ausmaße erreicht ... Da diese Ansprüche keinerlei materielle Verankerung haben, sondern ausschließlich politisch gesichert sind, hat der Staat mit der gesetzlichen Altersvorsorge ein politisches und wirtschaftliches Wagnis übernommen, das nicht beliebig ausgedehnt werden kann.“

Nun mag die Addition aller Rentenzahlungen, die die in der BRD lebende Bevölkerung gegenwärtig bezieht und künftig je beziehen wird (wobei nicht einmal Ansprüche abgezogen sind, die wegen vorzeitigem Tod usw. nie fällig werden), zu „Vermögenswerten“ von „3,0 Billionen“ DM blander Unsinn sein. Das Interesse der Vermögensforscher um Biedenkopf an einer Beseitigung der Rentenansprüche ist aber so dringlich, daß wissenschaftliche Genauigkeit unterbleiben mag: „Viele Haushalte könnten heute Aufgaben, die der Staat vor Jahrzehnten stellvertretend für sie übernahm, selbst lösen. Sie könnten die halbe Million Mark, die sie im Durchschnitt im Laufe eines Erwerbslebens an die staatlich organisierten Sicherungssysteme abführen, differenzierter einsetzen und dadurch ihren Familieninteressen und -bedürfnissen gerechter werden.“

stanz des „Zuverdieners“, d.h. eines Menschen, der so wenig verdient, daß er sich allein nicht unterhalten kann, nicht mehr aus eigener Erfahrung. Solche Lebensverhältnisse bedeuten eine Ergänzung der Lohnsklaverei in der Fabrik durch leibeigenschaftähnliche Zustände in der Erholzeit. Jede Freiwilligkeit verschwindet aus dem persönlichen Leben und wird durch ein Geflecht von Zwängen ersetzt.

Die familienpolitische Offensive ist darauf angelegt, mit verhältnismäßig geringen Geldmitteln, die aber sofort eine „Erleichterung für die Familien“ bewirken, eine umfassende Verschlechterung der Lage der lohnabhängigen Bevölkerung einzuleiten. Es wäre sinnlos, dagegen mit der Forderung nach Ausweitung der so verplanten Geldmittel antreten zu wollen.

Eine Besserung der Lage der Arbeiterfamilien wird jedenfalls im wesentlichen von einem passenden Angebot an „Vergartenplätzen und – wenigsten während der Grundschulzeit – einer Ganztagschule abhängen.“

Quellenhinweis: Familienministerium, Pressemitteilungen; Bayernkurier, 23.7.83

Das Biedenkopf-Institut malt als Zukunftsbild: eine „Schicht der Reichen“ (mtl. Brutto-Haushaltseinkommen im Durchschnitt 1983: 13 000 DM) von „2 v.H. der Bevölkerung“. Dann „die Schicht der Wohlhabenden“ (Haushaltseinkommen: 5 430 DM), deren überschüssige Geldmittel künftig in „unternehmerische Aktivitäten“ gelenkt werden sollen. „Lebensrisiken können und müssen sie künftig selbst meistern“, also Aktien und Lebensversicherung statt Rentenversicherung für alle besser verdienenden Angestellten und Beamten. Auch die „mittlere Einkommenschicht“ (3 560 DM) könnte „in erheblichem Umfang auch für ihre Lebensrisiken vorsorgen“ – etwa „einen Arztbesuch mit eigenen Mitteln bestreiten und dafür niedrigere Versicherungsbeiträge“ abführen. Ja, selbst die „unterdurchschnittlichen Einkommen“ (2 370 DM je Haushalt), die vielen Haushalte von Arbeitern und wenig verdienenden Angestellten, könnten auf eine „Fülle staatlicher Interventionen“ verzichten. Bliebe noch die „Bevölkerungsgruppe mit geringen Einkommen und Vermögen“ (1 290 DM monatlich), schlecht verdienende Arbeiter sowie Rentner. Auch ihnen sei zu helfen: die Befreiung von Versicherungzwang schaffe die „ethischen Grundlagen“ bei den „Wohlhabenden“ für christliche Mildtätigkeit.

Meinhard Miegel, Die verkannte Revolution (I), Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Verlag Bonn Aktuell



Die Frauen in der Polsterei bei VW Wolfsburg müssen Schwerarbeit leisten.

DGB-Demonstration gegen die „frauen- und familienfeindliche Politik“ der Bundesregierung

Der Vorstand des DGB ruft für den 18. September zu einer Demonstration gegen die Haushaltsbeschlüsse der CDU-geführten Bundesregierung nach Bonn auf. Da diese Beschlüsse die lohnabhängigen Frauen besonders trafen, stehe die Demonstration unter dem Thema „Frauen gegen unsoziale Sparpolitik im Familien- und Frauenbereich“. Die Frauenabteilungen bei den Vorständen der Einzelgewerkschaften mobilisieren mit eigenen Flugblättern. Sonderzüge und Busse werden bereitgestellt, damit die Demonstration möglichst groß wird. Die ÖTV hat zusätzlich eine Postkartenaktion gegen Bundeskanzler Kohl beschlossen. Sie wendet sich außerdem in Protestschreiben an die zuständigen Minister Blüm und Geißler sowie an die Bundestagsfraktionen.

Der Vorstand der IG Metall greift in einem Flugblatt im einzelnen folgendes an: „Frauen sollen nicht mehr mit 60 in Rente gehen können.“ Er stellt dagegen fest, daß die Gesundheit der berufstätigen Frauen mit 60 Jahren in den meisten Fällen ruiniert ist, lehnt daher das Ansinnen der Regierung ab.

„Bei der Hinterbliebenenversorgung soll keine Teilhaberrente mit Anrechnung von Kindererziehungszeiten eingeführt werden.“ Die IG Metall befürchtet, daß Frauen beim Tod des Partners ihre eigenen Rentenansprüche verlieren und die niedrige Witwenrente erhalten.

„Die Bezugsdauer des Mutterschaftsgeldes soll von vier auf drei Monate und die Höhe von 25 auf 20 DM pro Tag gekürzt werden. Das ist eine Reduzierung um 40%. Diese Maßnahme ist unverantwortlich. Für die erwerbstätigen Frauen bedeutet das Mutterschaftsgeld Lohnersatz. Die Folgen der Kürzung: Die Mehr-

zahl der Arbeitnehmerinnen, die 1982 allein 25 Milliarden an Lohnsteuer gezahlt haben, kann keinen Gebrauch vom Mutterschaftsurlaub mehr machen.“ Des weiteren kritisiert die IG Metall: „Der Mutterschaftsurlaub wird nicht mehr als Beitragszeit in der Rentenversicherung angerechnet, sondern in eine Ausfallzeit verwandelt.“ Damit verliert jede Frau, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs aufhört zu arbeiten, die rentenrechtliche Anerkennung der gesamten Schutzzeit.

Die IG Metall wendet sich außerdem gegen eine Verschärfung des § 218 und dagegen, daß die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden sollen: „Damit wird der Schwangerschaftsabbruch erneut zu einer Frage des Geldes: Die Mehrheit der Frauen wird wieder in die Arme von Kurpfuschern getrieben.“

Die IG Metall protestiert gegen die Verschlechterung von Arbeitsschutzzörschriften von Frauen.

Abschließend stellt sie fest: „Es zeigt sich, was unter der ‚neuen Mütterlichkeit‘ zu verstehen ist ... Den erwerbstätigen Frauen und Müttern wird genommen, was den Unternehmern in Milliardenhöhe gegeben wird.“

Entsprechend argumentieren auch die anderen Einzelgewerkschaften. Der Bundesfrauenausschuß der IG Chemie befürchtet darüber hinaus „Angriffe, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abzubauen“. Er verwahrt sich „gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr“.

Die Demonstration am 18.9. soll der Auftakt zu weiteren Aktionen des DGB sein.

Quellenhinweis: Flugblätter der IGM, ÖTV und IG Chemie

Aufruf zur Protestdemonstration gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei im dritten Jahr

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, haben unsere Kräfte vereinigt, um unsere Stimmen gemeinsam zu erheben aus Anlaß des dritten Jahrestages der Machtübernahme der faschistischen Junta.

Wir unterstützen den verschiedenartigen revolutionären und demokratischen Kampf unserer Arbeiterklasse und unserer Völker in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan, der darauf abzielt, die militärisch-faschistische Diktatur zu stürzen und an ihrer Stelle die demokratische Herrschaft des Volkes zu errichten, wir prangern den Betrug der Junta bezüglich der „Rückkehr zur Demokratie“ und der „Wahlen“ an, und wir verstärken unsere Solidarität mit dem Kampf unserer Völker für ihre eigene Demokratie.

Arbeiter, Werktätige, Revolutionäre,

Demokraten aus der Türkei und Kurdistan!

Der Kampf unserer Völker gegen die militärisch-faschistische Diktatur ist auch Euer Kampf. Beteiligt Euch an ihm und stärkt ihn!

Alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik!

Im dritten Jahr des blutigen und faschistischen Putsches, protestiert auch Ihr mit uns und stärkt uns!

– Schluß mit den Hinrichtungen, der Folter und den Morden der faschistischen Junta!

– Nein zu einer einzigen Gewerkschaft, die unter der Kontrolle der faschistischen Junta steht. Freiheit für die DISK, den TÖB-DER und alle anderen verbotenen politischen, wirtschaftlichen und demokratischen Organisationen des Volkes. Für Tarifrecht und uneingeschränktes Streikrecht.

– Schluß mit der rassistischen, chauvinistischen Politik und den Maßnahmen gegenüber der kurdischen Nation, Schluß mit Zwangsassimilation und Ausrottung, Schluß mit der Politik der zwangsweisen Umsiedlung, die unter dem Decknamen „Sicherheitsgebiete“ betrieben wird.

– Freiheit für alle antifaschistischen Gefangenen und Generalamnestie.

– Nein zur NATO, zu den „schnellen Eingreiftruppen“ der USA, gegen NATO- und US-Militärbasen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, gegen die neuen und erweiterten Abkommen über die Nutzung des Luftraums.

– Schluß mit jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe

für die reaktionäre Militärjunta, allen voran die der Bundesrepublik und der USA.

– Nein zur Ausländerfeindlichkeit, Schluß mit jeglicher Unterdrückung der ausländischen Arbeiter. Den Ausländern müssen gleiche Rechte zuerkannt werden.

– Deutsche, ausländische Arbeiter und Friedensbewegung, Schulter an Schulter und gemeinsam gegen Sozialabbau in der Bundesrepublik, gegen den Versuch, ausländische Arbeiter gegen ihren Willen zurückzuschicken, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Kriegsvorbereitung, gegen die Bemühungen der Junta und der Bundesregierung, Kauf- und Verkaufsverträge bezüglich der Arbeiter aus der Türkei und Türkisch-Kurdistan abzuschließen, gegen die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik.

– Kämpfen für die weltweite Vernichtung von Atomraketen.

– Nieder mit den Angriffen der faschistischen Junta, dieser Marionette des US-Imperialismus, gegen den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes, gegen die revolutionäre und demokratische Bewegung des Irak und gegen die Völker des Mittleren Ostens, nieder mit diesen Angriffen, die in Übereinstimmung mit der irakischem Führung durchgeführt wurden. Es lebe der nationale und soziale Befreiungskampf der Völker des Mittleren Ostens und der Welt und ihre internationalistische Solidarität.

– Im zehnten Jahr grüßen wir das chilenische Volk, das gegen die faschistische Junta des 11. Septembers kämpft.

– Verbot aller neofaschistischen und faschistischen türkischen Organisationen in der Bundesrepublik.

Dev-Genc in Europa, ATIF, BIRKOM (Devrimci Isci, Serxwebun, Iscinin Sesi, Kivilcim, Emekci, Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Savas), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, Kawa, KKDK-Federasyon, KOC-KAK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanism, Tekosin tarafstarları.

Organisationen, die außerhalb der Plattform an der Demonstration teilnehmen: DIDF, Denge Komal, Gercek, KKDK, KHE, Kurtulus, Devrimci Kurtulus. Samstag, 10. September – Köln, 10.30 Uhr – Ebertplatz

Der BWK unterstützt den Aufruf zur Demonstration am 10. September in Köln.

Staatsschutzmethoden gegen RAF-Gefangene

Am 11.10.1983 soll der Prozeß gegen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf beginnen. Beide sitzen seit ihrer Festnahme in Isolationshaft, um sie zu zermürben. Diesem Zweck dient auch ein psychiatrisches Gutachten, das der 5. Strafsenat am 1.7. bestellt hat, wobei nach Angaben von Rechtsanwalt (RA) Matthias neu ist, „daß auf die Konstruktion irgendwelcher „Anhaltspunkte“ für die Notwendigkeit der psychiatrischen Begutachtung verzichtet wird, vielmehr der Gutachter die „Anhaltspunkte“ erst finden soll ... einzelne Gefangene die für (revolutionären) Widerstand und Kampf stehen, (solchen) psychiatrisiert werden, um überhaupt Widerstand hier als etwas Verrücktes, Durchgedrehtes erscheinen zu lassen.“

In Vorbereitung des Prozes-

ses gegen Christian Klar arbeiten die 1. und 2. Strafkammer des Landgerichtes Regensburg daran, durch drastische Verschärfung der Verteidigerpostüberwachung eine wirksame Verteidigung überhaupt unmöglich zu machen. RA Schubert in einer Presseerklärung: „Von ca. 50 übersandten Schriftstücken der Verteidigung wurden lediglich 10 an Christian Klar weitergegeben. (Sie) sind ausschließlich Schreiben des Bundesgerichtshofs, der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes ... Die ca. 40 zurückgewiesenen Schriftstücke ... u.a. befinden sich darunter z.B. Zusammenstellungen der Presseberichterstattung ... über die RAF und die Verhaftung von Christian Klar, Aufsätze von Staatsanwälten und BKA-Angehörigen aus offiziellen Fachzeitschriften zur Terrorismus-

und Verbrechensbekämpfung, Dokumente zur (von der RAF bekämpften) NATO-Strategie

... Wenn sich der Beschuldigte gegen die umfassende Anklagekonstruktion verteidigen will, so muß er das u.a. auch gerade dadurch können, daß er versucht ... herauszuarbeiten, daß hier politische Zwecke und Absichten in strafrechtliches Gewand gehüllt werden.“

Bernd Rösner, der sich seit dem 18.4. in einem Schmutzstreik befindet, um die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen der RAF zu erreichen (er wird seit acht Jahren isoliert), wird nach Angaben von RA Matthias seit 3 Monaten in einem „speziellen Haftraum“ der JVA Straubing der Folter unterzogen: Akustische Isolation, mehrmaliges Wecken nachts, kein Fenster, keine frische Luft. Abgezielt wird auf „den physischen und psychischen Zusammenbruch“, um „ihn zur Aufgabe seines Kampfes zu zwingen“.

Einfach Skandale?

Die Gelegenheiten, die von den Grün-Alternativen zur Klärung ihrer Positionen genutzt werden, mögen nicht nach jedermann's Geschmack sein, und daß oft sehr grundsätzliche Fragen an solchen Beispielen geklärt werden, auch nicht. Aber es ist die bürgerliche Presse, die die Grünen zur Positionsklärung anlässlich von Skandalen zu zwingen sucht; die Grünen halten sich lediglich Drei Beispiele: Der hämische Freude, durch den früheren Nazi Vogel eine personelle Brücke zwischen den Grünen und den Nazis nachweisen zu können, folgte eine matte Klage über mangelnde Menschlichkeit im Umgang mit Alten, als die Grünen Vogel zum Rücktritt zwangen. Groß ist bis jetzt noch die Aufregung wegen der von der Bildzeitung so genannten Wiesbadener Bluttat. Irgendwann wird klar werden, daß der hessische Landtag US-Generale, die sich ja nicht selbst eingeladen hatten, zum Zwecke der Provokation der Grünen benutzt hat. Es war schon am Platze, auf diese Provokation mit einer Demonstration zu antworten. Den dritten und bislang letzten Skandal machte die Bildzeitung aus dem sog. Grabschen. In dem Flugblatt aus Kreisen der Grünen heißt es tatsächlich, ein männliches Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion habe seine „vermeintlichen Direktorenansprüche“ gegenüber weiblichen Mitarbeitern geltend gemacht, sodann kam die Rede aufs sog. „Grabschen“. Wenn weibliche Mitglieder der anderen Bundestagsfraktion dagegen vorgehen, daß sich jemand als Direktor fühlt (wozu das Recht auf Grabschen nun mal gehört), so ist das auch besser als wenn sie danach streben, Direktoren zu werden. Was bleibt? Mitwirkung am Nationalsozialismus an gehobener Stelle ist also für die Grünen keine Jugendsünde, sondern disqualifizierend. Niemand, auch ein Landtagsabgeordneter nicht, kann gezwungen werden, mit einem General zusammen Feierlichkeiten zu begehen, als ob nichts wäre. Niemand, auch ein Bundestagsabgeordneter nicht, soll in der Grünen Partei die Privilegien eines großen kapitalistischen Tieres geltend machen. Die Presse ist so biestig, weil sie insgeheim in jedem Punkte auf eine gegenteilige Entscheidung gehofft hat.

Ausländerpolitik

Die Ausländer-raus-Methoden der Zimmermann-Politik: Blanker Terror

Seit März liegt der Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden, die zahlreiche Verschärfungen der arbeiterfeindlichen Ausländerpolitik vorschlug, vor. Termingerecht zum 1.8.83 wurde vom Bundesinnenministerium zur Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz im September ein Bericht über Erfahrungen mit dem Asylrecht, das aller Voraussicht nach verschärft werden soll, an die Innenministerien der Länder geschickt. Angeheizt durch die regierungsoffizielle Ausländerfeindlichkeit insbesondere gegenüber türkischen Arbeitern ist schon jetzt, obwohl viele der reaktionären Pläne noch nicht in Gesetzesform gegossen sind, ein härteres Vorgehen der Behörden zu registrieren.

Nicht zufällig haben schon 1982 zum ersten Mal seit 1977 mehr türkische Arbeiter die BRD verlassen (müssen), als zugezogen sind (minus 44 139). Bewerkstelligt wurde dies u.a. durch die drastisch geänderte Asylpraxis. Asylbewerber 1980: 107 818 (davon „Ostblockflüchtlinge“ 6,4%); 1981: 49 391 (28,9%); 1982: 37 423 (30,8%). Die angewandten Methoden sind: Visumzwang, Geldentzug, Einlieferung in Lager etc. Daß Terrorisierung der gesamten türkischen Arbeiterbevölkerung der BRD Hebel zur Förderung der „Rückkehrbereitschaft“ sein soll, machte Zimmermann in der Türkei gradheraus klar.

Die Kommission hatte u.a. vorgeschlagen, den Bezug von Arbeitslosenhilfe zum Ausweisungsgrund zu erklären. Bisher stellten Bezüge aus Sozialversicherungen (im Gegensatz zum Bezug von Sozialhilfe) rechtlich keinen Ausweisungsgrund dar. In Gelsenkirchen wurde kürzlich einer Türkin mit drei Kindern die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert, obwohl sie eine Knappschaftsrente bezieht. Mit dem Tod ihres Mannes sei der Einreisezweck Familienzusammenführung „entfallen“. „Zusammen kommen, zusammen gehen“ soll laut Zimmermann sowieso zum Grundsatz werden. Geschiedene türkische Arbeiterfrauen sollen ausgewiesen werden. Zwang? Zimmermann: „Die Stellung der Frau ist in der Türkei anders als bei uns. Wir wollen uns nach den Geflogenheiten der Türkei richten.“ Der Kapitalistenverband BDA hat im März 1983 vorgeschlagen, „die Dauer des Bezuges von Leistungen bei Arbeitslosigkeit für Ausländer“ zu verkürzen.

Das Ergebnis wäre eine schnellere Rückstufung auf den Arbeitslosenhilfesatz und sodann Ausweisung. Jeder, der nicht schnell, egal bei wem und egal zu welchen Bedingungen, Arbeit findet, soll ausgewiesen werden. Jeder also, den die Kapitalisten nicht zur Senkung des allgemeinen Lohnniveaus



Kinder mit Gemeinschaftsverpflegung im Lager Wernberg (links). Die erzwungenen elenden Wohnverhältnisse für Ausländer sind ein Ausweisungsgrund.

und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nutzen können.

Laut Kommissionsbericht soll bei der Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wieder verstärkt berücksichtigt werden, ob der ausländische Arbeiter „angemessenen Wohnraum“ (je nach Bundesland ca. 9 bis 12 qm Wohnfläche pro Person) nachweisen kann. In Spandlingen wurden am 28.7. 20 türkische Bewohner eines Hinterhauses, denen am 26.7. eine auf zwei Tage befristete Räumungsaufforderung zugestellt wurde (den im Vorderhaus wohnenden Deutschen wurden „nur“ die Mietverträge gekündigt), unter Polizeiaufsicht auf die Straße gesetzt. Ersatzwohnraum wurde nicht gestellt. So schafft die Behörde Gründe für die ausländerrechtliche Verweigerung von Arbeits- und Aufenthaltsverlaubnis.

Schon seit Jahren werden türkische Arbeiter (nicht „nur“ abgelehnte Asylbewerber, sondern z.B. Sozialhilfebezieher – allein § 10 Ausländergesetz nennt ca. 30 Ausweisungsgründe) in einem Umfang aus der BRD gewiesen, der ausreicht, eine Bedrohung für alle darzustellen. In Nordrhein-Westfalen wurden vom 1.1.83 bis zum 31.7. 1983 471 Türken abgeschoben (1972: 205; 1974: 830; 1976: 535; 1978: 639;

1980: 1062; 1982: 847). In Bayern wurden 1982 509 türkische Arbeiter abgeschoben. In NRW und Bayern leben knapp 50% der türkischen Arbeiter; die Zahlen hochgerechnet berechtigen zu der Annahme, daß 1982 ca. 2700 türkische Arbeiter aus der BRD abgeschoben wurden. Zu berücksichtigen ist, daß nur abgeschoben wird, wer dem Ausweisungsbefehl nicht „freiwillig“ folgt. – Keineswegs bleibt in der Türkei verschont, wer nicht aus politischen Gründen ausgewiesen wurde. Im Juli wurde ein in der BRD arbeitender Türke während seines Heimurlaubes inhaftiert, weil dessen Bruder sich dem

dortigen Armeedienst entzogen hatte.

Nur den Kapitalisten nutzt es, wenn in der BRD mit türkischen Arbeitern umgesprungen werden kann wie mit Vieh auf dem Verladebahnhof. Immer schon waren Angriffe auf einen Teil der Arbeiter Vorboten eines Generalangriffes auf die gesamte Klasse.

Quellenhinweis: „Das Ausländerproblem“, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, März 1983; UZ, 26.7.83; taz, 21.7., 28.7., 1.8.83

Katholische Kirche Bischöfe wollen rechtlose Beschäftigte

Rechtzeitig zur Lohnbewegung 1983/84 hat der „Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz“ seine Auffassung, kirchliche Beschäftigte müßten rechtlos sein und seine Kampfansage gegen die Gewerkschaft ÖTV bekräftigt. Auf seiner Vollversammlung am 21.7.83 hat er eine Zehn-Punkte-Erklärung verabschiedet und außerdem die Einrichtung einer „Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts“ beschlossen. Die Bischöfe erklären, daß im kirchlichen Dienst „nicht allein Arbeitskraft,

Funktion und Leistung gefragt sind, sondern die Person selbst“, und „auch die hauptberuflich Tätigen sollen dafür gewonnen werden, über ihren beruflichen (d.h. bezahlten, d. Verf.) Dienst hinaus bei der Verwirklichung der Aufgaben der Kirche aus freien Stücken mitzuarbeiten“. Darauf sei bei den jetzt Beschäftigten und vor allem auch bei Neueinstellungen zu achten.

Die Bischöfe begründen das mit der Besonderheit des kirchlichen Dienstes, der nicht mit Lohnabhängigkeit im außerkirchlichen Bereich zu vergleichen sei. Allerdings trauen die Bischöfe dieser unsinnigen These selbst nicht viel Überzeugungskraft zu und den Beschäftigten keine Freiwilligkeit bei der Ableistung von unbezahlter Arbeit. Sie erklären nämlich, „Arbeitskampf durch Streik oder Aussperrung ist mit den Grunderfordernissen des kirchlichen Dienstes unvereinbar“. Sowieso kann sich die katholische Kirche die Durchsetzung solcher Rechtsverhältnisse nur erhoffen, weil genügend verfügbare Arbeitskräfte vorhanden sind.

Ein Hindernis hingegen stellt die ge-

werkschaftliche Organisierung der Beschäftigten dar. Zwar räumen ihnen die Bischöfe ein, „Koalitionen“ zu bilden, von Gewerkschaften, die es ja gibt, ist jedoch nicht die Rede. Dafür legen sie fest, was die „Koalitionen“ nicht dürfen, nämlich „kirchenfeindliche Ziele verfolgen“. Solche sind: „Die Betätigung in einer Vereinigung darf nicht darauf gerichtet sein, die ... erlassenen Mitwirkungsregeln des kirchlichen Dienstes zu bekämpfen oder außer Kraft zu setzen. Deshalb ist Werbung für Tarifvertrag und Streikrecht ausgeschlossen.“ Gott und die deutschen Bischöfe währen ewiglich. Amen, und die Gewerkschaft ÖTV soll entweder kapitulieren oder sie wird zur kirchenfeindlichen Organisation erklärt. Damit wäre die Organisierung in der ÖTV für Beschäftigte der katholischen Kirche ein Entlassungsgrund. Die ÖTV protestiert in einer Presseerklärung gegen die antigewerkschaftlichen Absichten der Bischöfe und behält sich Gegenmaßnahmen vor.

Quellenhinweis: Pressedienst der Deutschen Bischofskonferenz vom 21.7.83; FAZ vom 27.7.83

ern. Man erinnere sich: Unter dem Vorsitz Kiechles und mit besonderem Drängen der BRD haben die Agrarminister der EG-Staaten im Mai beschlossen, die Agrarpreise um weniger als die Inflationsrate zu erhöhen, so etwa steigt bei Milch der Erzeugerrichtpreis für westdeutsche Bauern gerade um 1%. Wird nun noch das Futtermittel verteuert, indem durch Zölle die aus Nicht-EG-Ländern importierten Futtergetreide und Getreidesubstitute auf das Preisniveau der EG angehoben werden, und verwendet ein Bauer weiterhin Futtermittel im gleichen Umfang wie bisher, sinkt sein Erlös durch gestiegene Produktionskosten, die er nicht durch höheren Verkaufspreis wettmachen kann. Wer als kleinerer Bauer vielleicht schon so hoch verschuldet ist, daß er nun erheblich weniger Kraftfutter verwenden muß als bisher, muß bald aufgeben: Die Milchleistung der Kühe ohne entsprechende Fütterung geht sehr stark zurück.

Der größere oder „tüchtigere“ Bauer mag versuchen, einen Ausgleich durch stärkere eigene Futtererzeugung zu schaffen. Das setzt entsprechenden Landbesitz voraus (z.B. gutes Grünland, Ackerland für Maisanbau) und erfordert jedenfalls höhere Arbeitsleistung der Bauernfamilie, um dieses Futter zusätzlich zu produzieren.

Eine Ausdehnung der Produktion durch Ankauf weiterer Kühe wäre ebenfalls nur für „leistungsfähige“ Milchbauern möglich, die zugleich ihre Landfläche durch Zukauf oder Zupacht ausdehnen können – der Erzeugerpreis wäre laut Kiechles Vorschlag nur noch für eine begrenzte Menge Milch je Hektar Landfläche staatlich garantiert.

Die Wirkung der Verteuerung der Kraftfuttermittel ist somit die gleiche wie eine direkte Senkung der Erzeugerpreise: Die kleineren und mittleren Bauern, die weder in der Lage sind, Einkommensverluste durch eine Stei-

Agrarpolitik

Kiechles Liebe zu den kleinen Bauern – härter arbeiten, geringere Einkommen

Müssen nicht gerade die armen Bauern mit dem CSU-Agrarminister Kiechle zufrieden sein? So verspricht er ihnen Unterstützung gegen die „Agrarfabriken“ und legt sich dabei selbst mit den Professoren des Wissenschaftlichen Beirats in seinem Ministerium an, die weitere massive Erzeugerpreissenkungen fordern und verarmte Bauern auf Sozialhilfe verweisen wollen. Stattdessen wolle er endlich die Bauern vom Druck befreien, ständig mehr und intensiver zu produzieren, um die real gefallenen Erzeugerpreise auszugleichen. Nicht Preissenkung, sondern Mengenanpassung sei die Lösung für die wachsende Überproduktion etwa von Milch, die sich weder innerhalb noch außerhalb der EG absetzen läßt. Eine solche Anpassung beträfe vor allem die größeren Bauern, die aber gewisse Einkommenseinbußen verkraften könnten. Auch die beabsichtigte Einschränkung der Futtermittelimporte helfe den kleinen Milchbauern, die dann ihr Viehfutter wieder selber produzieren könnten, und sich damit Einkommenssicherheit verschaffen würden.

Wird Kiechle tatsächlich von der Liebe zu den kleinen Bauern bewegt? Zunächst sein Vorschlag für die milcherzeugenden Bauern im einzelnen:

Der Landwirtschaftsminister der BRD schlägt in Übereinstimmung mit der EG-Kommission vor, die Einfuhr von Futtermitteln wie Soja, Maniok

und Maiskleberfutter aus Nicht-EG-Ländern (zu einem großen Teil aus den USA) durch höhere Zölle zu verteuern und auch mengenmäßig zu begrenzen. Für Milch soll nicht mehr für beliebige Mengen der garantierte Erzeugerpreis gezahlt werden, sondern nur noch zum Beispiel bis 12000 Liter jährlich abgelieferter Milch je Hektar Landfläche. Was wären die Folgen für die Einkommen und Arbeitsbedingungen?

Auf jeden Fall sinken die Einkommen für die Masse der kleinen und mittleren milchproduzierenden Bau-

| Bestand an Milchkühen | Betriebsgröße in ha Landfläche | | | | insg. |
|---|--------------------------------|---------------|---------------|--------------|---------------|
| | bis 5 | 5 bis 20 | 20 bis 50 | über 50 | |
| Zahl der Betriebe mit Milchkühen | | | | | |
| 1 bis 10 | 59298 | 148916 | 18398 | 922 | 227534 |
| 11 bis 19 | 378 | 52431 | 51744 | 1997 | 106550 |
| 20 bis 49 | 117 | 12589 | 60050 | 9837 | 82593 |
| 50 bis 99 | 4 | 26 | 2482 | 3321 | 5833 |
| 100 u. mehr | 1 | 2 | 25 | 259 | 287 |
| zusammen | 59798 | 213964 | 132699 | 16336 | 422797 |
| Zahl der Milchkühe | | | | | |
| Milchkühe | 188400 | 1930200 | 2724100 | 599100 | 5441800 |

Quellenhinweis: Agrarbericht 1983

Die Mehrzahl der milchproduzierenden Bauern in der BRD sind kleine oder mittlere Bauern. Durch ständige Senkung der Erzeugerpreise wurden die Bauern gezwungen, ständig mehr und intensiver zu produzieren: Betrug die jährliche Milchleistung je Kuh 1970/71 noch 3915 Liter lag sie 1981/82 bei 4563 Liter.

gerung der Produktivität und Ausdehnung der Produktion wettzumachen, noch dadurch, daß sie sich immer mehr krummlegen und schinden, werden über kurz oder lang ruiniert.

Kiechles Propaganda für den Schutz der kleinen Bauern ist nichts als die Begleitmusik für ein Programm zur weiteren Vereitelung zahlreicher Bauern. An den Zielen der Agrarpolitik der westdeutschen Imperialisten hat sich mit seinem Amtsantritt nichts geändert. Nachwievor sollen die Nahrungsmittel von den Bauern billig produziert werden, um die Löhne niedrig zu halten. Zugleich soll die „EG-Autarkie“ gewährleistet bleiben, d.h. daß die Imperialisten den erreichten hohen Grad der Unabhängigkeit bei der Versorgung mit den entscheidenden Lebensmitteln halten können. Eine Verringerung der Einfuhr von Futtermitteln aus den USA und Ländern der Dritten Welt sowie eine Ausdehnung und Verbilligung der Futtermittelproduktion innerhalb der EG stärkt die „Selbstversorgung“ und mag der Grund für Kiechles Pläne sein. Diese strategischen Ziele der Imperialisten nehmen aber keineswegs den Druck von den Bauern, ständig mehr und intensiver zu produzieren.

Zwar mag das die Hoffnung der Mitgliederversammlung des Bauernverbandes gewesen sein, als sie Anfang Juli in ihrer Entschließung verabschiedete: „Durch Preisabschläge auf die einzelbetriebliche Mehrerzeugung ist die jährliche Erzeugung einzudämmen ... So erhalten die Milcherzeuger die notwendige betriebswirtschaftliche Orientierung, den Einsatz von zugekauftem Kraftfutter nicht wie bisher zu steigern und stattdessen die Milcherzeugung wieder stärker auf die betriebseigene Futtererzeugung zu stützen.“ Und auch die als „Agraropposition“ gegen die CDU-Führung im Bauernverband aufgetretene „Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt“ mag eine Milderung der Konkurrenz, der die kleinen Bauern unterliegen, erwarten, wenn sie in ihrem auf dem Bauerntag vorgelegten „Sofortprogramm zum Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“ fordert: „Einschränkung der Futtermittelimporte und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an eigenen Futtermittelgrundlagen“.

Die Pläne Kiechles lassen allerdings die Erfüllung solcher Hoffnungen nicht erwarten: Werden die Produktionskosten für den Milchbauern erhöht – sei es durch höhere Ausgaben für gekaufte Futtermittel, sei es durch erhöhten Arbeitsaufwand zur Erzeugung eigener –, ohne daß gleichzeitig der Erzeugerpreis für Milch erhöht wird (dieser vielmehr real sinkt), was bleibt dann dem kleinen und mittleren Bauern anderes übrig, als zu versuchen, mit noch mehr Schinderei und

Einschränkung des Konsums seine Produktion auszudehnen und zu verbilligen?

Und so erhält die Liebe Kiechles für den „bäuerlichen Familienbetrieb“ und seine Polemik gegen „Agrarfabriken“ auch ihren Sinn: Warum soll die Monopolbourgeoisie nicht für den kleinen Bauern schwärmen, wenn dieser Nahrungsmittel billig produziert für ein Einkommen und zu Bedingungen, die gegen Fabrikarbeiter kaum durchzusetzen wären?

Kiechle, Rede zum Deutschen Bauerntag, 1.7.83; Bundestag, Plenarprotokoll 10/8; Entschließung der Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes

Kuren Antragsrückgang um ein Viertel

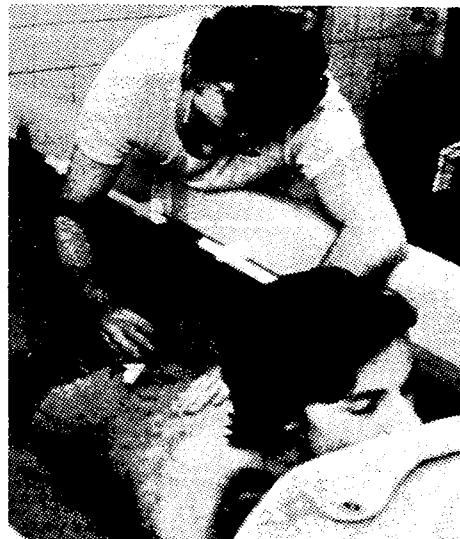
Im ersten Quartal 1983 haben Arbeiter, Angestellte und Beamte bei den Rentenversicherungen gegenüber dem ersten Quartal 1982 25,5% weniger Kuranträge gestellt. Schon 1982 waren 27% weniger Anträge gestellt worden als 1981. Bis zu diesem Zeitpunkt war ein stetiges Ansteigen von Anträgen und durchgeföhrten Kuren verzeichnet worden. Die Rentenversicherungsträger haben bis Juni 1983 15000 Betten in ihren Vertragskliniken gekündigt.

Seit Inkrafttreten des Zweiten Haushaltsgesetzes am 1.1. 1982 dürfen Kuranspruchsberichtige nur noch alle drei, nicht mehr alle zwei Jahre eine Kur antreten. Seit dem 1.1. 1983 müssen sie pro Tag 10 DM Eigenanteil bezahlen, bei einer vierwöchigen Kur also 280 DM.

Vor allem die älteren Lohnabhängigen sind nach Jahrzehnten Schuftei auf Kuren angewiesen, hauptsächlich aufgrund von Erkrankungen des Bewegungsapparates, also des Verschleißes von Gelenken, Bandscheibenerkrankungen, Erkrankungen des Skeletts. 84% der Antragsteller mit solchen Verschleißerkrankungen waren 1978 (neuere Zahlen liegen uns nicht vor) zwischen 40 und 65 Jahren, bei Kuren zur Behandlung der Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems lag der Anteil dieser Altersgruppe bei 90%. Beschäftigte dieser Altersgruppe werden auch als erste entlassen. Was wunder, daß sich immer weniger trauen, Kuranträge zu stellen?

Die SPD behauptet, sie sei zu ihren Regierungszeiten von der FDP zu den Restriktionsmaßnahmen im Gesundheitswesen gezwungen worden. Nun in der Opposition, hat sie im Juni 1983 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Eigenbeteiligung der Versicherten an den Kosten der Kur- und Krankenhausbehandlung eingebracht. Die Grünen unterstützen diesen Entwurf. Die Regierungskoalition hat anderes vor.

Es geht ihr nicht einfach um mehr Eigenbeteiligung der Versicherten an den Kosten der Rentenversicherung. Es geht ihr vielmehr darum, die Ausgaben der Rentenversicherungen für Kuren und Renten zu kürzen, indem weniger Kuren in Anspruch genommen werden. Unter dem Stichwort „individuelle Gestaltungsmöglichkeit für den Arbeitnehmer“ plant sie ein Gesetz, nach dem die Versicherten ihre Verpflichtung zur Zahlung von 10 DM bei Kuren je Kalendertag durch Verzicht auf einen Teil ihres Urlaubs ablösen kön-



Jede dritte Kur dient der Behandlung von Verschleißerkrankungen

nen. Das wird auf einen deutlichen Rückgang der Kuren hinauslaufen. Weniger Kuren, mehr arbeiten – folgt daraus nicht die größte Rentenersparnis, nämlich die Nichtinanspruchnahme der Rente aufgrund des frühzeitigen Sterbens der alten Arbeiter? Das zeichnet sich jetzt schon in einem Rückgang der Lebenserwartung gerade der Schwerarbeiter ab.

Quellenhinweis: Sozialpolitische Informationen, 26.7.83; Bundestag, Plenarprotokoll 10/15

Wohnungsbau „Baugesetzbuch“ zur Standardsenkung

Das von Bundesbauminister Schneider geplante „Baugesetzbuch zur Vereinfachung und Verringerung der Bauvorschriften“ wird frühestens Ende der 80er Jahre realisiert werden können, aber bis Ende 1986 sollen die Entwürfe fertig sein. Nachdem verschiedene Mieterhöhungen und Förderungsprogramme zugunsten der Rentiers in den letzten Jahren beschlossen wurden, sollen nun die Wünsche der Rentiers nach Beseitigung „hemmender“ Bauvorschriften erfüllt werden. Immerhin geht es um ein Investitionsvolumen von über 200 Mrd. DM jährlich.

Bundesbauminister Schneider will dafür sorgen, daß „die privaten Bauherren gegenüber den Baubehörden mehr Rechte erhalten“ und „die Möglichkeiten einzelner Bürger, Bauvorhaben in Milliardenhöhe zu blockieren, gestrafft werden“. Um rund 20% soll sich das Bauen verbilligen, vorwiegend indem bestehende Mindestvorschriften gesenkt oder sogar beseitigt werden.

Die jetzt in Angriff genommene Durchsetzung der Senkung von Mindestvorschriften ist nur der letzte Schritt. Denn die Untersuchungen zu diesem Thema wurden noch von der sozialliberalen Koalition 1980/81 in Auftrag gegeben. Eine Übersicht dieser Untersuchungsergebnisse wurde jetzt vom Bundesbauminister veröffentlicht (Kosten- und Flächensparendes Bauen, Nr. 03.097). Entgegen der öffentlichen Diskussion sind in diesen Untersuchungen zumindest auch die Interessen der Mieter wiedergegeben: „Die Kritik am Sozialen Wohnungsbau hat also zwei Seiten: – aus wirtschaftlicher Sicht müßten die Herstellungskosten gesenkt werden, – aus Bewohnersicht ist eine höhere Qualität von Wohnungen und Wohnumgebung zu fordern!“

Auch bei der Frage der Reduzierung der Standards kommen unterschiedliche Interessen zutage: „Aufschlußreich ist die Tatsache, daß noch zwei Drittel der Befragten eines sehr gut verdienenden Haushalts (über 5000 DM) Verzichtsbereitschaft signalisieren. (Bei niedriger verdienenden Haushalten liegt sie teils höher, teils ist der Standardanspruch ohnehin schon auf ein Minimum heruntergeschraubt und kaum mehr zu reduzieren. d. V.) Tatsache ist also, daß doch die überwiegende Zahl der Nutzer im Zuge des Bauprozesses qualitäts- und damit kostenmäßig zu hoch gegriffen hat.“ (ebd.) Hier schimmert durch, daß die Frage der Standards der niedrig verdienenden, selbstnutzenden Hauseigentümer in erster Linie eine Frage des Geldbeutels ist.

Der Mieter der Sozialwohnung hat jedenfalls heute schon eine schlechte, aber teuere Wohnung. Die jetzt geplanten Verringerungen des Standards machen vor keiner Schranke halt. In der Reihenfolge der Wirksamkeit werden folgende Kostensenkungen vorgerechnet bei zweigeschossigem Reihenhaus: Verzicht auf Keller (40000 DM), Reduzierung des Brandschutzes (10000 DM), des Schallschutzes (6000 DM), der Mindestgeschoßhöhe um 20 cm (5600 DM). Ein solches Haus mit 77 m² Wohnfläche wird für 190000DM Gesamtkosten angeboten. Ob und wie weit solche Standards reduziert werden, hängt weitgehend davon ab, wie diese Absichten bekämpft werden.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 25.7.83; Bundeswohnungsbauministerium, Kosten- und flächensparendes Bauen Nr. 03.097

Libanon

Die Lage der palästinensischen Bevölkerung ein Jahr nach dem Krieg

Die Zahl der Palästinenser, die in der BRD Asyl suchen, nimmt in den letzten Wochen stark zu. In West-Berlin allein sind es ca. 35000, die unter unerträglichen Bedingungen nicht viel mehr als die Abschiebung erwarten. Ein Jahr nach dem Krieg fliehen viele Palästinenser aus dem Libanon. Warum? Auffallend ist das zeitliche Zusammentreffen mit der extrem schwierigen politischen Situation für die PLO (siehe Politische Berichte, Nr. 14/83). Unter welchen Bedingungen leben die palästinensischen Massen im Libanon?

Der Südlibanon, wo sich die großen palästinensischen Flüchtlingslager be-

und Plakaten drohen sie mit weiteren Massakern wie in Sabra und Shatila, wenn die Palästinenser den Libanon nicht verlassen. Ständig werden Palästinenser aus den Lagern verschleppt, barbarisch ermordet und liegengelassen, um die Drohungen zu untermauern. „Jeder gute Libanese tötet einen Palästinenser“ ist an die Hauswände geschmiert. Ständige Razzien, willkürliche Verhaftungen und Mißhandlungen schaffen ein Klima der Angst unter den Palästinensern. Im Südlibanon hält Israel im Konzentrationslager Al Ansar ca. 5000 Palästinenser unter brutalsten Bedingungen gefangen.



Mit Massenverhaftungen und Überfällen gehen die israelischen Besatzungsgruppen im Libanon gegen alle Protestaktionen vor. Nach Berichten von Beiruter Zeitungen haben sie jetzt mit einer zwangsweisen Registrierung aller Bewohner begonnen.

fanden, ist heute von Israel besetzt, die Lager sind seit dem Krieg zerstört. Den Winter haben die Palästinenser, die nicht in den Norden geflohen sind, in den Ruinen verbracht. Meistens sind von den Familien nur noch Frauen, Kinder und Alte in den Lagern, die Männer sind entweder gefallen, noch bei den Truppen oder von den Israelis gefangen genommen.

Durch den Krieg wurden auch alle Arbeitsmöglichkeiten vernichtet (Betriebe, Sozialeinrichtungen und Krankenhäuser der PLO sowie Plantagen). Die libanesischen Behörden und die Israelis verboten den Palästinensern zunächst, außerhalb der Lager Arbeit zu suchen, so daß sie wie Gefangene in den Lagern waren.

Hinzu kam und kommt der Terror, den die Falangisten und die Haddad-Milizen verbreiten: Auf Flugblättern

80% der Lagerinsassen sind Zivilisten, die erst nach den Kampfhandlungen festgenommen wurden.

Die Palästinenser, die außerhalb der Flüchtlingslager in den Städten lebten, wurden mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben, beraubt und gezwungen, ebenfalls in die Elendslager zu ziehen, auch relativ wohlhabende Palästinenser aus den „besseren“ Wohnvierteln Beiruts. Handwerksgeschäfte und kleine Fabriken, die Palästinensern gehörten, werden systematisch zerstört oder unter Beschuß genommen bis sie schließen. Neu eingeführt wurde die „Arbeitserlaubnis“ für Palästinenser: Ohne vom Büro des libanesischen Geheimdienstes eine Bescheinigung zu haben, darf ein Palästinenser im Libanon nicht arbeiten. Um die Bescheinigung eventuell zu erhalten, muß er täglich dieses Büro aufsuchen, und zwar min-

destens sieben Monate lang, und muß sich dort alle möglichen Demütigungen gefallen lassen. Nach dem Fremdarbeitergesetz der Regierung Gemayel ist Palästinenser die Ausübung qualifizierter Berufe (z.B. Arzt, Ingenieur) sowieso nicht gestattet. Außerdem weigern sich die libanesischen Behörden in vielen Fällen, die Ausweise der Palästinenser zu erneuern, obwohl die Papiere gültig sind.

Die Abkommen zwischen der PLO und der libanesischen Regierung und die arabischen und internationalen Übereinkünfte über die Rechte der Palästinenser in arabischen Staaten werden von der libanesischen Regierung nicht eingehalten. Von ihrer Seite wird auch nichts getan, um der palästinensischen Bevölkerung, die in Ruinen und Schmutz lebt, Hilfe zu leisten oder Schutz zu gewähren, obwohl die USA, die Weltbank und viele arabische Staaten eine Unmenge von Geldern in den Libanon werfen.

Israel nutzt diese Situation und schafft zusätzlich durch die Bewaffnung konkurrierender Gruppen Konflikte und Unsicherheit. Neben den Killertruppen des Major Haddad, die die Israelis für das Blutbad in Sabra und Shatila benutzt haben, ziehen die Israelis neue Milizen auf. Jedes südlibanesische Dorf wurde aufgefordert, einen „Sicherheitsdienst“ nach dem Vorbild der israelischen „Dorfligen“ im besetzten Palästina aus mindestens 25 Männern aufzustellen. Gegen erzwungene Geldabgaben sollen sich die Bewohner „schützen“. Bewaffnet werden diese Milizen durch Israel. Fünf Dörfer haben bisher unter Druck solche Milizen gegründet, 25 andere haben sich bei den UNO-Truppen beschwert, die jedoch nicht in der Lage sind, die Milizen zu entwaffnen. Gleichzeitig spielen sich die israelischen Truppen in den südlibanesischen Flüchtlingslagern als Beschützer der Palästinenser vor den Falangisten auf; sie überziehen die Lager mit einem System von Spitzeln, Kollaborateuren und Spionen und bieten ihnen sogar Waffen zur Verteidigung gegen die Milizen an. Während die libanesischen Behörden z.B. jede Bautätigkeit in den Lagern untersagten, boten die Israelis Fertighäuser zum Kauf an und begannen Baumaterialien zu verteilen.

So verkündete der israelische Militärgouverneur, 1000 Säcke Zement verteilen zu wollen, gab an das mit der Verteilung beauftragte UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNRWA) aber nur 300 Säcke ab, so daß die Bevölkerung die UNRWA der Korruption verdächtigte.

Die PLO hat sofort nach dem Waffenstillstand versucht, ihre wirtschaftlichen und sozialen Institutionen wieder aufzubauen. Doch sobald z.B. eine Samed-Werkstatt wieder produktionsbereit war, explodierten dort Bomben.

Die Arbeit des Palästinensischen Roten Halbmonds (PRH), der vor dem Krieg die Gesundheitsversorgung für die Palästinenser und einen Großteil der libanesischen Bevölkerung sicherstellen konnte, ist faktisch lahmgelangt. Das palästinensische Personal wurde in das Konzentrationslager Al Ansar verschleppt, das ausländische ausgewiesen. Die Krankenhäuser wurden während des Krieges gezielt von den Israelis bombardiert und danach geplündert. Nach dem Krieg hat die libanesische Armee wiederholt in Krankenhäusern des PRH in Beirut medizinische Vorräte, Geräte und ganze OP-Einrichtungen beschlagnahmt unter dem Vorwand, sie erfüllten nicht die Anforderungen des Gesundheitsministeriums.

Die PLO versucht jetzt vor allem, über die Arbeit im Untergrund die Palästinenser materiell zu unterstützen. Sie betreibt Schulen und kleinere Fabriken, die unter dem Namen von Libanesen gegründet wurden. Befreundete Länder unterstützen die Arbeit der PLO über ihre Botschafter. Trotzdem ist die materielle Unterstützung angesichts der Lage nicht ausreichend und sehr unregelmäßig. Insbesondere kann die PLO nicht unmittelbar helfen oder Schutz gewähren.

Der militärische Kampf zusammen mit dem libanesischen Widerstand gegen die israelische Besatzung entwickelt sich. Die häufigen und erfolgreichen Militäraktionen sind ein entscheidender Grund, weshalb Israel seine Truppen auf „besser verteidigbare Linien“ im Libanon umgruppiert. Gegen die libanesische Armee und die Falangisten aber kann die PLO z.Z. noch nicht kämpfen, denn „dann erleben wir Sabra und Shatila jeden Tag ... Wir müssen zugeben, daß wir nicht voll in der Lage sind, die Interessen unseres Volkes im Libanon zu verteidigen“ (Frangi, Vertreter der PLO in der BRD und Botschafter der PLO in Österreich). Auf diesem Hintergrund schüren Syrien und die Meuterer in der PLO die Atmosphäre: Die PLO-Führung sei unfähig und habe die palästinensischen Massen verraten.

Das Blutbad in Al-Khalil (Hebron) und Nablus in den besetzten West-Banks Ende Juli zeigt eine weitere Front für die PLO. „Dort müssen wir den Widerstand unterstützen, unabhängig von der Lage im Libanon. Die palästinensischen Massen leisten dort passiven Widerstand. Die militärischen Aktionen in den besetzten Gebieten haben nachgelassen, sie müssen auch unterstützt werden. Ebenso der Kampf in den Schulen und Universitäten, die immer wieder von den Israelis geschlossen werden, und in der Gefahr sind, an die israelischen angeschlossen zu werden. Landraub und Siedlungs-politik, das sind Hunderte von Schwer-

punkten, denen wir einfach nicht so begegnen können – effektiv, wirkungsvoll. Der Widerstand ist vorhanden, aber wir können diese Maßnahmen nicht verhindern. Die gesamte Bewegung der Palästinenser ist heute im Rückzug, wir haben zwei, drei Schritte zurück gemacht ... Die Masse, die es genossen hat, im Schatten der Revolution, im Schatten der Gewehre der Kämpfer zu leben, diese Masse ist auf einmal gedemütigt. Es ist nicht verwunderlich, daß viele Palästinenser als Asylanten ... woanders Schutz suchen ... Es ist ein klarer Plan der Falangisten, der Israelis und der USA, das Vertrauen der Palästinenser in die PLO zu erschüttern.“ (Frangi)

Die Auseinandersetzung innerhalb der PLO und mit Syrien komplizieren die Lage der PLO. Die sechsköpfige Verhandlungskommission des Exekutivkomitees der PLO setzt ihre Versuche der Einigung mit den Meuterern fort. Allerdings stagnieren die Gespräche. Der Zentralrat der PLO trat inzwischen zusammen. Es wird die Einberufung einer außerordentlichen Nationalratssitzung erwartet.

Quellen: Palästina Bulletins Nr. 12, 14, 15, 22, 24, 25, 30/83, Hrsg.: ISPA Bonn; autorisierte Zeitschrift der Rde A. Frangi am 25.6.83 in Bonn

Tschad Imperialistische Kolonialintervention

Libysche Intervention sei der Grund, daß die US-Regierung der Regierung des Tschad mit Waffenlieferungen zur Hilfe kommen und mit Flugzeugträgern und AWACS-Aufklärungsflugzeugen Khadafi zur Raison bringen müsse. Die libysche Regierung demonstriert eine Beteiligung an den bewaffneten Auseinandersetzungen im Tschad und erklärt, daß sie die Bemühungen



Waffenlieferung aus Frankreich auf dem Flughafen von N'Djamena.

der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) um eine Verhandlungslösung ohne imperialistische Einmischung weiterhin unterstützen werde.

Während noch niemand nur einen einzigen libyschen Soldaten im Tschad gesehen hat, ist dagegen unübersehbar: Die US-Regierung hat, nachdem bereits für 10 Mio. \$ Waffen an die Habré-Armee geliefert sind, weitere Militärhilfe für 15 Mio. \$ bekanntgegeben. Die französische Regierung hat Waffen im Wert von 110 Mio. DM und rund fünfzig „zivile“ Militärberater sowie einige dutzend Geheimagenten entsandt: bei einer zu „beratenden“ Armee von etwa 5000 Mann soviel wie ein komplettes Offizierskorps.

Und während auch noch niemand nachweisen konnte, daß libysche Flugzeuge im Tschad bombardieren, erklärte die französische Regierung, daß „Übungsflüge“ der in Gabun und der Zentralafrikanischen Republik stationierten „Jaguar“-Flugzeuge „eine der letzten abschreckenden Warnungen an Libyen“ sei.

Tatsächlich bewegt die französische Regierung ebensowenig wie die US-Regierung die angebliche Gefährdung der nationalen Souveränität des Tschad durch Libyen, sondern ausschließlich koloniales Interesse. Seit sie 1960 den Tschad als Kolonie aufgeben mußten, haben die französischen Imperialisten jeden Versuch, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des Tschad auch nur zu lockern, blutig unterdrückt. 1978 schickten sie insgesamt 3000 Mann „zum Schutz und gegebenenfalls zur Evakuierung der im Tschad lebenden Franzosen“. Wobei diese „im Tschad lebenden Franzosen“ Produktion und Vertrieb des entscheidenden Agrarprodukts Baumwolle (70% der Exporterlöse) kontrollieren, 85% der Nahrungsmittelindustrie besitzen und auch die Lizenzen zur Ausbeutung der Bauxit- und Wolframvorkommen sich in ihrer Hand befinden. Die Ölprospektierung dagegen ist einigen US-Konzernen vorbehalten.

Das Auswärtige Amt der BRD will auf Nachfrage Berichte, daß US-Waffen in den Tschad über den Flughafen Frankfurt geliefert wurden, zwar nicht bestätigen, aber auch nicht dementieren. Auch wenn sie sich offizieller Stellungnahmen enthält: Bisher hat die Bundesregierung jede koloniale Aktion eines EG-Mitgliedstaates unterstützt. So hat sie 1981 eine Resolution mit den übrigen EG-Imperialisten verabschiedet, in der Libyen der Invasion in den Tschad beschuldigt und die damalige Regierung Oudde mit Wirtschaftssanktionen bedroht wurde. So hatte die französische Regierung freie Hand, um die jetzige Regierung Habré an die Macht zu bringen.

Quellenhinweis: Südd. Zeitung, FAZ, versch. Ausgaben; Jeune Afrique, 27.7.83

Technologietransfer Kooperation von Hochschulen und Kapitalisten

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat die Forschungsförderung zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht. Dabei sollen an verschiedenen Hochschulen Forschungsschwerpunkte gebildet werden. In Stuttgart und Karlsruhe z.B. sollen die Gebiete Handhabungs- und Montagetechniken konzentriert werden, in Heidelberg die Gen-Forschung und in Freiburg die Polymerforschung (Kunststoffe).

Unter dem Namen „Technologietransfer“ organisiert die Landesregierung die zügigere Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen und -einrichtungen für die Kapitalisten. Begon-



Ministerpräsident Späth ernannte den Regierungsbeauftragten für Technologietransfer Prof. Löhn.

nen wurde diese Zusammenarbeit an den Fachhochschulen. Interessierte Kapitalisten können sich direkt mit Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsaufträgen an eine Hochschule wenden, schneller als bei dem bisherigen Verfahren der Drittmittelforschung.

Über den „Technischen Beratungsdienst“ der „Steinbeiß-Stiftung“, die von einem Kapitalistenzusammenschluß für „Wirtschaftsförderung an Fachhochschulen“ getragen wird, werden die entsprechenden Kontakte zwischen Kapitalisten und Hochschule geknüpft. Anfang 1982 waren daran 14 Fachhochschulen mit 250 Dozenten beteiligt. Bei den Industrie- und Handelskammern sind außerdem Beauftragte für den Technologietransfer eingesetzt worden.

Die Aufträge reichen von „Ratschlägen zur Auswahl eines bestimmten Werkstoffes für ein Produkt bis zur Entwicklung komplizierter elektronischer Schaltungen“. Die Zahnradfabrik Friedrichshafen hat sich z.B. ein IBM-System zum computergestützten Konstruieren (CAD) von Dozenten der

Fachhochschule Konstanz nach den von der Betriebsleitung gestellten besonderen Anforderungen programmieren lassen. Nach Mitteilung des Wirtschaftsministers Eberle sind 1982 insgesamt 5000 solcher „Beratungen“ durchgeführt worden.

Inzwischen hat die Landesregierung verschiedene Maßnahmen getroffen, um auch die Universitäts- und anderen Forschungsinstitute des Landes in das System des Technologietransfers einzubeziehen. In Stuttgart und Karlsruhe wurden bei den dortigen Universitäten Mikroelektronikzentren eingerichtet. Bei der „Beratungsstelle für Anwendung von Mikroelektronik im Maschinenbau“ in Karlsruhe können sich Kapitalisten kostenlos beraten lassen. Die Kosten für fünf Wissenschaftler, für die Sachmittel und bei externer Beratung bis 3000 DM im Einzelfall werden aus Landesmitteln gezahlt.

Ausdrücklicher Zweck dieser Zentren ist es, die Konkurrenzposition der westdeutschen Kapitalisten gegenüber den japanischen und US-amerikanischen auf diesem Gebiet zu verbessern.

Diese Bereitstellung der Forschungseinrichtungen für die Kapitalisten ist gleich dazu noch Anlaß, ihnen die Steuern zu senken. Das baden-württembergische Finanzministerium hat den Auftrag, bis Oktober steuerrechtliche Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers vorzuschlagen. Die Landesregierung denkt an ein „Bauherrenmodell für Technologie“.

Weiter will das Wissenschaftsministerium dafür sorgen, daß zukünftig vermehrt Studenten und Doktoranden über die Vergabe entsprechender Diplom- und Doktorarbeiten den Kapitalisten als unbezahlte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Gesetzliche Regelungen zur Entbindung von Dozenten, die für einen Kapitalisten tätig sind, von ihren Lehrverpflichtungen werden gegenwärtig geprüft.

Als Ergänzung zum Technologietransfer will Wissenschaftsminister Engler ein Wissenschaftszentrum für Exportförderung einrichten. Dessen Aufgabe soll sein, „Forschungsdefizite auf Gebieten der internationalen Betriebswirtschaftslehre, des internationalen Wirtschaftsrechts und der Außenwirtschaftslehre aufzuarbeiten, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bei der Exportförderung besser miteinander zu verzähnen“.

Neben der Ausdehnung der Forschung auf diesem Gebiet werden im Wissenschaftsministerium Planungen angestellt, die „Exportförderung“ stärker zum Gegenstand der Hochschulausbildung zu machen.

Quellenhinweis: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, verschiedene Ausgaben; Mitteilungen über Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg, 5/83

Die Versicherungskassen werden geplündert, der Sozialhaushalt zusammengestrichen, damit die Bundeswehr kriegsfähig wird

Während die Auseinandersetzungen um die Stationierung der Mittelstreckenraketen zunehmen, läßt Bundesverteidigungsminister Wörner verlauten, er sehe „dem angekündigten heißen Herbst mit Gelassenheit entgegen“. Dazu wird in nicht geringem Maße beigetragen haben, daß er seit seinem Amtsantritt das riesige Neubeschaffungsprogramm der Bundeswehr aus jeder öffentlichen Kontroverse heraushalten konnte.

Der Tornado-Finanzierungsskandal – niemand erwähnt ihn mehr. Waren die Rüstungshaushalte 1982 und 1983 noch Gegenstand lauter Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der regierenden SPD als auch zwischen SPD und CDU/CSU, ist der Rüstungshaushalt 1984 mit dem Entwurf des Haushalts 1984 vom Kabinett Kohl am 29.6.83 mit verabschiedet worden, ohne daß das in der Öffentlichkeit überhaupt registriert wurde. Bis heute ist es schwierig, detaillierte Zahlen darüber zu erhalten, was überhaupt beschlossen wurde.

Die sozialliberale Regierung hatte zwar auch den Rüstungsetat laufend erhöht, sie hatte ein Beschaffungsprogramm für die sogenannte „zweite Waffengeneration“ in Höhe von 69,4 Mrd. DM beschlossen und die Bundeswehr zur zweitstärksten Armee in Europa ausgebaut. Allerdings war die Finanzierung dieses Programms keineswegs gesichert. In den Jahren 1978 bis

1981 mußte sie auf geplante Vorhaben in Höhe von 6,5 Mrd. DM verzichten.

Nicht, daß sich größere Teile der SPD gegen eine weitere Aufrüstung gesträubt hätten, die Schmidt-Regierung hatte sich aber als unfähig erwiesen, den Sozialhaushalt im nötigen Umfang zugunsten des Rüstungshaushalts zu rechtfestzustellen und zwar trotz Haushaltssicherstellungsgesetzen und „Sparmaßnahmen“, welche Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung in Milliardenhöhe kassierten. Trotz aller dieser Maßnahmen mußte die sozialliberale Regierung dem Widerstand der Gewerkschaftsbewegung dagegen so weit Rechnung tragen, daß sie die Rüstungshaushalte nur durch ständig steigende Neuverschuldung finanzieren konnte, die schließlich sogar das gesetzlich zugelassene Maß überschritt.

Beim Haushaltsentwurf 1984 der CDU/CSU/FDP-Regierung hat die bürgerliche Presse keinerlei Anlaß, sich über die Finanzierung der Kriegsfähigkeit der Bundeswehr Sorgen zu machen, und so schweigt sie dezent, um so wenig Staub wie möglich aufzuwirbeln.

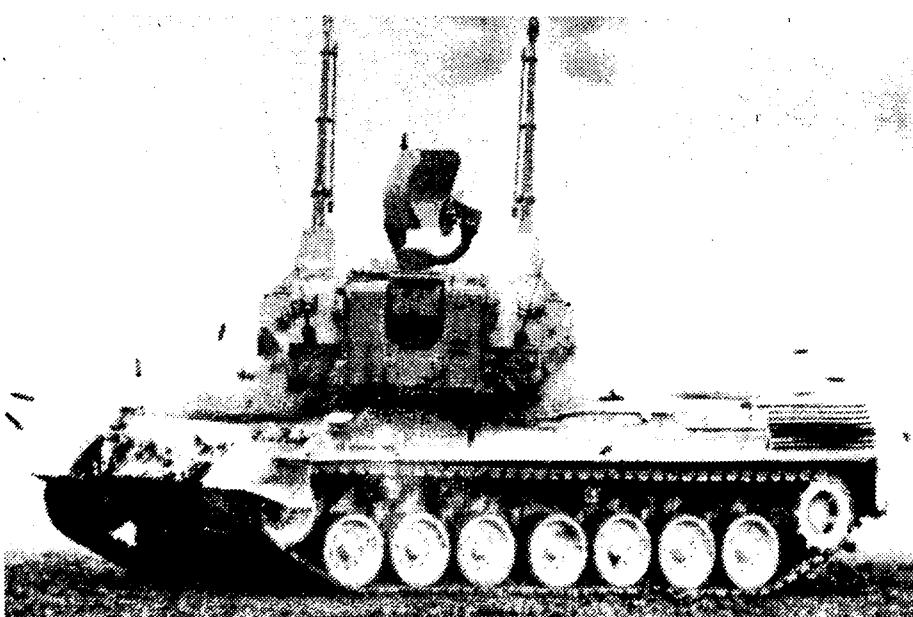
Bundesverteidigungsminister Wörner stellte den Verteidigungshaushalt mit den Worten vor: „Ohne stabile Finanzen und eine gesunde Wirtschaft läßt sich die Verteidigungskraft nicht erhalten ... Ebenso klar allerdings war und bleibt, daß auch in finanziell schwierigen Zeiten die Verteidigungs-

fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihres Auftrags nicht geschmälert werden darf ... Der Verteidigungsetat weist unter Einschluß der Personalverstärkungsmittel 1984 ein Wachstum von 3,7% auf. Das ist eine Wachstumsrate, die das doppelte der Wachstumsrate des Gesamthaushaltes beträgt. In dieser Tatsache wird deutlich, welch hohen Rang die Bundesregierung der äußeren Sicherheit beimißt.“

Diese Bundesregierung lehnt eine Neuverschuldung zwecks Bezahlung des Hochrüstungshaushalts ab. Im Haushaltsentwurf für 1984 soll die Erhöhung des Rüstungshaushalts und nicht nur die, sondern auch der wesentliche Teil der in diesem Jahr anfallenden Kosten für die Beschaffung des Leopard 2, der neuen Fregatten und des Tornado ausschließlich aus der Plünderung der Versicherungskassen der Lohnabhängigen und durch Kürzungen von Leistungen an die Haushalte der wenig Verdienenden finanziert werden. Zusammen mit der Verschiebung der Lohn- und Gehaltsanpassungen im Öffentlichen Dienst werden so 7,613 Mrd. DM vor allem in den Rüstungshaushalt geleitet. Trotz sinkender Löhne und wachsender Arbeitslosigkeit erwartet der Finanzminister eine Steigerung der Steuerausplündung um 13 Mrd. DM. Kein Wunder, daß die Nettokreditaufnahme um 3,5 Mrd. DM gesenkt werden kann, ohne daß der Rüstungshaushalt im geringsten gefährdet wäre. Die finanziellen Voraussetzungen zur Herstellung der Kriegsfähigkeit hätte die Bundesregierung mit Veabschiedung dieses Haushalts durch das Parlament hergestellt.

Der von 46,7 Mrd. DM auf 48 Mrd. DM erhöhte Verteidigungshaushalt würde die militärischen Voraussetzungen zur Führung eines Angriffskriegs gen Osten verbessern. „Absoluten Vorrang“ hat für Wörner dabei – nicht die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen, auch nicht der Tornado oder irgendein anderes Waffensystem, sondern – „der Mensch“ und das in doppelter Hinsicht.

Erstens ist für einen Eroberungsfeldzug, dessen Ziel schließlich die Besetzung fremden Territoriums ist, ein großes Heer notwendig. Zudem muß es aus dem Stand heraus einsetzbar sein. Deshalb will der Verteidigungsminister „alle Anstrengungen unternehmen, um die personelle Stärke unserer Streitkräfte auch Ende der 80er Jahre aufrechterhalten zu können“ und zwar



Orginalbildunterschrift in der Zeitschrift „Wehrtechnik“: „Optimal ausgelegt – und wahrscheinlich keinem Kampfhubschrauber eine Überlebenschance gebend – ist der Flak-Panzer GEPARD – die Aufnahme zeigt ihn in voller Aktion.“

trotz Abfall der Jahrgangstärken der dann gezogenen Rekruten. Das jetzige 665 000-Mann-Heer (495 000 Soldaten und 170 000 Zivilbeschäftigte) läßt sich nur unterhalten, wenn ein großer Teil der Soldaten als Wehrpflichtige fast umsonst zum Dienst in der Armee gepräßt wird. Und nur so können die westdeutschen Imperialisten im Kriegsfall die Armee um mehrere Millionen ausgebildeter Soldaten aufstocken.

Zweitens aber stellt Wörner fest: „Für mich ist es eine unverbrüchliche Lehre aus der Militärgeschichte, und jedes Gespräch, das ich mit Soldaten führe, die im letzten Weltkrieg waren, bestätigt es: Geist, Haltung und Charakter der Soldaten bestimmen vor allem den Wert einer Armee im Frieden wie im Ernstfall.“ Welcher „Geist“ gemeint ist, sprach CSU-Bundestagsmitglied Ekkehard Voigt auf dem letz-

ten Wehrpolitischen Kongreß der CSU als Nachredner Wörners offen aus: „Wie will man heute an die Leistungsbereitschaft, den Einsatzwillen, gegebenenfalls auch an die Opferbereitschaft, appellieren, wenn die erbrachten Leistungen der Vergangenheit nicht gewürdigt, sondern sogar diffamiert werden? Die Leistungen der deutschen Soldaten sind in der ganzen Welt anerkannt, nur wir lassen es sträflicherweise zu, daß Linke ungestraft das deutsche Soldatentum diffamieren.“ Der „Geist des deutschen Soldatentums“, welcher die faschistischen Aggressionsarmeen zu Leistungen wie dem Vormarsch bis Moskau und Leningrad beflogelte, bestand vor allem aus erzwungenem Kadavergehorsam angereichert durch chauvinistische Hetze.

Um die jetzigen Wehrpflichtigen,

und erst recht um die im Mobilisierungsfall millionenfach zum Kriegsdienst gepräßten, zu ähnlichen Leistungen zu zwingen, ist ein ausreichend zahlreiches und genügend motiviertes Offiziers- und Unteroffizierskorps unabdingbar. Neben einer umfangreichen politischen und ideologischen Bearbeitung kostet das viel Geld.

Der vorgelegte Rüstungshaushalt berücksichtigt dies alles:

– Für die Wehrpflichtigen wird die nächste Wehrsolderhöhung auf 1985 verschoben.

– Trotzdem soll der Posten „Personal“ um 3,6% steigen und mit 19,99 Mrd. DM nach wie vor rund 40,6% des Haushalts ausmachen.

– 1984 soll die Zahl der länger dienenden freiwilligen Soldaten um 4500 auf 258000 erhöht werden, bis 1987 auf 266000. So schnell wie möglich sollen

Die letzten Hindernisse für schwarz-rot-goldenen Wehrkundeunterricht sind beseitigt

10000 Friedensveranstaltungen will die CDU im Herbst in der BRD durchführen. Die politisch-ideologische Großoffensive ist nicht allein gegen die Friedensbewegung gerichtet. Sie beabsichtigt Isolierung und Lähmung aller derer, die in Gegnerschaft zum Kriegskurs des westdeutschen Finanzkapitals stehen und zielt auf die Gewinnung eines für die Kriegspolitik ausreichenden Anhangs unter der Jugend, und sei es, daß ihr die Vaterlandsliebe in die „Herzen“, gewaltfrei – versteht sich, „eingestanzt“ wird (E. Voigt, CSU-MdB). Bundesverteidigungsminister Wörner über die Notwendigkeit der Propagandaschlacht: „Der weitaus gefährlichste Angriff auf unsere Verteidigungsbereitschaft und damit unsere Verteidigungsfähigkeit richtet sich gegen ihre ethische Fundierung. Unsere Verteidigung wird moralisch in Frage gestellt.“

Für die ethische Fundierung zumal der Vorne-Verteidigung bedarf es zweierlei: etwas Positives, auf das man um keinen Preis verzichten kann oder will, und einen bösen äußeren Feind, den nichts als die Absicht umtreibt, das Positive zu kassieren und durch Schlimmes zu ersetzen.

Vor dem Wehrpolitischen Kongreß der CSU erklärte Wörner im Januar, daß sein und „der Bürger“ Wunsch nicht „irgendeinem“ Frieden gilt:

„Er gilt dem Frieden, den die Bürger täglich erleben, dem Frieden in Freiheit. Dieser Friede in Freiheit ist keine politische Zufallsgröße und steht für niemanden in diesem Land zur Disposition: Er ist der im Grundgesetz beschriebene Friede.“

Daß es mit der Freiheit, die den Frieden ja offensichtlich erst erlebenswert macht, eine besondere Bewandnis haben muß, geht daraus hervor, daß sie erst im Zusammenhang mit einer handfesten Drohung Gewicht bekommt: Sie steht nicht zur Disposition! Viele müssen bei dem, was sie machen, alles andere denn Frieden in Freiheit erleben; im Gegenteil muß es dabei so ungemütlich zugehen, daß sie nicht davon zu überzeugen sind, daß sie die BRD-Freiheit für den Frieden benötigen. Die u.a. in Polizei und Gefängnissen materialisierte Drohung soll sie davon abhalten, ernsthaft etwas anderes „erleben“ zu wollen. Es sollte die nachdenklich machen, die ...

„... die grundlegenden Unterschiede verwischen, die zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Angriff und Verteidigung, zwischen Verbündeten und Gegnern bestehen. Die Amerikaner schützen uns, die Sowjets bedrohen uns. Die einen teilen unsere Wertvorstellungen von Menschenrecht und Menschenwürde, die anderen treten sie mit Füßen, und zwar in unserem eigenen Vaterland.“

Von der Unverfrorenheit, Angriff und USA zu zwei Paar Stiefeln zu erklären, einmal abgesehen: Ist denn der Wert Würde nicht verteidigenswert? Wie menschenwürdig sind untere Lohngruppen für Schwerarbeit, die zu gesundheitlichem Ruin und Frühverrentung führt; weniger als 900 DM Rente nach einem Arbeitsleben, womit 55% der 9,5 Mio. Rentner auskommen müssen? Wer soll sich begeistern für das Menschenrecht, das den Ärmsten noch die Sozialhilfe zusammenstreicht? „Unsere Wertvorstellungen“



Schüler besuchen die Bundeswehr.

sind die der Nutznießer der freien Lohnarbeit, derjenigen, die wirklich viel zu verlieren haben: Fabriken und eben die Freiheit, andere für wenig Geld viel arbeiten zu lassen. Ihre Halben muß schon die innere Freiheit unabänderlich und bewaffnet sein; aber auch nach außen gelte: „Ohne Freiheit gibt es keinen Frieden von Dauer.“

Die wohlweisliche Weigerung der Sowjetunion, westliche Freiheit bei sich einzuführen, d.h. ihre Reichtümer den Imperialisten kampflos zu Füßen zu legen, wird zu einem Akt der Bedrohung erklärt. Und tritt nicht die SU heute schon die Menschenwürde gar „in unserem eigenen Vaterland“ mit Füßen? Beides gibt für das „reine Verteidigungsbündnis NATO“ einen feinen Grund zum Zurückschlagen her: angegriffen und bedroht werden „wir“ ja schon! Wer will der BRD in dieser prekären Lage die notwendigen Waffen verweigern, wo doch bekannt ist:

„Wer nicht in der Lage ist, vom Gebrauch nuklearer Waffen abzuschrecken, gegen den kann man risikolos nu-

vier Wehrpflichtige von einem Unteroffizier beaufsichtigt werden.

- Durch Einrichtung von 250 neuen Planstellen für Offiziere und Unteroffiziere sollen über 1000 außerordentliche Beförderungen ermöglicht werden, um so die Moral des Freiwilligenkaders zu heben.

- Um den Ausbildungsstand der Reservisten zu halten, will das Verteidigungsministerium die Zahl der Wehrübenden im Jahresschnitt um 1000 auf 6000 erhöhen. 1984 können so bis 180000 Reservisten eingezogen werden.

In den letzten Jahren hatte sich die Generalität laut darüber beschwert, daß in der Bundeswehr Treibstoff, Munition usw. fehlten, um alle Soldaten „gefechtsnah“ auszubilden. Demgegenüber versicherte Wörner, daß im kommenden Haushalt genügend Mit-

tel, nämlich 11,52 Mrd. DM, für die „Aufrechterhaltung des vollen und uneingeschränkten Übungs- und Ausbildungsbetriebs“ vorgesehen seien.

Selbstverständlich müssen die so einsatzbereit gemachten Armeen auch mit Waffen ausgerüstet sein, mit denen sie losschlagen können. Deshalb stellt Wörner fest: „Wenn ich den Geist, die Ausbildung und den Vorrang des Menschen betone, so bin ich doch kein Maschinenstürmer. Ich weiß sehr wohl, daß zu einer tatkräftigen Armee eine moderne Ausrüstung gehört. Daher ist mein nächster Schwerpunkt die Konsolidierung und Weiterverbesserung der Bundeswehrplanung und -beschaffung.“

Hauptsorge der westdeutschen Imperialisten dabei ist, wie sie trotz eines in Europa beispiellosen Beschaffungsprogramms für Großwaffensysteme ih-

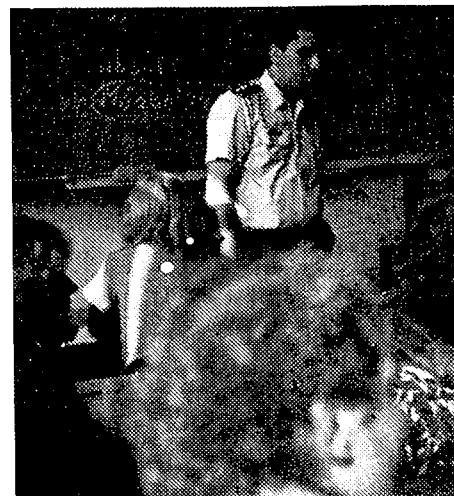
re Flexibilität in der weiteren Aufrüstung wiedergewinnen können, denn dieses kostet so viel, daß in der Vergangenheit der allergrößte Teil der Investitionsausgaben des Rüstungshaushalts gebunden waren. Trotzdem haben sie zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, auch nur eines dieser Projekte fallen zu lassen. Erst mit der Erweiterung der Panzerarmee um 1800 Kampfpanzer Leopard 2 können sie ihrer Ostpolitik dadurch Nachdruck verleihen, daß sie, wenn es sein muß, auch in einem Stoß bis zur polnischen Grenze durchmarschieren können. Erst mit der Beschaffung der 274 Mehrzweckkampfflugzeuge Tornado verfügen sie über die nötige Luftunterstützung für einen solchen Angriff. Und erst mit den sechs neuen Fregatten 122 kann die BRD ihre Interessen in aller Welt auch militärisch unterstreichen.

kleare Waffen einsetzen. Die einzigen Nuklearwaffen, die je eingesetzt wurden, wurden gegen ein nuklearwaffenfreies Land eingesetzt.“

Hier wird deutlich: Wer, warum auch immer, westlicher Freiheit etwas abgewinnen kann, wird gegenüber dem Aufrüstungskurs keine prinzipielle Gegnerschaft entwickeln können oder wollen.

Es bedarf keines großen Aufwandes demjenigen, dem die Wiege neben die westliche Freiheit in Form von Fabriken und Grundbesitz und mitten in die Villa hinein gestellt wurde, das zitierte Gedankengut nahe zu bringen. Auf abscheuliche Unterdrückung jedoch muß es hinauslaufen, die Besitzlosen per jahrelangem Traktat zu Verteidigern des Besitzes zu machen. Das Instrumentarium hat die Kultusministerkonferenz (KMK) jüngst fertig gestellt. Sie hat sich zwar über eine vollständig einheitliche Abwicklung des fächerübergreifenden Wehrkundeunterrichtes nicht einigen können: die Richtlinien für die CDU/CSU-regierten Länder treten jedoch für das Schuljahr 1983/84 in Kraft, die SPD ist stolz, schon im Frühjahr begonnen zu haben. In der Erklärung der CDU/CSU-regierten Länder zu ihrem Entwurf „Bundeswehr und Friedenssicherung“ heißt es:

„Die unterrichtliche Aufarbeitung von Fragen der Friedenssicherung soll dazu beitragen, die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr für die äußere Sicherung unserer Demokratie einsichtig zu machen... Aufgrund des ihnen anvertrauten öffentlichen Amtes haben sich die Lehrer in der Institution Schule an diesem grundgesetzlichen Auftrag zu orientieren, unbeschadet ihrer im Einzelfall möglicherweise abweichenden persönlichen Überzeugung. Das bedeutet für die Behandlung



Jugendoffizier im Unterricht.

des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung“ im Unterricht, daß nicht lediglich Thesen und Gegenthesen unverbindlich zur freien Auswahl gegenüber gestellt werden dürfen. Schüler müssen alles fragen und diskutieren können. Offene und freimütige Diskussion darf nicht zur Standpunktlosigkeit führen... Unumstritten muß bleiben, was das Grundgesetz über die Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens in Freiheit aussagt.“

Die Lehrer sollen auf den Großdeutschlandchauvinismus verpflichtet werden. Wenn nicht freiwillig, so sollen sie ihn den Schülern mit der Berufsverbots-Existenzvernichtungs-Drohung im Genick einimpfen. Der gedanklichen Gleichschaltung dient auch die baden-württembergische Verwaltungsvorschrift vom 22.7.83, nach der ab sofort verboten ist, Vertreter von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen in den Unterricht einzuladen. Kultusminister Mayer-Vorfelder führte zur Begründung erstens an: „Es gibt keinen Fachmann für das Gewissen des

Einzelnen.“ Zweitens ein Zitat von Helmut Schmidt von 1971: „Beobachtungen zeigen, daß sich Verbände und Gruppen im schulischen Bereich etablieren oder wirksam sind und sein können, die die Berufung auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung als Täuschungsmittel im politischen Kampf gegen die Grundordnung unseres Staates propagieren.“

Hieraus erhellt sich die Entschlossenheit der Reaktion, auch der leisen Kritik an ihrem Kriegskurs den Rang der Verfassungsfeindlichkeit zuzu erkennen und entsprechend zu verfolgen.

„Im Mittelpunkt der Sitzung“ der KMK am 21./22.4.83 standen Gespräche mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen:

„Bundesminister Windelen sprach am Anfang seiner Ausführungen vor den Kultusministern und Senatoren den Beschuß der KMK vom 23. November 1978 zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht an und bezeichnete ihn als die bedeutendste politische Bekundung der Übereinstimmung in den Kernfragen der Deutschland- und Ostpolitik seit dem Beschuß des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 zu den Verträgen von Bonn und Warschau... Es sei eines der Verdienste dieses Beschlusses, zu Begriffen wie Nation oder Vaterland mutig eine klare Position bezogen zu haben.“

Zusammen mit dem KMK-Beschluß vom 8.6.78, „Europa im Unterricht“, ist das wehrkundliche Instrumentarium für den Einsatz gegen Schüler jetzt praktisch komplett.

Quellenhinweis: Wörner, Rede vor dem Wehrpolitischen Kongreß der CSU „Sicherheit für Deutschland“, 15.1.83; Voigt-Rede ebd.; Pressemitteilungen der KMK vom 25.4. und 28.6.83; Pressemitteilung des Ministeriums für Kultus und Sport Ba-Wü v. 22.7. und 27.7.83; KMK „Europa im Unterricht“ v. 8.6.78; KMK „Die deutsche Frage im Unterricht“ v. 23.11.78; Südd. Zeitung v. 23.-24.7.83; Europ. Wehrkunde v. Juli 1983.

Gewerkschaften bereiten Anti-Kriegstag am 1. September 1983 vor

Im September beginnt die CDU auf Initiative ihres Generalsekretärs Geißler eine schwarz-rot-goldene Friedenskampagne, um für die Kriegsziele des BRD-Imperialismus mobil zu machen und die Stationierung der Mittelstreckenraketen vorzubereiten. Alle politischen Kräfte, die die Kriegsvorbereitungen bekämpfen wollen, werden diese Herausforderung annehmen müssen oder an Boden verlieren. Da paßt es eigentlich gut, daß in vielen Kreisverbänden des DGB Aktionen und Demonstrationen zum 1. September, dem Anti-Kriegstag, vorbereitet werden.

Im letzten Jahr hatte der Vorstand des DGB allerdings einen Aufruf dazu herausgegeben, der die Parole der CDU/CSU „Frieden in Freiheit“ zum Leitmotiv hatte. Der diesjährige Aufruf des DGB-Vorstandes ist keinen Deut besser. Er enthält nicht eine einzige Forderung und erst recht keine Kritik an die Adresse der CDU geführten Bundesregierung. Dabei gibt es beides in den DGB-Gewerkschaften. Die Verwaltungsstellen Duisburg, Erlangen und Krefeld verlangen beispielsweise vom im Herbst stattfindenden IG Metall-Gewerkschaftstag, daß er die Bundesregierung auffordert, in jedem Fall die Zustimmung zur Aufstellung der Mittelstreckenraketen zurückzuzie-

hen. Verschiedene Verwaltungsstellen gehen in ihren Anträgen nicht mehr von dem Begriff der Rüstungsspirale aus, die für die Aufrüstung verantwortlich sei, sondern kritisieren die aggressiven Absichten des Westens. Die Verwaltungsstelle Nürnberg wendet sich gegen den Versuch, einen Handelskrieg gegen die Staaten Osteuropas zu entfesseln. Außerdem beantragt sie, wie andere Verwaltungsstellen der IG Metall auch: „Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt auf das schärfste die Haushaltspolitik der Bundesregierung, die den Rüstungshaushalt aufstockt und gleichzeitig den Sozialstaat und die Mittel für Jugend, Familie und Gesundheit kürzt.“

Es zeigt sich schon jetzt, daß der Bundesvorstand des DGB die Kraft der Gewerkschaftsbewegung gegen die Kriegsvorbereitungen nicht nur nicht fördert, sondern sogar hemmt. Es gibt eine heftige Debatte in den DGB-Gewerkschaften um einen Vorschlag des Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiters Steinkühler für einen Aktionstag in den Betrieben im Rahmen der Aktionswoche der Friedensinitiativen. Am 19.10. sollte in allen Betrieben für zehn bis 15 Minuten die Arbeit ruhen, um der Toten der beiden Weltkriege zu gedenken. „Diese Arbeitsruhe sollte gleichzeitig eine Warnung an die verantwortlichen Politiker sein, keine Mittelstreckenraketen in der Bundesre-

publik aufzustellen.“ Steinkühler befindet sich mit diesem Vorschlag in Übereinstimmung mit der Mehrheit der antragstellenden Verwaltungsstellen zum IG Metall-Gewerkschaftstag. Die meisten fordern betriebliche Aktionen und manche Streiks, zum Beispiel die Verwaltungsstelle Ludwigshafen: „Bei dem Versuch, gegen den Willen unserer Bürger die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen doch durchzusetzen und damit die Rüstungsspirale weiterzudrehen, wird die IG Metall Aktionen des Widerstandes bis hin zum Streik durchführen.“



Friedenspropaganda zur Vorbereitung des Krieges ist nicht neu.

Der jetzt vorgelegte Verteidigungsetat würde mit einer Steigerung der Investitionen um 7,1% auf 17,11 Mrd. DM nicht nur die Anschaffung dieser Waffen absichern und beschleunigen, sondern diese könnten gleichzeitig mit dem notwendigen Peripheriegerät für Aufklärung, Führung und Unterstützung versorgt werden. Das würde die Kampfkraft der neuen Waffensysteme noch einmal erheblich vergrößern.

Darüber hinaus würde das Verteidigungsministerium die dringend geforderte Flexibilität in der Bundeswehrplanung erreichen. Der Bundeswehrplan bis 1986 ist gebilligt. Wörner sieht sich nach Verabschluß des Haushalts 1984 in der Lage, „die wesentlichsten Planungsvorgaben neu zu erarbeiten, so die Konzeption der Bundeswehr auf die strategische Zielsetzung wie aber auch die Konzeptionen einiger Teilstreitkräfte.“ Um die neue militärstrategische Lage nach Stationierung der Mittelstreckenraketen voll ausnutzen zu können, um bei erwarteten Spannungen in den Staaten Osteuropas mit der Armee noch gezielter dro-

hen zu können und um die Präsenz der Bundesmarine auf allen Meeren zu verstärken, ist ein neues gigantisches Rüstungsprogramm in Vorbereitung:

- Möglichst schnell ist die Ausrüstung mit endphasengelenkter Munition und neuen Lenkflugkörpern geplant.
- Ein kombiniertes Raketen-Flugabwehrsystem von ROLAND und PATRIOT ist in Entwicklung. Aufgabe: Sicherung der Luftüberlegenheit durch Schutz der Militärflugplätze und Marienfliegerplätze.
- Der Kampfhubschrauber PAH 2 wäre zur „Schwerpunktbildung“ auch weit im Rücken der feindlichen Front geeignet.
- Der Bau von sechs hochseefähigen 1200-Tonnen-U-Booten ist vom Verteidigungsausschuß schon beschlossen. In der Phase der Entwicklung befinden sich weiterhin:
 - „Gepanzerte Kampffahrzeuge der 90er Jahre, vor allem der Kampfpanzer 90
 - Das Kampfschiff 90
 - Das Jagdflugzeug 90

Um diese und weitere Vorhaben zügig voranzutreiben, sieht der Rüstungshaushalt eine Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben um 8,6% vor.

Der Haushaltsentwurf 1984 kommt im Herbst vor das Parlament. SPD und Grüne haben zwar Kritik an den Kürzungen im Sozialhaushalt geäußert. Widerstand gegen Umfang und Inhalt des Rüstungshaushalts ist bisher allerdings noch nicht bekannt geworden. Zu befürchten ist sogar, daß die Vertreter beider Oppositionsparteien im Verteidigungsausschuß des Bundestages allen Hochrüstungsvorhaben zugestimmt haben. Darauf deutet jedenfalls der Kommentar des Chefredakteurs der Zeitschrift „Wehrtechnik“ zum Verhalten des Vertreters der Grünen, Bastian, hin: „Zwar viele Anfragen, ansonsten ist von ihnen, soweit es den Verteidigungsausschuß betrifft, nicht viel zu vermelden. Massive Kritik an den bisher behandelten Themen bleibt aus, Systeme mit den beiden Silben ‚Abwehr‘ in der Bezeichnung werden sogar noch unterstützt, siehe Pan-

Die Vorsitzenden der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst unterstützen den Vorschlag auch, während ihn die Vorsitzenden der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, IG Chemie und IG Bergbau scharf kritisieren. Sie beziehen sich dabei auf die Erklärung des DGB-Vorstandes „zur Friedens- und Sicherheitspolitik“, die die Grundlage des Aufrufs zum Antikriegstag ist. Darin ist beschlossen worden: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt einen Generalstreik gegen eine eventuelle Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen ab.“ Die Durchführung eines Generalstreiks hat aber bisher in den Gewerkschaften niemand ernsthaft erwogen.

Die Staats- und Parlamentarismustreue des DGB-Bundesvorstandes geht so weit, daß er anscheinend gegen jede wirkungsvolle Maßnahme gegen die Raketenauftstellung zu Felde zieht: „Auch die konsultative Volksbefragung hält er in dieser Frage für kein geeignetes Mittel.“ Auch hier gibt es entgegenlautende Beschlüsse von unteren Gewerkschaftskörperschaften. Der Landesbezirkstag Baden-Württemberg der IG Druck und Papier fordert ein Volksbegehren. Die Verwaltungsstelle Lörrach der IG Metall beantragt: „Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag spricht sich für Volksbegehren für einen Volksentscheid aus.“

Quellenhinweis: Antragsmaterial zum IG Metall Gewerkschaftstag; Aufruf des DGB-Vorstandes zum Antikriegstag 1983; Stellungnahme des DGB zur Friedens- und Sicherheitspolitik; UZ v. 29.7.83

zerabwehrhubschrauber. Den ehemaligen Offizier kann wohl auch ein Friedenkämpfer nicht abschütteln – wenn's nicht gerade um das Reizwort „Nachrüstung“ geht.“

Man kann eigentlich erwarten, daß die Bundestagsfraktion der Grünen ihrem Ex-General darin nicht folgen und den Haushalt ablehnen wird. Denn wie soll ohne schroffe Polemik gegen diesen Kriegshaushalt die Stationierung der Mittelstreckenraketen erfolgreich bekämpft werden?

Ohne daß die Gewerkschaften ihre Kritik an den Streichungen der Versicherungs- und Sozialleistungen nicht auf den Verteidigungshaushalt ausdehnen, werden sie nicht verhindern können, daß die Bundesregierung das Geld dafür aus den Lohnabhängigen herauspreßt. Dagegen könnte gewerkschaftlicher Widerstand gegen das Hochrüstungsprogramm vielleicht Teile der SPD-Fraktion zur Ablehnung des Haushaltsentwurfs bewegen.

Quellenhinweis: Wehrtechnik, Juli und August 1983; Finanznachrichten, Bundesministerium der Finanzen, Sonderdruck vom 29.6.1983; Europäische Wehrkunde, 5.6 und 7/83; Österreichische Militärzeitung, Hefte 3 und 4/83

Hoffen auf Verhandlungslösung in Genf? Die NATO diktirt unannehbare Bedingungen

„Die Bonner Bemühungen um den „Waldspaziergang“ gehen weiter/ Deutsches Werben um Raketen-Kompromiß in Genf“: Meldungen dieser Sorte beherrschen gegenwärtig die Berichterstattung über die Vorbereitungen der nächsten Mittelstreckenraketenverhandlungen in Genf Anfang September. Im Frühsommer hatte Helmut Schmidt einen zwischen den Delegationsleitern der USA und der UdSSR in Genf bei einem Waldspaziergang angeblich ausgetauschten Kompromiß erneut als Verhandlungsvorschlag ins Gespräch gebracht. Er beinhaltet, daß die Sowjetunion die Zahl der aufgestellten SS-20 auf 75 verringert und daß die NATO dann lediglich 75 Cruise Missiles stationiert. Die Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs wären nicht Verhandlungsgegenstand. Sowohl Bundeskanzler Kohl als auch Außenminister Genscher haben nun das Stichwort „Waldspaziergang“ erneut in die öffentliche Debatte geworfen.

Was Helmut Schmidt zur Beruhigung von großen Teilen der SPD-Mitgliedschaft recht war, ist der Bundesregierung billig, um Öffentlichkeitswirksam herauszustreichen, sie tue alles in ihrer Macht stehende, „um die Stationierung der Mittelstreckenraketen überflüssig“ zu machen. Einerseits dienen diese vagen Anspielungen dazu, Hoffnungen zu schüren, ein Verhandlungsergebnis wäre durchaus noch in diesem Jahr erreichbar und die Stationierung der Pershing 2 sei noch keineswegs sicher. Andererseits erläuterte Genscher in einem Brief an die Führungsgremien der FDP, wer bei einem Scheitern der Verhandlungen der allein Schuldige sei: „Es liegt allein in der

Hand der Sowjetunion, wie viele landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckenraketen es am Ende des Jahres geben wird. Der Westen geht so weit nach unten mit der Zahl, wie die Sowjetunion zu folgen bereit ist.“

Obwohl auch mit diesem angeblichen Kompromiß die Sowjetunion zu einseitiger Abrüstung gezwungen würde, haben Kohl und Genscher alles andere im Sinn, als ihn ernsthaft für die Genfer Verhandlungen vorzuschlagen. Am 26.7. tagte die eigens für die Mitwirkung der BRD an den Genfer Verhandlungen eingerichtete NATO-Konsultationsgruppe, um die tatsächliche Verhandlungsführung festzulegen. Dabei herrschte Einigkeit darüber, daß auf jeden Fall Cruise Missiles und Pershing 2 aufgestellt werden, wenn die Sowjetunion nicht alle SS 20 verschrotte. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge, ihre Zahl der Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen auf die der französischen und britischen Sprengköpfe zu reduzieren, wenn westlicherseits keine neuen Raketen stationiert werden, wurde zurückgewiesen. Die BRD stellte darüberhinaus zusätzliche Bedingungen für ein Abkommen: Die konventionelle Schlagkraft der NATO dürfe nicht dadurch geschwächt werden, daß etwa das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado, welches auch nukleare Sprengkörper tragen kann, mit einbezogen werde, und zweitens müsse die BRD auch gegen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite geschützt werden. Die Bundesregierung und die NATO wissen, daß die Sowjetunion keine dieser Bedingungen hinnehmen kann.

Quellenhinweis: FAZ, versch. Ausgaben; Spiegel, 24/83; Bundestagsdrucksache 10/216



Die NATO-Verteidigungsminister legen die Verhandlungsrichtlinien fest.

Betriebsrat gegen Überstunden

Bad Salzdetfurth. Nach über 100 Entlassungen 1982, 80 Einstellungen 1983 (davon 50 als Zeitverträge), beantragte die Geschäftsleitung fuba für September und Oktober jede Menge Überstunden und Sonderarbeiten, um „termingeschulte Aufträge einhalten zu können“. Falls die Zeitverträge nicht in unbefristete Arbeitsverträge geändert werden, will der Betriebsrat den Überstunden nicht zustimmen. Außerdem verlangt er Neueinstellungen, da die Bundespost ihr Auftragsvolumen verdoppelte. Die VKL bekräftigte die Notwendigkeit eines Überstundenverbots, um den Normalarbeitstag abzusichern.

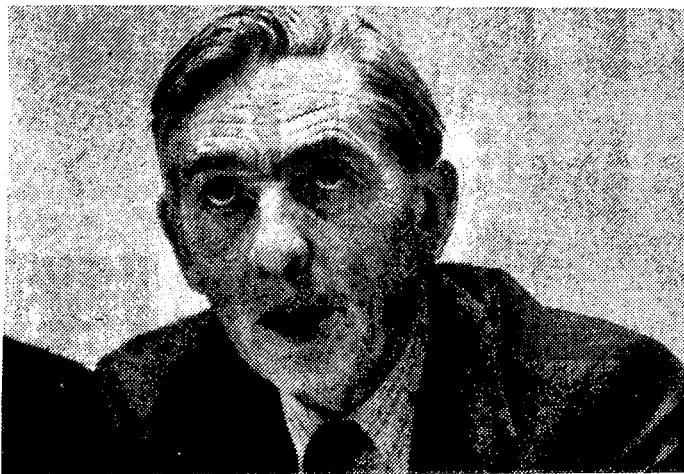
Pfarrer gegen Kürzung der Gehälter

Hannover. Während einer gemeinsamen Tagung haben sich die Pfarrvereine Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe mit den Pfarrvertretungen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen gegen Abstriche an den Gehältern von Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern ausgespro-

Ulm. Zu Beginn des Sommerschlussverkaufs protestierte die HBV in Ulm gegen den Versuch der baden-württembergischen Einzelhändler, schlechtere Tarife als in anderen Bundesländern durchzusetzen. („Wir arbeiten, ihr kassiert. Zum Dank werden wir angegeschmiert.“ Transparent) Angebot: 3,2% ab Juli mit zwei Nullmonaten, für die Auszubildenden nur 2,8% ab August. In einem Flugblatt enthielt die HBV die miesen Löhne der Verkäufer/innen und daß zu wenig Personal auf großen Verkaufsflächen eingesetzt sei.



chen. Als Ergebnis der Tagung sind sie sich mit den Mitarbeitervertretungen darüber einig, daß die Pastoren nicht als Vorrreiter für Sparmaßnahmen eingesetzt werden sollen, um die anderen Beschäftigten bei der Kirche unter Druck zu setzen. Die evangelischen Kirchen in Niedersachsen wollen sich voraussichtlich während ihrer Herbstsynode mit dem Thema Gehaltskürzungen befassen. U.a. steht auch der Vorschlag zur Diskussion, daß die Pastoren zukünftig auf die Zahlung ihres Weihnachtsgeldes verzichten sollen.



Mit einem Teilerfolg endete am 7. August der Streik der 24 Gewerkschaftsmitglieder der National Graphical Association (NGA) gegen die Financial Times Betriebsführung, den die 24 Arbeiter am 1. Juni begonnen hatten. Rückwirkend ab 1. Juni erhalten sie 13 Pfund (52 DM) pro Woche ausgezahlt, in Zukunft wird ihr Wochenlohn 317 Pfund betragen. Die Arbeiter hatten vor dem 1. Juni ein Angebot der Kapitalisten über 304 Pfund Wochenlohn abgelehnt und 322 Pfund gefordert. Die Kapitalisten der Financial Times sahen sich zum Nachgeben gezwungen, nachdem der Vorsitzende der NGA angekündigt hatte, es sei an der Zeit, daß auch andere Gewerkschaften in den Druckereien der „Fleet Street“-Zeitungen ihre Solidarität praktisch beweisen würden. Gleichzeitig mit den Lohnerhöhungen stimmten die Arbeiter der NGA bei der Financial Times den Forderungen der Kapitalisten nach Erhöhung der Arbeitsintensität zu: Mit gleicher Belegschaft sollen die Druckgeschwindigkeit erhöht und außerdem die hohen Auflagen der Wochenendausgaben produziert werden.

Warnstreik der ÖTV als Nötigung verfolgt

Die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach ermittelt gegen 14 Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV wegen des Verdachts der Nötigung und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Der Grund für diese Ermittlungen ist ein Warnstreik im Frühjahr bei den Lohnverhandlungen. ÖTV-Mitglieder hatten bei der eineinhalbstündigen Protestaktion einen Verkehrsstau verursacht. Die ÖTV erklärt dagegen, die Mitglieder seien dem Aufruf ihrer Gewerkschaft gefolgt und dürften deshalb nicht verfolgt werden. Sie verwahrt sich außerdem dagegen, daß Warnstreiks als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ausgelegt werden und daß die Ausübung dieses Rechts als Nötigung strafrechtlich verfolgt wird. In der Tat würde eine Verurteilung der ÖTV-Mitglieder die weitgehende Aushöhlung des Streikrechts bedeuten, dann könnte jeder Streik als Nötigung verfolgt werden.

HBV-Fachgruppe gegen Aufrüstung

München. Die Münchener HBV-Fachgruppe Buchhandel und Verlage hat die HBV und den DGB aufgefordert, „eine offene Debatte unter den Gewerkschaftsmitgliedern darüber zu führen, mit welchen Mitteln die Aufrüstung zu verhindern ist und dabei die Frage des politischen Streiks nicht auszuklammern“. Die Fachgruppe unterstützt die in zahlreichen Gewerkschaftsgremien erhobenen Forderungen nach Arbeitskampfmaßnahmen, „um der Stationierung von Mittelstreckenraketen und der

Kriegsvorbereitung entgegenzutreten“. Sie forderte den DGB auf, „sich an Aktionen und Demonstrationen gegen die Kriegsgefahr zu beteiligen, unabhängig von einer Gewaltverzichtsgarantie“. Außerdem forderte die Fachgruppe Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen die geplanten Änderungen des Demonstrationsrechts. Mehrheitlich wurde der DGB aufgefordert, die Kampagne für eine Volksbefragung zu unterstützen und zur eigenen Forderung zu machen. Zum Teil wurde dies abgelehnt, um im Kampf gegen die Kriegsgefahr nicht behindert zu werden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung einer Aufrüstung zustimmen sollte. – Mit Debatten in den Betrieben sollen jetzt Maßnahmen gegen die Stationierung vorbereitet werden.

Roma und Sinti bilden auf Akteneinsicht

Hamburg. Der Senat will jetzt einzelnen, direkt betroffenen „Zigeunern“ Einsicht in die Einzelakten gewähren. Die Rom und Cinti Untion (RCU) besteht aber weiterhin auf Gesamteinsicht. Völlig fremden, wie z.B. Sexualforschern, ist bisher Akteneinsicht gegeben worden. Es liegt nahe, daß der Senat verhindern will, daß die RCU Material in die Hand bekommt, mit dem sich die ungeborene Unterdrückung auch durch die Behörden des „freiheitlich demokratischen Rechtsstaats“ belegen läßt. Immerhin gilt heute noch eine Dienstanweisung, durch die alle Standesämter verpflichtet sind, sämtliche persönliche Daten „umherziehender Personen ohne festen Wohnsitz“ an die Polizei weiterzugeben.

Öffentlicher Dienst

Arbeitsbeschaffungsprogramm soll Privatisierungspläne durchsetzen

Hamburg. Laut Senat gibt es in Hamburg z.Zt. mindestens 2400 „arbeitsfähige“ Sozialhilfeempfänger, denen regelmäßig Sozialhilfe gezahlt werden muß, weil sie arbeitslos sind und keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherungsleistungen haben. Um dieses Potential an Arbeitskräften stärker als bisher billig zu nutzen und gleichzeitig die Sozialausgaben zu senken, hat der Senat vor einigen Monaten die Gründung einer „Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH“ („GmbH“) in die Wege geleitet. Wegen fehlender „Arbeitsgelegenheiten“ konnten bisher „nur“ – entweder unter Anwendung des Zwangsarbeits-§ 20 BSHG („Gewöhnung an Arbeit“)



Hamburger Zwangsarbeitsstätte für Sozialhilfeempfänger: Rondaberg, in der Tischlerei.

oder aufgrund der elend niedrigen Sozialhilfezahlungen – regelmäßig 180 bis 280 Sozialhilfeempfänger zu öffentlichen Arbeiten für ein Almosen gezwungen werden. Neben Sozialhilfe und Fahrgeld erhalten sie für sieben Stunden Arbeit in staatlichen Betriebsstellen, Alten- und Pflegeheimen u.ä. eine „Prämie“ von sieben bis 10,50 DM bzw. von vier bis sechs DM für vier Stunden Arbeit. Ansprüche auf Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungsleistungen erwerben sie dadurch nicht.

Mit Gründung der „GmbH“ wird dieser in den meisten Bundesländern praktizierten Ausbeutung eine sozialdemokratische Variante hinzugefügt. Neben Beibehaltung einer „ausreichenden“ Anzahl von Zwangsarbeitsplätzen soll die „Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern“ künftig vor allem über die „nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitende“

„GmbH“ laufen und dafür im öffentlichen Dienst zunächst 500 Stellen „geschaffen“ werden, die dann von der „GmbH“ als auf ein bis maximal drei Jahre befristete Arbeitsplätze an ehemalige Sozialhilfeempfänger vermittelt werden. In realistischer Einschätzung der Notlage vieler Sozialhilfeempfänger soll die Arbeitsaufnahme für die „GmbH“ freiwillig sein. Da diese Arbeitsverhältnisse außerdem sozialversicherungspflichtig sind, propagiert der Senat die „GmbH“-Gründung als Maßnahme, die der reaktionären Sozialpolitik der Bundesregierung entgegensteuert. Bei den 500 Arbeitsplätzen handele es sich um zusätzliche, nicht notwendige Arbeiten, die nur in Angriff genommen werden, um Sozialhilfeempfängern die Rückkehr ins „Arbeitsleben“ zu ermöglichen bzw. ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld und -hilfe zu erneuern.

Daß die Betroffenen für diesen Anspruch zu Löhnen arbeiten müssen, die in vielen Fällen nur für Alleinstehende deutlich über dem Sozialhifsesatz liegen, ist nur eine Seite der „GmbH“-Gründung. Sie ist vor allem ein gewaltiger Angriff auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und soll Lohnsenkung und Privatisierung vorantreiben. Bei den 500 Arbeitsplätzen handelt es sich zum Großteil um z.Zt. noch bestehende Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Von der „GmbH“ vermittelt werden sollen u.a.: „Arbeiten in den Gewerken Schlosserei, Tischlerei, Malerei, Papierverarbeitung und Gärtnerei; Aufbereitung von Altmaterialien; Näharbeiten (Herstellung von Bettwäsche, Berufs- und Schutzkleidung); Herstellung von Tupfern für die UKE-Zahnklinik; Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten, kleine Instandsetzungen“. Für diese Arbeiten sollen die Sozialhilfeempfänger nach den Arbeitertarifen CI, CII, BI, B und AI bezahlt werden, wobei allerdings „nicht beabsichtigt (ist), die Tarifbestimmungen des öffentlichen Dienstes voll zu übernehmen“. D. h. vor allem, daß die im öffentlichen Dienst üblichen Zuschläge, die bekanntlich einen relativ hohen Anteil am Lohn ausmachen, nicht gezahlt werden. Der genaue Umfang der Kürzungen ist noch nicht bekannt. Fest steht bisher, daß der Sozialzuschlag für Kinder wegfällt. Die Höhe des Weihnachtsgeldes ist unklar, soll aber kein 13. Gehalt betragen. Ob Urlaubsgeld (300 DM) gezahlt wird, ist ebenfalls fraglich. Der Senat rechnet mit monatlichen Bruttolöhnen von

1700 bis 2150 DM. Da eine Familie mit zwei Kindern von acht und zwölf Jahren und einer Miete von 600 DM in Hamburg Anspruch auf knapp 2000 DM Sozialhilfe hat, wäre es nicht verwunderlich, wenn einige Sozialhilfeempfänger lieber unter den Bedingungen der Zwangsarbeit als für die „GmbH“ arbeiten.

Gelingt es dem Senat, dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzusetzen – und es ist nicht bekannt, daß die ÖTV dagegen angegangen ist – so sind die Folgen absehbar: zunehmende Auslagerung bisher im Rahmen der Tarifbestimmungen des öffentlichen Dienstes wahrgenommener Arbeiten in eine halbprivate „GmbH“, Vernichtung bestehender Dauerarbeitsplätze und ihre Ersetzung durch befristete Verträge, Senkung des von der ÖTV erkämpften Lohnstandards durch den Einsatz „billiger“ Sozialhilfeempfänger. Übrigens sollen nach Informationen der „taz“ die „Vorteile“ der „GmbH“ auch den Kapitalisten zugute kommen: bisher durften Sozialhilfeempfänger nur für städtisch-öffentliche Aufgaben, und das ohne Profit, arbeiten. Nach Gründung der „GmbH“ können Aufträge auch von privaten Firmen angenommen werden.

Quellenhinweis: „Neuordnung der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern“, Hamburger Bürgerschaftsdrucksache 11/735 v. 31.5.1983.

Graubremse Kurzarbeitsregelung verbessert

Heidelberg. Auf der Betriebsversammlung am 27.6. hat die Geschäftsführung erneut 40 Kündigungen sowie Kurzarbeit bis Ende 1983 angekündigt. Grau: „Wird das Umsatzziel 1983 von 62 Mio. bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis nicht erreicht, kann dies das Ende bedeuten.“ Am 20.1. war für 1983 ein Sozialplan über einen Abbau der Belegschaft um 102 abgeschlossen worden. Betriebsrat und Vertrauenskörper konnten Grau den Sozialplan ziemlich teuer machen und die Zahl der echten Zwangs-Entlassungen bis heute auf zehn beschränken. 37 weitere nahmen von sich aus die Abfindung in Anspruch, bzw. waren Mutterschaftsfälle oder über 59jährige.

Als Zulieferer sind die Kapitalisten von KHD/IVECO, MAN, Daimler-Benz abhängig. Derzeit soll Graus Auftragspolster nur noch 10 Mio. DM betragen. Aber der Grau-Clan und ihre Leitenden sind auch als Kapitalisten bzw. Manager Nieten.

Auf der Betriebsversammlung enthielt der Betriebsrat z.B., daß die Disposition einen Ventile-Auftrag von Kässbohrer Ulm einfach ablehnte, weil

er „nicht ins laufende Programm paßte“. Betriebsrat und IG Metall sahen sich deshalb bereits Ende 1982 in folgender Zwangslage: entweder das inzwischen tatsächlich konkrete Risiko der Schließung des gewerkschaftlich in Heidelberg tragenden Betriebs durch Grau bzw. seine Kreditgeber einzugehen – oder ihrerseits kurzfristig für einen Überbrückungsauftrag in Höhe von mehreren Millionen DM zu sorgen. Dies wurde dann auch über Verbindungen zu F. Steinkühler und dem Daimler-Benz-Betriebsrat getan.

Die Kurzarbeit ab September 1983 wollte Grau wie schon 1981/82 bei den Angestellten, den Schlossern, im Werkzeugbau usw. ansetzen und hier in drei die Arbeit von fünf Tagen schaffen lassen. Der Betriebsrat lehnte dies aufgrund „ungeheurer Einkom-

mensverluste und unerträglicher Leistungsverdichtung“ ab und konnte durchsetzen: Kurzarbeit für alle freitags.

Bezüglich Kündigungen steht nur eine mündliche Zusage Graus, zumindest im gewerblichen Bereich 1983 keine mehr vorzunehmen (zwei Drittel aller ca. 300 seit 1980 Gekündigten bzw. Ausgeschiedenen waren dort). 1982 mußte Grau von Kurzarbeit Betroffenen den Ausgleich zum vollen Netto-Lohn/-Gehalt erstatten, wenn sie unter 2100 DM brutto im Monat verdienten. Jetzt ist bis 2200 DM ein (über dem Verlust liegender) Härteausgleich von 21 DM pro Kurzarbeitertag (Steuerklasse I/IV) bzw. 15,75 DM (Stkl. II/III) vereinbart: für Lohngruppe II z.B. nachträglich 4,2% Lohnerhöhung statt der 3,2%.

neben erheblichen finanziellen Einsparungen eine weitere Aushöhlung des bestehenden erkämpften Sozialversicherungssystems bedeutet.

Zu einer solchen Auffassung kann es nur dann kommen, wenn nicht der Gesundheitsschutz und damit die Einschränkung gesundheitsruinerender Arbeits- und Lebensbedingungen im Mittelpunkt steht, sondern die Finanzierung des Landesets. Und damit werden die wohlklingenden Ziele Kostenersparnisse und Eigeninitiative in letzter Zeit verstärkt verwandt, die Lohnabhängigen doppelt für ihre verschlissene Gesundheit zahlen zu lassen: in die Krankenversicherung sowie zunehmend für alle „normalen“ Krankheiten als „Selbstbeteiligung“. Noch 1976 lag der Tenor beim baden-württembergischen Sozialministerium anders. In dem damaligen Sozialbericht wurde in Bezug auf die Gesundheitsvorsorge zumindest all denen staatliche Hilfe zugesichert, die dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.

Jetzt hätten die Erkenntnisse arbeitsmedizinischer Untersuchungen in verschiedenen gesetzlichen Regelungen wie dem Mutterschutz- oder dem Jugendarbeitsschutzgesetz Eingang gefunden, so Schlee, zuständiger Sozialminister. Solche Aussagen sind ziemlich unverfroren bei gleichzeitig stattfindender Aushöhlung des Jugendar-

Gesundheitsvorsorge

„Selbsthilfegruppen“ und „Kräuter-tee“? Plünderung der Lohnabhängigen!

Mannheim. Anlässlich einer Großen Anfrage der SPD war das Thema „Gesundheitsvorsorge“ Tagesordnungspunkt im Stuttgarter Landtag. Die Landesregierung mißt „... allen Maßnahmen, die einer passiven Anspruchshaltung der Bevölkerung entgegenwirken und zu einer Stärkung des Verantwortungsbewußtseins und der Eigeninitiative des Bürgers sowohl im Hinblick auf seine Gesundheit wie auch auf die Belastung der Solidargemeinschaft durch Folgekosten von vermeidbaren Gesundheitsschäden beitragen, eine große Bedeutung bei“. Diese Position, die Selbstverschuldung, Eigenverantwortlichkeit und dadurch folgerichtig Selbstfinanzierung im Krankheitsfalle zum Prinzip erhebt, wurde von den anderen Parteien zumindest im Kern und damit in der Zielsetzung nicht angegriffen.

Die SPD suchte die Auseinandersetzung über die Gesundheitsvorsorge im Landtag, nur – sie fand sie nicht, weil sich die Auffassungen dort nicht wesentlich unterscheiden. So führt die SPD z.B. aus: „... Auch die Bemühungen um mehr Kostendämpfung im Gesundheitswesen können nur dann erfolgreich verlaufen, wenn der vorbeugende Gesundheitsschutz intensiviert wird. Dabei kommt den staatlichen Hilfen und der Eigenversorgung der Bürger gleichermaßen Bedeutung zu ...“. Wo ist denn da die Differenz zur CDU?

Die Anfragen der SPD beziehen sich auf die Einzelpunkte 1. Gesundheitserziehung und -förderung, 2. Alkoholismus, 3. Medikamentenmißbrauch, 4. Gesundheits- und Gewerbeaufsichtsämter, sowie 5. Gesundheitserziehung

in der Schule. Als Antwort begrüßt die Landesregierung „... alle gesundheitserzieherischen Maßnahmen, die von einer aktiven Mitwirkung der Bürgerschaft ausgehen ...“. Schließlich röhmt sich das baden-württembergi-



„... Verlagerung von Vorsorgeuntersuchungen auch in die Betriebe ...“ (aus: „Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik“)

sche Sozialministerium damit, daß es landesweit über 1000 Selbsthilfegruppen gibt, während es die „Aktivitäten der Kranken- und Rentenversicherungsträger auf diesem Gebiet als ausreichend ...“ ansieht. Oder sogar als zuviel? Durch die ganze 15-seitige Antwort der Landesregierung zieht sich die Argumentation, daß die Familie sowie eigenverantwortliche Initiativen einen großen Teil der Gesundheitsvorsorge wie -versorgung zu tragen haben, was

beitsschutzes, mit der die Ausnahme vom Nachtarbeitsverbot für Jugendliche erweitert wurde oder anhand der Tatsache, daß das Land Baden-Württemberg bereits 1979 eine Überprüfung der bestehenden Arbeitsschutzbestimmungen mit dem Ziel des „Abbaus nicht mehr gerechtfertigter Beschäftigungshemmisse“ im Bundesrat eingebracht hatte. Auf jeden Fall weist Schlee darauf hin, daß „... in der Arbeitswelt eine Rückbesinnung auf Wert

und Qualität der Arbeit erfolgen muß. Vermehrte Gesundheitsvorsorge und vermehrter Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt darf nicht dazu führen, daß die Arbeit als etwas grundsätzlich „Krankmachendes“ angesehen wird.“ Damit will die CDU den Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und Verschleiß der Gesundheit endgültig auseinanderbringen.

Die SPD hat dem nicht viel entgegenzusetzen. Sie bezeichnet die Ausführungen als „unbefriedigend“. In der Zielsetzung findet sie sich wieder mit der Landesregierung vereint. Und die Grünen verwässern ihre Kritik an den „krankmachenden Verhältnissen“ gewaltig mit dem ernst gemeinten Hinweis auf Naturheilmittel von „Kamille bis Fenchel“ – soweas zahlt die Krankenkasse zudem schon lange nicht mehr.

Den verbesserten Ausbeutungsbedingungen, die die Landesregierung durch die Aushöhlung oder Beseitigung von Schutzrechten den Kapitalisten schafft, wurde im Landtag auf jeden Fall nicht entgegengetreten. Die notwendigen Verbesserungen bei der Gesundheitsvorsorge werden sich dort auch nicht durchsetzen lassen. Dazu sind gewerkschaftliche Forderungen, wie sie z.B. die ÖTV in ihren Perspektiven zur Gesundheitspolitik bereits 1977 entwickelt hat, schon eher geeignet: Verlagerung von Vorsorgeuntersuchungen in die Betriebe, während der Arbeitszeit; gesundheitsgerechte Technologien; Erweiterung des Katalogs der Berufserkrankungen; Beschränkung von Nacht- und Schichtarbeit; Abbau von Überstunden und Bereitschaftsdiensten.

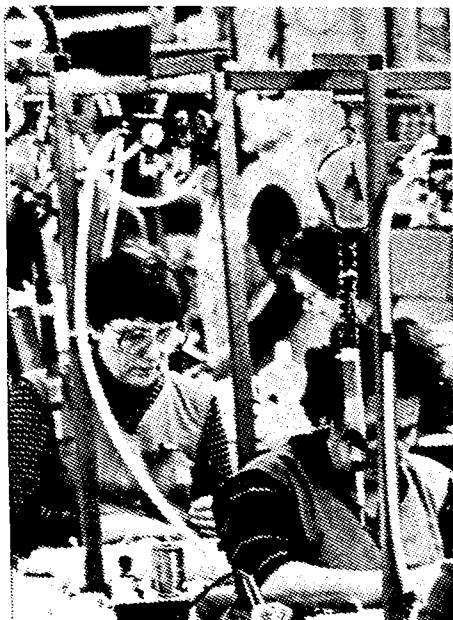
Bosch-Siemens Kapitalisten mit Ge- schäftsverlauf zufrieden

Traunreut. Das zehnjährige Bestehen der Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH nahm deren geschäftsführender Vorsitzender H. Plettner zum Anlaß, „das dreigeteilte Geheimnis für den seit zehn Jahren währenden Erfolg“ zu enthüllen. Eine klare Monostruktur und Spezialisierung auf einen Produktbereich bei einer permanent hohen Auslastung der Produktion, die ständige Suche nach Absatzmöglichkeiten sowie die Konzentration auf Gebiete mit fundierten Erfahrungen – so kennzeichnet Plettner den „autobahnbreiten Pfad der Tugend“ des freien Unternehmertums.

In den zehn Jahren des Bestehens der BSHG stieg der Umsatz von 1,8 auf 2,7 Mrd. DM – ein im Vergleich überdurchschnittliches Wachstum in

der Haushaltebranche. Der Exportanteil der BSHG hat sich in demselben Zeitraum von 20% auf 34% erhöht. Die Auslastung der Produktion liegt 1982 bei 95%, und gegenüber dem Vorjahr wird die Erzeugnisleistung um 24% gesteigert.

Gnadenlos wird von den Kapitalisten das Arbeitstempo in die Höhe getrieben. An den Montagelinien der Herdfertigung im Werk Traunreut sind die Stückzahlen teilweise um 10% erhöht worden. Bandbesetzungen wurden abgebaut, die Stückzahlen sind die



gleichen geblieben. Waschzeiten in der Arbeitszeit, individuelle Pausen, etwa um Zigaretten oder Getränke zu holen, werden gehäuft angegriffen und unterbunden. Die Werksbusse dürfen erst zehn Minuten nach Schichtschluß abfahren, damit bis zur letzten Minute geschanzt werden kann. Stückzahlen, die man noch vor einem Jahr für unmöglich hielt, sind zur vorläufigen Regel geworden. Vorläufig, denn eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität ist fest eingeplant.

Laut Plan der Bosch-Siemens-Kapitalisten soll die Belegschaft um weitere 3% reduziert werden – seit 1973 ist die Belegschaft in allen Werken von 17000 auf 12600 abgebaut worden. Bei den Arbeitern sollen acht Prozent wegklassifiziert werden. Mit der Einführung einer neuen Herdreie im Werk Traunreut sollen die noch vorhandenen Einzelakkordarbeitsplätze voll in die Bänder und Linien eingegliedert werden, um die „Durchlaufzeit zu verkürzen“.

1982 betrug die Gewinnabführung der BSHG – zu je 50% an Bosch und an Siemens – 30,4 Mio. DM. Dies ist – so Plettner – das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen der BSHG. Zusätzlich wurden 13 Mio. DM – gegenüber 11 Mio. DM 1981 – in die Rücklagen überstellt.

Schülerförderung BAföG – NAföG, die Kürzungen bleiben!

Hannover. Sechs Wochen nachdem die niedersächsische Landesregierung im Bundesrat den Kürzungen des Schüler- (und Studenten-) BAföG zugestimmt hat, verkündet Albrecht mitten im Bundestagswahlkampf, daß er für Niedersachsen die Schülerförderung retten will. Zum Schuljahresbeginn können jetzt Anträge auf NAföG gestellt werden.

Nach Berechnungen von Wissenschaftsminister Cassens sieht das so aus: Etwa 11000 Schüler der Oberstufe der Gymnasien, Vollzeitberufsschüler und Fachschüler sind anspruchsbe rechtigt und erhalten bis zu 150 DM (bei einem Monatseinkommen der Eltern von ca. 1300 DM und weniger). Weitere 6000 Berufsaufbau- und Fachoberschüler können bis zu 345 DM erhalten. Ca. 15000 Schüler erhalten weiterhin Geld nach dem BAföG. Damit ist die Zahl der geförderten Schüler auf ein Drittel zusammengestrichen und das auch noch bei gesunkenen Fördersätzen. War im Wahlkampf noch von 60 Mio. DM als Fördersumme die Rede, so sind jetzt noch 30 Mio. DM jährlich die Planung. Aber sozial ist die Landesregierung, denn schließlich kriegen die Schüler ja etwas von dem eingesparten Landesanteil am Schüler-BAföG (1982: Bund 120 Mio., Niedersachsen 60 Mio. DM).

Und familienfreudlich ist dieses Gesetz. Antrags- und bezugsberechtigt sind für *die gesamte Dauer der Ausbildung* die Eltern, wenn zum Zeitpunkt der Antragsstellung der Schüler minderjährig ist. Schließlich ist das eine Verwaltungsvereinfachung und führt „auch sicherlich dazu ..., daß nicht vorzeitig aus dem familiären Umfeld ausgebrochen wird“ (CDU-Abgeordnete im Landtag, 7.6.83).

Einig war sich die CDU, daß das neue Gesetz auf alle Fälle eine Leistungskomponente enthalten soll. Gefördert werden nur Ausbildungen, die auf der bisherigen Ausbildung „sinnvoll aufbauen“. Außerdem muß die Leistung des Schülers erwarten lassen, daß er das Ausbildungsziel erreicht. „Dies wird in der Regel angenommen, solange der Schüler die Ausbildungsstätte besucht“ (§3 (2)). Es gibt also auch Ausnahmen von der Regel. Sehr viel weiter geht da Bayern. Zu Schuljahresbeginn tritt die „Schülerbegabtenförderung“ in Kraft. Gebunden an Einkommensgrenzen kriegen nur die Schüler Geld, die nach dem Notendurchschnitt zu den besten 20% der jeweiligen Jahrgangsstufe der Schule gehören.

Stahlindustrie

Neues Prämiensystem bei Hoesch – erste Erfahrungen

Anknüpfend an die Darstellung der allgemeinen Produktivitätsentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie (s. Pol. Ber. 9/83) soll in der folgenden Darstellung ein zum 1.9. 1982 bei den Hoesch Hüttenwerken neu eingeführtes System von Produktivitätsprämie dargestellt werden. Es wird zur Zeit nur im Arbeiterbereich angewendet. Durchgeführt wurden bisher:

- Es wurden 15 Prämienbereiche gebildet. Davon sind zur Zeit noch 13 vorhanden, da zwei Betriebe, die eigene Prämienbereiche bildeten (SM 3 und PB 1), inzwischen stillgelegt sind.

- Für alle Bereiche wurde eine „normalisierte Leistung 1981“ festgelegt – sie ist die eine Bezugsgröße der Prämienberechnung. Dieser Wert ist die sogenannte „Soll-Arbeitsproduktivität“. Dafür wurden als Berechnungsgrundlage folgende beiden Hauptwerte ermittelt: Einmal eine „Soll-Erzeugung“ und zum anderen eine „Soll-Stunden“-Zahl für jeden Prämienbereich.

Da in den Prämienbereichen zur Zeit noch verschiedene Arbeitsstufen zusammengefaßt sind – z.B. Blockwalzwerk und Profilwalzwerk – gibt es zur Berechnung der „Soll-Erzeugung“ noch Umrechnungsfaktoren, um einen gemeinsamen Wert für den Bereich zu erhalten. Bei den „Soll-Stunden“ werden neben den direkten Produktionsstunden der Prämienbereiche die der Nebenbetriebe – Schlosser, Elektriker, Unternehmerleute usw. – miteingerechnet.

- Für alle Prämienbereiche wird für jeden Monat eine „Ist-Arbeitsproduktivität“ ermittelt, auf der Grundlage von Ist-Stunden und Ist-Erzeugung berechnet.

- In der Betriebsvereinbarung ist festgelegt, „Produktivitätsveränderungen infolge Investitionen, Stilllegungen von Betrieben bzw. Betriebsteilen auf Dauer und zusätzliche Veränderungen im Zuge der Umstrukturierungen werden in ihrer prämienverändernden Wirkung neutralisiert. Bei größeren Abweichungen zwischen Ist- und Soll-Arbeitsproduktivität werden die Leistungsansätze überprüft und in Absprache mit dem Betriebsrat angepaßt.“

- Aus den Einzelproduktivitäten der Bereiche wird – entsprechend dem Stunden-Anteil der Bereiche an der Gesamtstundenzahl – eine Gesamtarbeitsproduktivität der Hoesch Hüttenwerke gebildet. Liegt sie über dem Wert 100, wird für jeden Punkt über

100 zur Zeit ein Betrag von drei Pfennig pro verfahrene Stunden gezahlt. Davon werden $\frac{2}{3}$ an alle gezahlt, $\frac{1}{3}$ entsprechend der erzielten Bereichsproduktivität auf die einzelnen Prämienbereiche verteilt.

- Seit mehreren Monaten wird bei den Hoesch Hüttenwerken in verstärktem Umfang Kurzarbeit verfahren – und zwar sowohl in den sogenannten „Blöcken“, d.h. mehrere Tage hintereinander Stillstand, wie auch „ratierlich“, d.h. zwischen einer und mehreren Schichten in der Woche. Dies hat zu einer „Leistungsverdichtung“ (=

– Vor dem Hintergrund einer Tariflohnernhöhung von 24 Pfg. zum 1.4.83 bzw. 17 Pfg. zum 1.10.83, zusammen also 41 Pfg. ab 1.10.83 auf den Durchschnittslohn bei Hoesch (13,23 DM), ist die Prämienhöhe von bisher 22 Pfg. pro Std. für den einzelnen durchaus beachtlich. Dies untergräbt natürlich die Bedeutung der Lohnrunden, orientiert auf eine Verbesserung der Produktivität des „eigenen“ Unternehmens.

– Die zur Zeit durch Kurzarbeit erhöhte Produktivität – also mehr Arbeitskraftverausgabung – soll Dauerzustand werden. So hat der Hüttenvorstand angekündigt, die bisher durch Kurzarbeit ausgefallenen Stunden durch direkte Streichung in den Stellenplänen auf immer einzusparen. Versüßt mit ein paar Pfennigen sollen diese Maßnahmen den Kollegen schmackhaft gemacht werden.

Prämienentwicklung 1983 Hoesch Hüttenwerke AG

| Prämienbereiche | zu zahlende Bereichsprämien | | | | | |
|---|-----------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Jan. | Febr. | März | Apr. | Mai | Juni |
| 01 Hochofen Phönix/Westfalenhütte | 0,10 | 0,31 | 0,32 | 0,26 | 0,30 | 0,32 |
| 02 Oxygenstahlwerk | 0,07 | 0,24 | 0,21 | 0,23 | 0,24 | 0,28 |
| 03 Siemens-Martin-Stahlwerk (stillgelegt) | — | — | — | — | — | — |
| 04 Elektrostahlwerk | 0,09 | 0,20 | 0,22 | 0,22 | 0,15 | 0,18 |
| 05 Stahlgießerei | 0,07 | 0,17 | 0,22 | 0,27 | 0,28 | 0,28 |
| 06 Blockwalzwerk/Profilwalzwerk | 0,06 | 0,19 | 0,26 | 0,15 | 0,18 | 0,33 |
| 07 Blockwalz./Halbzeugwalz. (stillgelegt) | 0,06 | 0,17 | 0,15 | 0,15 | — | — |
| 08 Feineisenstraße | 0,06 | 0,17 | 0,15 | 0,15 | 0,15 | 0,18 |
| 09 Blockbrammenstraße | 0,08 | 0,27 | 0,24 | 0,25 | 0,32 | 0,32 |
| 10 Warmbreitbandstraße | 0,14 | 0,24 | 0,19 | 0,28 | 0,23 | 0,27 |
| 11 Kaltwalzwerke | 0,09 | 0,32 | 0,18 | 0,26 | 0,29 | 0,27 |
| 12 Maschinenbetriebe | 0,10 | 0,32 | 0,22 | 0,19 | 0,15 | 0,23 |
| 13 Verkehrsbetriebe | 0,13 | 0,27 | 0,25 | 0,30 | 0,23 | 0,28 |
| 14 Qualitätsabteilungen | 0,15 | 0,17 | 0,24 | 0,24 | 0,28 | 0,31 |
| 15 Allgemeine Bereiche | 0,06 | 0,22 | 0,19 | 0,23 | 0,22 | 0,23 |
| <i>Gesamtprämie</i> | <i>0,09</i> | <i>0,26</i> | <i>0,22</i> | <i>0,23</i> | <i>0,23</i> | <i>0,27</i> |

stärkere Ausbeutung) geführt mit einem schlagartigen Anstieg der Produktivität. (s. folgende Tabelle)

| Monat | Gesamtarbeitsproduktivität |
|-------------|----------------------------|
| <i>1982</i> | |
| September | 97,0 |
| Oktober | 89,8 |
| November | 89,9 |
| Dezember | 91,2 |
| <i>1983</i> | |
| Januar | 102,9 |
| Februar | 108,5 |
| März | 107,2 |
| April | 107,7 |
| Mai | 107,7 |
| Juni | 108,9 |

Da die verfahrenen Stunden in die Berechnung der Produktivität wie auch der Prämie eingehen, ist die Folge gleichbleibend hohe Produktivität wie Prämie.

– Die konkreten Auswirkungen auf die Prämie in den Monaten Januar bis Juni zeigt die zweite Tabelle. Wichtig bleibt, festzuhalten:

– Die bisherige Art des Prämiensystems soll weiter verfeinert werden. In der Betriebsvereinbarung vom 1.9. 1982 heißt es: „Soweit andere maßbare Bezugsgrößen – u.a. Mengen- und Qualitätsmerkmale – zum Aufbau von leistungsbezogenen Prämien herangezogen werden können, besteht die Möglichkeit, direkte Prämien anstelle der Bereichsprämie zu vereinbaren.“

Dies soll in dem strategischen Bereich des Hoesch Konzern – der Blecherzeugung und Veredelung – den beiden Kaltwalzwerken in Dortmund begonnen werden. Im Zusammenhang mit der Einführung von „Gruppenarbeit“ mit der Errichtung eines neuen Produktionsverfahrens (Durchlaufglühe) soll auch ein neuer Betriebsrechner installiert werden, der für die Produktionslenkung einerseits, die Erfassung und Bereitstellung von laufenden Daten für Betriebsüberwachung und verfeinerte Entlohnungssysteme andererseits, von den Hoesch-Kapitalisten bestellt wurde.

Dieser Artikel wurde von einem Mitglied der KPD erstellt

„Gleichmäßigkeit des Betriebssystems“

„... Die Vollkontischicht erhöht den Produktionsausstoß, verringert die Produktionskosten und verbessert die Stahlqualität durch die Gleichmäßigkeit des Betriebssystems“, so urteilt der Forschungsbericht des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung von 1981 die Notwendigkeit der Schichtarbeit in der Stahlindustrie.

Schon 1975 arbeiteten 113 000 Stahl- und Chemiearbeiter von insgesamt 260 000 in der BRD in vollkontinuierlicher Schicht und lagen damit an der Spitze. Neben der Propaganda des Bundesministers für vollkontinuierliche Schicht stehen Zahlen und Werte, die belegen, daß mit der „Verringerung der Produktionskosten“ die Ruinierung der Gesundheit von Schichtarbeitern einhergeht.

Die Rentnerbefragung zu „Langzeiteinfluß von Schichtarbeit“ 1981 (Rohmann, Bochum) ergab: Die durchschnittliche Zahl der in Schichtarbeit verbrachten Arbeitsjahre lag bei den ehemaligen Stahlarbeitern bei 26 Jahren, bei den in Kontischicht Arbeitenden bei 22 Jahren. Das Pensionierungsalter lag bei den ehemaligen Stahlarbeitern zu 59,6% vor dem 60. Lebensjahr. Die Belastungsfaktoren lagen nach Befragung der Rentner in der Arbeitsintensivierung, die mit neuen Produktionstechniken verbunden ist, weiter in dem immens hohen Belastungsniveau durch Hitze, Lärm, Staub und Gas. 49,6% der Rentner machten die Schichtarbeit für den Gesundheitsverschleiß verantwortlich. Die Befragten litten während ihrer Berufstätigkeit unter Nervosität, Schlafstörungen und Verdauungsstörungen. 90% der ehemaligen Stahlarbeiter meinten, daß die Bedingungen der Wechselschicht frühzeitigere Pensionierung notwendig machen würden.

Aufgrund der Untersuchung an insgesamt 8060 Personen (Rutefranz, 1980) litten 35% der Wechselschichtarbeiter mit Nachschicht und 50% der Dauernachtschichtarbeiter an Magen-Darm-Störungen. 20 bis 80% der Wechselschichtarbeiter mit Nachschicht litten an Schlafstörungen, 60% der Dauernachtschichtarbeiter und 90% der ehemaligen Schichtarbeiter.

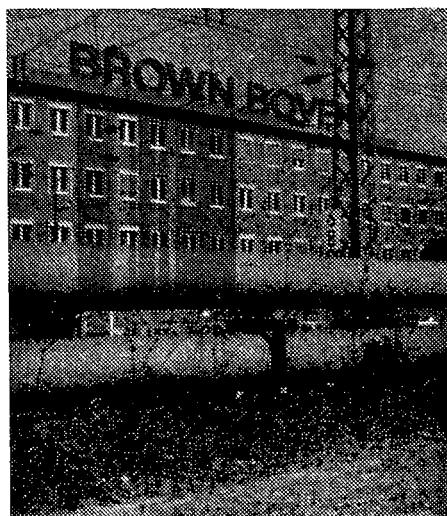
Eine vorzeitige Pensionierung wird nicht die einzige Antwort auf Schichtarbeit bleiben können, man macht es sowieso nicht länger als gut 20 Jahre.

Energiepreise Erstmals Tarifsenkungen der MVV

Mannheim. Fünfmal in zweieinhalb Jahren hatte die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft MVV die Tarife erhöht, jetzt zum 1.7. wurde bei Gas und Fernwärme gesenkt. Warum?

Als „sachlichen Grund“ nannte die MVV: „Allgemeine Ölpreissenkung“. Daß der Gasbezugspreis an den Ölpreis gebunden und dieser gesunken war, das wußte man schon bei der letzten Erhöhung (im November 1982). Heftig hatten CDU und SPD gewettet gegen die Forderung von Stadtrat Ebert (DKP), die Preise wie in anderen Orten zu senken.

Und die Fernwärmtarife? Ohnehin haben die nur insofern etwas mit dem Öl zu tun, als die MVV gegenüber den Haushalten stets die Preise hochtrieb „auf Ölpreisniveau“. Diese früher erhebliche Differenz zwischen den eigentlich niedrigen Fernwärmekosten und dem Ölpreis wurde u.a. in Mammutinvestitionen wie den neuen Block 7 des Großkraftwerks Mannheim gesteckt – der nur für die industriellen Großabnehmer Zweck hat. 598 Mio. DM der Gesamtkosten von 789 Mio. werden nun über Zinszahlungen des GKM für Kredite sowie über Abschrei-



Fernwärmestrasse bei BBC: Ausrichtung der Investitionen auf die Konzerne.

bungen auf die Strom- und Wärme-Produktionskosten des GKM als Kosten überwälzt. Von 5,7 Mio. (1978) auf 35,7 Mio. DM (1982) stiegen die Zinszahlungen des GKM dadurch; dazu weitere 38 Mio. DM Abschreibungen. Dabei ist die neu geschaffene Kapazität des GKM unausgelastet wie nie; der Überschuß der Strom-Höchstlast betrug 1982 ca. 30% (1979: 12%).

Bei der üblichen Überwälzung sol-

cher Kosten auf die Haushalte sind für die MVV v.a. bei der Fernwärme Grenzen aufgetreten. Grenzen, die begründet sind in dem verstärkten Druck, dem sich die MVV ausgesetzt sieht, da für immer mehr Arbeiterfamilien die Energie unbelzahlbar wird. Andererseits bestehen die Grenzen aber in der Notwendigkeit, weitere Kunden an die Fernwärme-Angel der MVV zu kriegen, um die schlimmsten Überkapazitäten bei Kraftwerk und Versorgungsleitungen auszugleichen. Die kalkulierten Anschlußzahlen an die MVV-Fernwärme sind gefährlich weit unterschritten – gerade aufgrund der hohen Preise.

Folgendes dürfte außerdem feststehen: Die Senkung der Gas-Haushaltstarife liegt weit niedriger als die Preis senkung für die Konzerne. Deren Billigenergie wird nämlich „automatisch“ gesenkt. Und zwar durch „volle Ausschöpfung der Preisgleitklausel“, nachdem in den letzten Jahren die MVV die Bezugspreiserhöhungen nicht voll an die BASF weitergeben konnte. Die Arbeitspreissenkung für die Haushalte um 0,5 Pfg/kWh liegt also weit unterhalb dessen, was tatsächlich möglich und nötig wäre.

Studienstruktur Kurzes Studium und billige Akademiker

Köln. Der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Schwier (SPD) hat vorgeschlagen, das Universitätsstudium künftig in zwei Phasen zu gliedern. Nach drei Jahren sollen alle Studenten eine erste „berufsqualifizierende“ Prüfung ablegen. Der überwiegende Teil soll dann gleich auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, nur eine Minderheit (die Rede ist von etwa einem Drittel) würde zu einem weiterführenden „forschungsorientierten“ Elitestudium zugelassen.

Originell ist Schwiers Vorschlag nicht: unter anderen hat ihn der Wissenschaftsrat, dem Vertreter der Bundesregierung und der Länder, Professoren und Kapitalisten angehören, schon zweimal – 1976 und 1978 – gemacht. Auch die SPD-Vertreter im Wissenschaftsrat hatten diesen Empfehlungen zugestimmt. Daß Schwier jetzt mit diesem „alten Hut“ Furore machen kann, ist gleichwohl bezeichnend für die Konjunktur, die allerlei Vorschläge zur Verbilligung und „Differenzierung“ der Hochschulausbildung derzeit genießen.

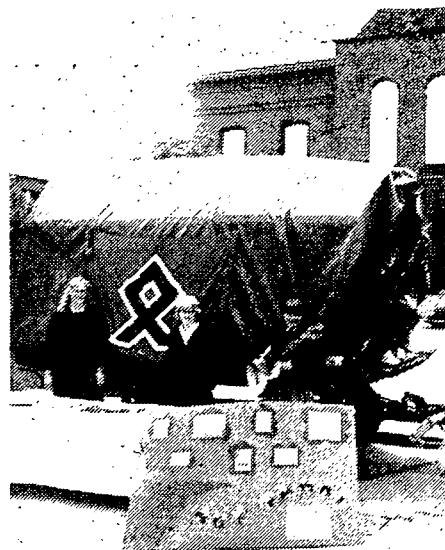
Bei der gewaltig angestiegenen Zahl der Studienberechtigten (jetzt 27% eines Altersjahrgangs gegenüber 1960 6%) ist den Kapitalisten die herkömmliche langwierige Ausbildung an den

Universitäten zu teuer geworden. Der größte Teil des akademisch ausgebildeten Personals hat ohnehin nur gehobene Handlangerdienste zu verrichten. Dafür sollen künftig drei Jahre Ausbildung ohne großartigen wissenschaftlichen Anspruch genügen. Zur zweiten Studienphase soll nur noch der Nachwuchs für die höheren Leitungsfunktionen zugelassen werden.

Bisher sind im öffentlichen Dienst alle Universitätsabsolventen in den „höheren Dienst“ eingruppiert. Damit ist eine für die Kapitalisten schmerzliche Marke auch für die Akademikergehälter in der Privatwirtschaft gesetzt. Diese Hürde für Lohnsenkung soll jetzt endlich fallen. Schwier: „Wenn junge Menschen nicht nach Leistung, sondern nach Studiendauer weiterhin nach A 9 oder nach A 13 eingestuft werden, ist jede Änderung von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Fast gleichzeitig mit Schwier hat der niedersächsische Kultusminister Oschatz eine Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf zwölf Jahre vorschlagen. Der neue Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Berchem will beides zugleich. Sein Vorgänger Turner hat dazu kürzlich zu einer „Großen Koalition“ in der Bildungspolitik aufgerufen. Die GEW Nordrhein-Westfalen hat sich gegen Schwiers Pläne gewandt und Widerstand „gegen eine solche Zwei-Klassen-Ausbildung“ an den Hochschulen angekündigt.

Quellenhinweis: dpa, Dienst für Kulturpolitik, 29 und 30/1983; Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots (1978)



Stand des BHJ in Meldorf. Die „Odals-Rune“ verwendet auch die faschistische Wikinger-Jugend.

durch die Gegend ziehen“, „oder ob an Disziplin gewöhnte Jugendgruppen unter der Leitung ihrer jugendlichen Führer alte Rechte ihrer Selbsterziehung in Anspruch nehmen wollen“. Vergleiche: „Das Jungvolk erklärt den Muttersöhnchen den Krieg ... Kinder verreisen nur in Begleitung Erwachsener, Pimpfe gehen mit ihrem Führer auf Fahrt.“ (von Schirach, Die Hitlerjugend 1934) Es sind die gleichen Methoden und die Ausdrücke wie bei der HJ.

Die Berichterstattung der „Dithmarscher Landeszeitung“ (DLZ) ist liebevoll und selbstverständlich. Der Propagandafeldzug der Jungfaschisten wird als normal ausgewalzt. Der Schreiberling Felix Vierkant schwärmt von den reaktionären Zielen: „Der Name ‚Heimattreu‘ sticht heraus ... Die Mädchen betonten, daß ihr Bund den Kindern und Jugendlichen das ungeteilte Deutschland übermitteln möchte ... Als Ideal setzt sich diese Jugendgruppe für ein vereinigtes Europa ein, daß jedoch nicht auf Kosten Deutschlands erreicht werden dürfe ... Die Ostverträge werden vom BHJ als nicht rechtskräftig angesehen. Mitglieder der Gruppe besuchten die deutschen Ostgebiete und stellten vor allem in dem ‚sehr schönen Ostpreußen‘ fest, wie schade es sei, daß dieses Land derartig heruntergewirtschaftet wurde.“

Erfreulich ist, daß in mehreren Leserbriefen an die DLZ die reaktionäre Propagandaschau aufgedeckt und die Artikelschreiber wegen der Verharmlosung als Ferienfahrt angegriffen wurden. Trotzdem hat bisher weder die DLZ noch einer der Redakteure es für nötig gehalten, sich dazu zu äußern oder zu entschuldigen. Der BHJ gehört verboten!

Prozeß Anti-Reagan-Demonstranten vor Gericht

Westberlin. Anlässlich des Reagan-Besuchs am 11.6.82 in Westberlin war eine Demonstration von autonomen/antiimperialistischen Gruppen und der AL als Unterstützer geplant, deren Hauptlösung war: „NATO zerschlagen – Yankees verjagen!“ An die 2000 Demonstranten hatten sich am Nollendorfplatz in Schöneberg versammelt, um von dort aus in Richtung Schloß Charlottenburg zu marschieren, wo Reagan vor ausgesuchten „Berliner Bürgern“ (zum größten Teil dafür freigestellte Beamte aus dem öffentlichen Dienst und Polizisten in Zivil) eine Rede hielt. Doch bevor der Demonstrationszug sich formieren konnte, hatten schon starke Polizeikräfte den Platz in ein Gefangenentaler verwandelt: Mit NATO-Stacheldraht wurden die Demonstranten eingezäunt und auf dem Platz festgehalten. Die Polizeiführung ließ verlauten, die Demonstranten sollten so lange eingekesselt bleiben, bis Reagan die Stadt wieder verlassen habe. Daß diese Provokation nicht unbeantwortet bleiben würde, war klar: Nach dreimaliger Aufforderung an die Polizei, die Straße freizugeben, durchbrach ein Teil der Demonstranten die Polizeiketten. Daran schloß sich eine mehrstündige Straßenschlacht an. Reagan verließ die Stadt zwei Stunden früher als geplant.

Jetzt stehen fünf Demonstranten vor Gericht, denen stellvertretend der Prozeß für den militärischen Widerstand am 11.6.82 gemacht wird: Klaus-Peter Noll, Minas Kontas, Alois Leicht, Rainer Kehrens und Ruth Christiansen. Die fünf unterliegen denselben Haftbedingungen, die auch gegenüber der RAF und den Revolutionären Zellen Anwendung finden, Isolationshaft und ständige Schikanen seitens der Knastleitung. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage vor dem Landgericht wegen „schwerem Landfriedensbruch“. Es ist bisher einmalig in Westberlin, daß wegen dieser Klage vor dem Landgericht verhandelt wird. Der Prozeß selbst ist sorgfältig vom Staatsschutz inszeniert, in ihm soll vor allem die politische Gesinnung der Angeklagten abgeurteilt werden. Der bisherige Prozeßverlauf zeigt deutlich die Absicht der Justiz, ein Exempel zu statuieren, gedacht für alle diejenigen, die die imperialistischen Kriegsvorbereitungen bekämpfen. Wir werden in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift über den Verlauf dieser wichtigen Prozesse und ihre Hintergründe berichten.

Bund Heimattreuer Jugend DLZ wirbt für faschistisches Lager

Dithmarschen. Jugendliche mit Pony und Planwagen zogen durch Dithmarschen. Sie versuchten, ein Jugendlager auf die Beine zu stellen. Es sind Jugendliche vom Bund Heimattreuer Jugend (BHJ), die in Dithmarschen Fuß fassen wollen. Bei Dieter Bols, Friedrichshof bei Eddelak/St. Michaelisdonn, fanden sie Unterschlupf. In Meldorf u.a. verbreiteten sie Propagandamaterial.

„Sieben junge Mädchen auf fröhlicher Fahrt“, „... mit trotzigem Wandervogelbewußtsein ...“. Angeknüpft wird beim BHJ an Lagerfeuerromantik und Abenteuerlust. „Wir dürfen keine befreiende Jugendarbeit betreiben, weil irgendwo eine überängstliche Mutter Fußpilz vermutet.“ So wird gegen die Duschenauflage angegangen. Hart, einfach und rein soll die Jugend sein. „Es wird nicht gefragt, ob wilde randalierende Haufen im Camping-Look

Aufrüstung der südafrikanischen Bastion unter dem „Stern von Untertürkheim“

Stuttgart. Der umsatzstärkste Automobilkonzern der BRD, Daimler-Benz, liefert nach eigenen Aussagen nur „für nichtmilitärische Zwecke“ nach Südafrika („Spiegel“, 21.10.82). Warum erklärt dann Direktor Schmidt im Südwestfunk: „Es wird über solche Dinge zuviel diskutiert. Es herrscht eine Überdemokratie!“? (1.7.81)

Betriebsräte von Daimler-Benz Untertürkheim, die der innerbetrieblichen Oppositionsgruppe „Plakat – Hoss/Mühleisen“ angehören und heute entweder den Grünen oder den Demokratischen Sozialisten nahestehen, richteten 1981 eine Anfrage an den Aufsichtsrat: „1. Welche Typen der Daimler-Benz-Unimogs werden nach Südafrika geliefert, handelt es sich um militärische oder zivile Versionen? 2. Sollte es sich um eine zivile Version handeln, ist die Frage zu stellen, wer

Was dann passiere, sei unbekannt. (Hervorhebung vom Verf.)

Diese Antwort ist zynisch angesichts der großen Beliebtheit, deren sich die Daimler-Benz-Unimogs beim südafrikanischen Militär erfreuen! Filmberichte über Kriegseinsätze in Angola und Mosambik (s. unteres Bild) und Namibia und Militärparaden in Durban und Pretoria zeigen Unimogs made in Gaggenau, Baden-Württemberg.

Auf der letzten Hauptversammlung der Daimler-Benz AG am 6.7.83 kam es zum Tumult unter den anwesenden 4000 Aktionären, als Betriebsräte die Lastwagenlieferungen an den Apartheidstaat Südafrika und die Lohnpolitik des Konzerns zu kritisieren wagten. Aufsichtsratsvorsitzender Guth (Vertreter der Daimler-Benz-Hausbank Deutsche Bank) beruhigte dann mit einem Kunstgriff die aufgeregten Gemü-

ben. Dort sollen nach 1984 angeblich jährlich 40- bis 50000 Dieselmotoren für LKWs und Traktoren hergestellt werden, um Südafrika „nach den Vorstellungen der Regierung von Motorenimporten unabhängig zu machen.“ (Daimler-Benz-Aufsichtsratsmitglied Zahn, ehemals Vorsitzender des Vorstandes). Schwermotoren für Südafrikas Panzer und Schwertransporter werden hier auch gebaut. Zügig unterstützt Daimler-Benz die Bestrebungen des Siedler-Regimes zur „Autarkie“.

Der Kampf der schwarzen Arbeiterklasse für Gleichberechtigung, Bildung schwarzer Gewerkschaften und gegen die Diskriminierung als „Schwarze“ hat die imperialistischen Konzerne zu innerbetrieblichen Veränderungen veranlaßt. Zugeständnisse in Fragen der „kleinen Apartheid“ fallen einem Konzern wie Daimler-Benz leicht, da sie wenig kosten und die schwarzen Arbeiter spalten sollen. Welche Bedeutung die „kleine Apartheid“ für die alltägliche Schikane hatte (teilweise heute noch hat), zeigt folgendes Interview. Es wurde 1978 von U. Albrecht und anderen im Auftrag des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“ (Werk in der Evangelischen Kirche) mit schwarzen Gewerkschaftern von Daimler-Benz Südafrika durchgeführt.

Frage: Was ist mit den Kantinen? Essen schwarze und weiße Arbeiter zusammen?

Antwort: Nein, die Kantinen sind getrennt, Schwarze und Farbige essen zusammen, Weiße für sich.

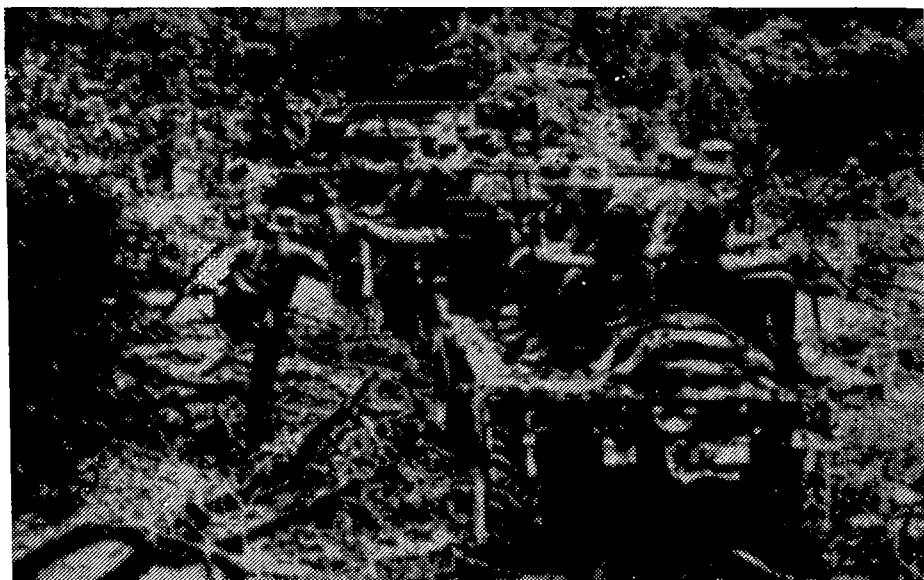
Frage: Ist das Essen gleich?

Antwort: (Lacht) Ja, gleiches Essen auf verschiedenen Tellern. Sie als Weißer bekommen Messer und Gabel, ich nicht. Sie haben Salz und Pfeffer auf ihrem Tisch, ich nicht.

Frage: Und die Toiletten?

Antwort: Oh, die sind getrennt, das ist eine sehr wichtige Sache für die Weißen. (1)

Das war 1978, in letzter Zeit hat sich innerbetrieblich nach Auskunft des Konzernbetriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz Lucy einiges geändert. Seit 1980 sind Kantinen, Duschen und Toiletten gemischtrassig. Bei der Daimler-Benz-Tochter UCDD ist ein Bildungszentrum eingerichtet, wo 45 meist schwarze Arbeiter ausgebildet werden. Doch was sind schon 45 Arbeiter bei einer Belegschaft von 4000? Wenn der Gaggenauer Betriebsratsvorsitzende Hirth im September 1981 daraus die Konsequenz gezogen hat, daß „auf diesem Wege sehr viel für die



„Militärfahrzeuge von Daimler-Benz und Magirus-Deutz (Ulm) sind die Standardfahrzeuge der südafrikanischen Armee“, berichteten südafrikanische Kriegsdienstverweigerer am 28.3.81 der UNO in London.

und wo diese Fahrzeuge zu Militärfahrzeugen umgebaut werden (Sonderlackierung, Waffenhalterungen, schußsichere Vollgummireifen und schußsichere Fenster, 24-Volt-Batterie usw.)? 3. Werden Unimog-Einzelteile von der BRD nach Südafrika geliefert und dort montiert?“ Im September erhielten die Betriebsräte die Antwort, es gingen keine kompletten Unimogs nach Südafrika, nur Fahrzeuge ohne Fahrerhaus und ohne Reifen, es handle sich um die reinen Zivilfahrzeuge Unimog 1100, die Unimog-Teile gingen an die Daimler-Benz-Tochter UCDD, an der Daimler-Benz zu 36% beteiligt ist.

ter der überwiegend Kleinaktionäre: Die gestellte Frage, ob man Lastwagenlieferungen an Südafrika angesichts der dortigen politischen Situation verantworten könne, habe durchaus ihre Berechtigung. Militärlieferungen bestreitet auch er.

Tatsächlich ist die Größenordnung der Daimler-Benz-Militärexporte nach Südafrika beträchtlich, wie auf Seite 27 belegt. Außerdem hat der Daimler-Benz-Aufsichtsrat am 3.11.78 mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter einstimmig die Zustimmung zur Lizenzvergabe für eine Dieselmotorenfabrik 30 km von Kapstadt entfernt gege-

Daimler-Benz: Rüstungsbetrieb von Anfang an

1886 baute G. Daimler das erste Automobil, schon zwei Jahre später schlug er die Verwendung von Motorfahrzeugen im Heeresdienst vor. 1900 bestellte das Kriegsministerium bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft Fahrzeuge im Wert von 150000 Mark. 1904 wird der erste Panzerwagen mit Schnellfeuersechszylinder gebaut. Im Daimler-Aufsichtsrat sitzen Vertreter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Fabriken sowie Generalmajor G. Becker.

Die Benz AG liefert pünktlich zum Kriegsbeginn einen 240 PS-Flugmotor. Die Rüstungsproduktion der beiden Firmen stieg von zusammen 74 Mio. Mark in 1913 auf 413 Mio. Mark 1918, allein bei den Flugmotoren von drei auf 180 Mio. Mark. Daimlers Dividenden sprangen von 10 – 12% 1910/12 auf 28 – 35% 1915/16. Die überhöhten Preise wurden 1918 im Reichstag verhandelt und führten zeitweise zur Einrichtung einer Militäraufsicht über die Firma Daimler.

1926 fusionierten auf Betreiben der Deutschen Bank Daimler und Benz. Nach 1933 trat der SS-Führer J. Berlin in den Vorstand, nachdem er jahrelang der Verbindungsmann zu den Nazis war. Vorstandsvorsitzender W.

Kissel pflegte zum Wohle des Unternehmens persönlichen Kontakt zu Hitler und Göring.

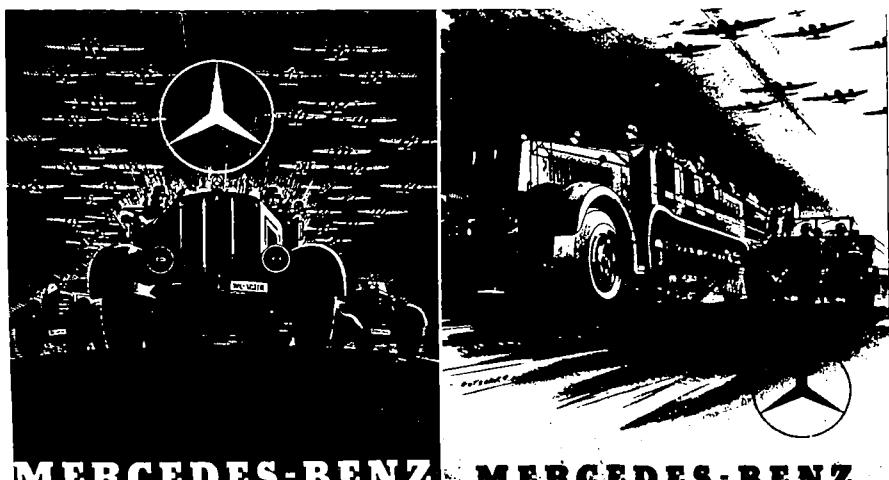
Während der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges stieg der Umsatz von Daimler-Benz von 89 Mio. RM in 1933 über 438 Mio. RM 1939 auf 940 Mio. RM 1943. Größter Posten waren wieder Flugmotoren, gefolgt von LKWs und Panzern. Zehntausende von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern schufteten hierfür.

Bereits 1949 hatte die mit Hilfe der Besatzungsmacht wieder amtierende Konzernleitung die zerstörten Anlagen

wieder aufgebaut und unter Kontrolle. 1951 war die Produktionskapazität um ein Fünftel höher als 1936. Seit 1955 werden die Geländefahrzeuge Unimog in militärischer Version hergestellt. Weitere Militärentwicklungen: Spähpanzer „Luchs“, Transportpanzer TPz1, Spezialmotor für Amphibienfahrzeuge, Panzeraufzieher und -zugmaschinen, Militär-LKWs.

1980 führte der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende J. Zahn den 1970 unter Verteidigungsminister H. Schmidt gegründeten „Rüstungspolitischen Arbeitskreis“, der die Zusammenarbeit von Staat und Rüstungsindustrie koordiniert.

Quellenhinweis: „Wehrtechnik“ 11/1978; „Blätte“, Stadtzeitung für Stuttgart, 67/1982



MERCEDES-BENZ MERCEDES-BENZ

Werbeplatz von Daimler-Benz aus dem 2. Weltkrieg

praktische Überwindung der Apartheid-Politik getan werden kann“ (Brief an ein Mitglied der Anti-Apartheid-Bewegung), dann hinterzahut er wirklich nicht das Manöver „seines Arbeitgebers“. So gilt heute noch bei Daimler-Benz Südafrika, daß Arbeiterzusammenschlüsse nur dann als Gewerkschaft anerkannt werden, wenn ein 50%iger Organisationsgrad nachgewiesen wird. Die Verfolgung schwarzer Gewerkschafter bei Daimler-Benz Südafrika, Entlassungen gewerkschaftlich aktiver Arbeiter und Auslieferung ihrer Namen an die Siedlerpolizei erschweren in der Belegschaft den gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Nach Abbau sozialer Leistungen und Entlassung von schwarzen Gewerkschaftern traten im Oktober 1981 3300 Arbeiter in East-London (Montage von Daimler-Benz Lkw) in den Streik. Wie der streng zensierten südafrikanischen Presse zu entnehmen war, legten allein 1200 Arbeiter vier Tage lang die Arbeit nieder, kürzere Arbeitsniederlegungen der ganzen Belegschaft häuften sich. Mindestens einmal wurde so das Management ge-

zwungen, die geplante Entlassung von 414 Arbeitern doch nicht durchzuführen. (2)

Des öfteren haben die IG Metall und der Europäische Metallarbeiterbund westdeutsche Konzerne in Südafrika aufgefordert, alles zu tun, damit die Gründe für die Angst auf Seiten der schwarzen Arbeiter beseitigt werden und die schwarze Automobilarbeitergewerkschaft ungehindert Arbeiter werben kann. Der Gewerkschaftstag der IG Metall von 1980 hat im gleichen Sinn eine Erklärung zur internationalen Gewerkschaftsarbeit verabschiedet. In ihr heißt es: „Die Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in Südafrika werden aufgefordert, die schwarzen Gewerkschaften anzuerkennen, unabhängig davon, ob eine Registrierung (durch das Siedlerregime, wie vom Gesetz vorgeschrieben, d. Verf.) vorliegt oder nicht.“

Die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften gegenüber dem Befreiungskampf im südlichen Afrika ist aber insgesamt zwiespältig. Forderungen nach gewerkschaftlicher Organisierung werden unterstützt, gleichzeitig

wird geraten, trotz aller Bedenken die Registrierung beim Siedlerregime zu beantragen (siehe Erklärung „Internationale Gewerkschaftsarbeit“ a.a.O.). Das Apartheid-System wird gewerkschaftsoffiziell kritisiert, aber gleichzeitig wird, wie im Fall Daimler-Benz, der Lizenzvergabe zum Bau von Schwermotoren von Panzern und Schwertransportern zugestimmt. Dem Rüstungsexport nach Südafrika wird indirekt zugestimmt zwecks Sicherung der Arbeitsplätze hier, obwohl mit diesem Gerät Rassen- und Klassenherrschaft aufrechterhalten wird. Wie der Befreiungskampf in Azania aber Auswirkungen auf die Bewußtseinsbildung der Gewerkschaften hier hat, zeigt folgendes Beispiel: Während 1980 Südafrika im Mittelpunkt der Diskussion um internationale Gewerkschaftsarbeit auf dem IGM-Gewerkschaftskongress stand, wird in den Anträgen zum 14. Gewerkschaftstag 1983 der IGM Südafrika nicht mehr erwähnt.

(1) Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt“: „Das Dilemma mit dem Kodex“, Dez. 1978, epd-Dokumentation Nr. 11/79. (2) „Investitionen lohnen sich“, aus: „Die Neue“ vom 9.12.81, zitiert in: „Daimlers Rüstung für Südafrika“, Herausgeber: Lokalgruppe Stuttgart der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD e.V.

Südafrika ist für Daimler-Manager ein Land, in dem sich Investitionen lohnen. Neben der brutalen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter zu Elendslöhnen in verschiedenen Tochterfirmen und Beteiligungsgesellschaften ist Daimler-Benz auch führend am Rüstungsgeschäft mit dem Rassistenregime beteiligt. Entgegen allen UNO-Boykott-Beschlüssen erfreut sich der Konzern dabei auch der tatkräftigen Unterstützung durch die Bundesregierung.

UNO-Resolution 35/206 C (über verpflichtende Sanktionen gegen Südafrika):

Der UNO-Sicherheitsrat wird aufgefordert, gemäß Kapitel VII der UNO-Charta verpflichtende Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. An alle Mitgliedstaaten wird appelliert, gesetzliche Maßnahmen für Sanktionen zu ergreifen. Alle Staaten werden fer-

ner aufgerufen, alle diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und akademischen Beziehungen mit Südafrika abzubrechen und ein Ölembargo zu verhängen sowie alle Kredite und Investitionen aufzulösen und ein Verbot des Verkaufs der Krügerrand-Münzen zu erlassen.
Abstimmungsergebnis:
115:10:20 (BRD dagegen)

Daimler-Benz Investitionen und wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika:

Daimler-Benz erreichte 1982 einen Weltumsatz von 39 Milliarden DM bei einer Beschäftigtenzahl von 185 000 (In- und Ausland). Davon sind zur Zeit in den südafrikanischen Firmen:

– CDA (Car Distributors Assembly, East London, zu 100% in der Hand von Daimler-Benz) und

– UCDD (United Car and Diesel Distributors, Pretoria, Beteiligung von Daimler-Benz: 36,7%) circa 4000 Arbeiter beschäftigt. Hinzu kommt noch eine weitere, unbekannte Zahl in der Produktions-, Montage- und Vertriebsgesellschaft

– EUCLID in Johannesburg; eine ursprünglich US-amerikanische Firma, die Trecker und Baustellenfahrzeuge herstellt und vom Daimler-Benz-Konzern aufgekauft wurde.

Die Beteiligung von Daimler-Benz an UCDD liegt indirekt noch weit höher und zwar über die Ernst Göhner-Stiftung in Zug/CH, welche weitere 23,4% an UCDD besitzt und in die Daimler-Benz mit einer Minderheitsbeteiligung eingestiegen ist (Ernst Göhner selbst war 1958 Generalvertreter für Daimler-Benz in Südafrika).

1981 investierte Daimler-Benz 250 Millionen DM in die UCDD. Damit sollte bis 1984 eine Steigerung der monatlichen Autoproduktion um 70% erreicht werden, von bisher

monatlich 600 auf 1000 Fahrzeuge.

Durch Lizenzen und Konstruktionspläne von Daimler-Benz wird 30 km von Kapstadt die Firma

– Atlantis Diesel Engines (ADE) aufgebaut. Dort sollen ab 1984 jährlich ca. 40- bis 50000 Dieselmotoren für LKWs und Traktoren hergestellt werden, um Südafrika „nach den Vorstellungen der Regierung von Motorenimporten unabhängig zu machen“. (Daimler-Aufsichtsratsmitglied Zahn)

Im schweren Fahrzeugbereich (über 5 t Gesamtgewicht) dominiert Daimler-Benz mit einem Anteil von 28% den südafrikanischen LKW- und Schwertransporter-Markt.

1981 sicherte sich Daimler-Benz zusammen mit der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG und dem Lizenzpartner General Mining (einer der größten Minen-Konzerne in Südafrika) die Lizenzfertigung von DB- und ZF-Getrieben. Am 30.10.1981 wurde durch den südafrikanischen Minister für Verkehr, Handel und Industrie die Werksanlage der A.S.

Transmissions and Steerings (Pty.) Ltd. (ASTAS) offiziell eröffnet. Unter Lizenz von Daimler-Benz und der ZF-Friedrichshafen werden dort heute von insgesamt 700 Beschäftigten jährlich 20000 Getriebe hergestellt.

Quellenhinweis: Daimler-Benz Geschäftsbericht 1982; Daimler-Benz in Südafrika: Investitionen lohnen sich, Die Neue, 9.12.82; Daimlers Rüstung für Südafrika: Dokumentation der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD e.V., Eigenverlag, Stuttgart, 1982; EPD-Dokumentation, 50/1979; ZF-Ring 4/5.81 und 4/5.82

UNO-Resolution 35/206 B (über militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika):

Die Generalversammlung verurteilt alle Staaten, die das UNO-Waffenembargo von 1977 verletzt haben und die militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika fortsetzen; sie fordert den UNO-Sicherheitsrat auf, die vollständige Durchsetzung des Waffenembargos zu gewährleisten; sie fordert alle Mitgliedsstaaten auf, an Südafrika erteilte Lizenzen für Waffen-

produktion zurückzuziehen; der Sicherheitsrat soll garantieren, daß jeglicher Technologietransfer in Zusammenhang mit der Militär- und Nuklearindustrie Südafrikas verboten wird; alle Staaten sollen die Ausbildung südafrikanischer Wissenschaftler in diesen Bereichen verbieten; sie sollen ferner den Import von Waffen aus Südafrika verbieten und den Austausch von Militäratratches beenden.

Abstimmungsergebnis:
127:4:13 (BRD dagegen)

Rüstungsexporte von Daimler-Benz nach Südafrika:

– 1974 liefern MAN, Daimler-Benz und Magirus-Deutz 137 Zugmaschinen für Tieflader zum Panzertransport an die südafrikanische Armee. Dr. Hecker, ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bestätigte gegenüber der AAB (Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD e.V.) am 1.8.1974 dieses Geschäft.

– 1973 führte Daimler-Benz einen Großauftrag an Unimogs für die südafrikanischen Streitkräfte durch. Nach Angaben von Firmenmitarbeitern wurden 73/74 von Daimler-Benz bzw. von der Karosserie-Fabrik Bauer (Sindorf bei Köln) ca. 2500 Militärlastwagen mit speziellen Einrichtungen an die SA-Armee geliefert.

Noch 1977 hat die Bundesregierung gegenüber der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) zur Frage von Rüstungsexporten nach SA erklärt: „Spezifische Unimog-Militärfahrzeuge gibt es nicht.“ Dagegen bestätigte bei einer Südafrikadiskussionsveranstaltung am 3.10.1979 in Stuttgart ein Vertreter von Daimler-Benz (Dipl.Ing. Stöckl), daß jährlich ca. 100 Daimler-Unimogs an die SA-Armee geliefert würden.

Nach der offiziösen Monatszeitschrift des Verteidigungsministeriums „Wehrtechnik“ vom April 1976 gilt „die Militärversion des Unimog seit den portugiesischen Kolonialkriegen in Angola, Mosambik und Guinea als bester kleiner Militärtransporter in Afrika.“

– 1976 werden von Gaggenau aus Unimogs für militärische Zwecke nach SA abgeschickt, adressiert an ein landwirtschaftliches Institut. (Nach einer hausinternen Studie vom

DB seien landwirtschaftliche Verwendungen des Unimogs wegen hoher Zusatzkosten für Spezialgeräte ziemlich unrentabel)

– 1978 werden ca. 300 Fahrzeuge zum Einsatz in Namibia nach SA geliefert. In der Zeit von 1978 bis 1980 sind es insgesamt 1900 Daimler-Unimogs.

– 1981 wurden zwischen Juli und August mehrere zerlegte Unimogs in Kisten mit der Aufschrift „Südafrika“ von Gaggenau aus verschickt.

– 1968/69 erfolgt die erste Exportlieferung von den Militärtransportflugzeugen C 160 an Südafrika, dessen Triebwerke von MTU (50% Daimler) hergestellt werden („Aus politischen Gründen wurde dieser Auftrag über Frankreich abgewickelt“; aus VFW-Geschäftsbericht 1969)

– Zum Aufbau der Atlantis Diesel Engines (ADE), in der nach 1984 unter Lizenz von Daimler-Benz jährlich 40- bis 50000 Dieselmotoren hergestellt werden sollen, erklärte Marius de Waal, General-Manager von Industrial Development Corporation (IDC) (besitzt 51% der ADE-Anteile); „Strategische Überlegungen haben den Ausschlag bei der Entscheidung für den Projektbeginn gegeben.“ In der Finance Week vom 28.5.81 hieß es, daß beim ADE-Projekt „militärische und kommerzielle Bedürfnisse kombiniert worden sind. Es mag daran liegen, daß die Produkte für militärische Spezifizierungen gebaut werden und aller Wahrscheinlichkeit nach über-technisiert und für kommerzielle Nutzung preislich überhöht sind.“

Quellenhinweis: „Daimlers Rüstung für Südafrika“, eine Dokumentation der Lokalgruppe Stuttgart der AAB in der BRD e.V.; IKWEZI, Sonderausgabe April 1982; Wehrtechnik, Nr. 4/76; Finance Week, Johannesburg, 28. Mai 1981

Frontstaatenoffensive gegen RSA-Propaganda

Am 1.8.1983 beschlossen die Informationsminister von Angola, Botswana, Mozambique, Tanzania, Zambia und Zimbabwe, der verzerrenden, die Wirklichkeit falsch darstellenden Propaganda des Siedlerregimes der Republik Südafrika (Azania) über die Frontstaaten gemeinsam entgegenzuwirken. An der Sitzung nahm u.a. auch die SWAPO teil. Reporter ausländischer Nachrichtenagenturen wurden aufgefordert, sich statt in der RSA in den Frontstaaten niederzulassen. In der RSA akkreditierten Journalisten soll die Berichterstattung aus den Frontstaaten ab sofort prinzipiell untersagt werden. Ein Berichterstattungsverbot in einem Land wird von den anderen übernommen. Noch am 1.8. wurde ein Fernsehteam der britischen BBC, das sein Redaktionsbüro in Azania hat, zum Verlassen Zimbabwes aufgefordert. Eine Delegation des Verbandes der Auslandsjournalisten will nun versuchen, die Regierung Zimbabwes zur Rücknahme der Ausweisung zu veranlassen. Damit steht es erfreulicherweise voraussichtlich schlecht. Ein weiterer Schwerpunkt des Be-

Die chilenische Opposition hält nicht still

Zum 11.8. bereitet die chilenische Opposition den vierten „nationalen Protesttag“ vor. Am dritten „nationalen Protesttag“ gegen das Pinochetregime hatte dieses überraschend in Santiago eine Ausgangssperre verhängt. Bewaffnete Zivilpolizisten patrouillierten in den Straßen. Trotzdem kam es zu einer Studentendemonstration. An offenen Fenstern trommelten ganze Familien mit Kochtöpfen. Die Bewohner der Elendsviertel schlugen mit Eisenstangen auf ihre Wellblechhütten. Die Kirchenglocken wurden sturmgeläutet. Das Regime reagierte mit bru-



taler Gewalt und mit Spaltung. Eine 19jährige Studentin wurde erschossen, viele Gewerkschafter aber auch christlich-demokratische Oppositionelle verhaftet. Sozialistische, kommunistische und andere revo-

lutionäre Teilnehmer an den Aktionen wurden in Konzentrationslager in den Anden verschleppt. Seit dem dritten „Protesttag“ sind weitere Aktionen zum Teil auch von der bürgerlichen Opposition durchgeführt worden. In der Kathedrale von Valparaiso führen 40 Menschen einen Hungerstreik gegen das Regime durch. Etwa 80 Frauen führen in der Innenstadt von Santiago eine Demonstration für verschwundene Familienangehörige durch. Der Vorsitzende des „Nationalkomitees der Arbeiter“, der nach dem zweiten „nationalen Protesttag“ verhaftet worden ist, mußte inzwischen wieder freigelassen werden.

schlusses der Frontstaaten besteht darin, daß die Befreiungsbewegungen längere Sendezeiten in Radio- und Fernsehanstalten der Frontstaaten bekommen.

Peru: Imperialisten brauchen Notstand

Die peruanische Regierung hat den Ausnahmezustand, den sie am 30. Mai verhängt hatte, um 60 Tage verlängert. Nach wie vor sind Versammlungen jeder

Art und Streiks verboten, Militär und Polizei können alle Güter, die sie für die Verfolgung der Befreiungsbewegung benötigen, beschlagnahmen. Die Regierung erklärte, die Anschläge der Befreiungsbewegung auf öffentliche und private Objekte (so z.B. der zweite Anschlag auf Besitz der Bayer AG bei Lima) mache eine Verlängerung des Notstands nötig, darum hätten auch die „ausländischen Freunde“ ersucht.

Portugal: IWF diktiert Hunger, Entlassungen

Die imperialistischen Gläubiger des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben Portugal nur unter der Bedingung einen Kredit von 400 Mio. \$ gewährt, daß die portugiesische Regierung drastisch die Staatsverschuldung abbaut und die Binnennachfrage senkt. Die Regierung braucht diesen Kredit dringend, um andere ausländische Gläubiger zu befriedigen, bei denen sie mit 14 Mrd. \$ verschuldet ist. Sie hat jetzt als erstes die Landeswährung um 12% abgewertet und zahlreiche staatlich festgelegte Verbraucherpreise erhöht. Die Lebenshaltung der Volksmassen wird sich damit drastisch verteuern und die Armut erheblich zunehmen. Gleichzeitig hat die Regierung, vor, gegen 209000 Beschäftigte der 57 staatseigenen Betriebe vorzugehen. Tausende Arbeiter und Angestellte sollen entlassen werden. Dies wird auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch mehr verschärfen.

VW will neues Werk in Tunesien bauen

Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden Hahn plant der VW-Konzern in Bou Arada in Tunesien den Aufbau eines neuen Werkes. Die Produktion soll 1987 aufgenommen werden. Zunächst sollen 400 Arbeiter, die PKW und leichte LKW produzieren, ausgebaut werden. Diese Entscheidung ist gleichzeitig getroffen worden mit der Entscheidung, in der BRD Massenentlassungen durchzuführen.

Türkei: Hungerstreik von politischen Gefangenen

Der türkischen Militärjunta ist es gelungen, den Hungerstreik der politischen Gefangenen in den Gefängnissen nach über 31 Tagen zu brechen. Im Laufe der vergangenen Woche ist der Hungerstreik zunächst noch von weiteren 4500 politischen Gefangenen aufgenommen worden. Er mußte abgebrochen werden, nachdem klar war, daß die türkische Militär-

junta lieber Hunderte von Gefangenen sterben lassen würde, als ihren Forderungen nachzugeben. Sie lauteten unter anderem: Rückkehr zum Prinzip der Gemeinschaftszellen, Beendigung der Folter, Besuchserlaubnis für Anwälte und Angehörige, Freigang und Rückgabe der Zivilkleidung. Selbst diese minimalen Haftbedingungen gesteht die Militär-

regierung nicht zu. Der Abbruch des Hungerstreiks wurde mit brutaler Gewalt durchgesetzt. Die Hungerstreikenden wurden zusätzlich gefoltert. Ihre Schreie wurden über Lautsprecher in die Zellen übertragen. Über 200 Gefangene, bei denen das Hungern bereits Gesundheitsschäden hervorgerufen hatte, wurden nicht einmal ärztlich behandelt. Das wird ihnen auch bisher nach dem Abbruch verweigert, sodaß die Möglichkeit besteht, daß Häftlinge sterben. Jetzt ist zu befürchten, daß die Haftbedingungen weiter verschlechtert werden. Den Gefangenen wurde mitgeteilt, daß sie bisher keine Gründe gehabt hätten, sich zu beschweren, jetzt würden sie welche erhalten. Die türkische Botschaft in Bonn weigerte sich, eine Delegation des „Solidaritätskomitees mit den Hungerstreikenden in der Türkei“ zu empfangen. Sie heftete daraufhin ihre Protesterklärung an den Stacheldraht vor der Botschaft (Bild). Der Solidaritätshungerstreik in Bonn soll zunächst fortgesetzt werden.



USA-Landwirtschaft

Wander- und Saisonarbeit befördern übelste Arbeitsbedingungen

Mehr als drei Millionen Arbeiter in den USA müssen für ihren Lebensunterhalt als Landarbeiter unter übelsten Verhältnissen schuften. Von den ca. drei Millionen sind 1,3 Millionen legale Arbeiter, die anderen zwei bis 2,5 Millionen sind illegal eingewanderte Arbeiter vor allem aus Mittelamerika. Die wenigsten Landarbeiter haben feste Arbeitsverhältnisse, die meisten müssen ihre Arbeitskraft als Wander- und Saisonarbeiter an die Pflanzer verkaufen. Gewöhnlich schließen die Farmer Verträge mit einem Vermittler, der garantiert, daß die geforderte Arbeit innerhalb einer vereinbarten Zeit erledigt wird. Um die notwendige Zahl der Arbeiter, deren Löhne etc. kümmert sich der Vermittler. In den meisten Fällen beschafft sich der Vermittler eine Gruppe von Arbeitern, mit denen er



Razzien gegen „illegalen“ Farmarbeiter richten sich vor allem gegen Gewerkschaftsmitglieder.

die Arbeits- und Lohnbedingungen selbst aushandelt. Die Löhne liegen schon bei den legalen Arbeitern mit ca. 3,60 Dollar um mehr als 50% unter dem Durchschnitt der Industrie, meist werden sie als reine Stücklöhne berechnet. Für die „illegalen“ Arbeiter berichtet eine Untersuchung über Wanderarbeiter in den USA, daß ihre Löhne bis zu 80% unter dem staatlichen Mindestlohn liegen. Die Existenz einer solchen Elendsschicht, deren Angehörige außer einigen Kleidungsstücken nichts haben, befördert Ausbeutungsverhältnisse, die in den USA mit den Zeiten der Sklavenarbeit verglichen werden.

In North Carolina kämpft der AFL/CIO für ein Gesetz, das künftig zwangsarbeitsähnliche Arbeitsverhältnisse,

nisse unter Strafe stellen soll. Obwohl die Verfassung der USA und die Gesetzgebung in North Carolina Sklaven- und Zwangsarbeit verbietet, wird solche Art Ausbeutung in North Carolina nicht mit Strafen belegt. In den vergangenen Jahren waren durch Anrufung des USA-Justizministeriums zehn Aufseher von Wanderarbeitergruppen verurteilt worden wegen Verstoß gegen Verfassungsbestimmungen. Sie hatten Arbeitslose betrunken gemacht und dann als Arbeiter für die Tabakpflanzungen in North Carolina angeheuert und dorthin geschafft. Wenn die Arbeiter in den Lagern angekommen waren, wurde ihnen eine beträchtliche Rechnung für Transportkosten präsentiert, die sie abarbeiten mußten. Die Lager werden von Hundestreifen bewacht, sie zu verlassen, ist verboten. Die Lagerhalter sind in den meisten Fällen „Arbeitsvermittler“, die mit den Tabakpflanzern Verträge schließen über die Bearbeitung und Abarbeitung der Felder, bis der Tabak versandfertig ist. In den durch Verurteilung der Aufseher bekanntgewordenen Verfahren hatten die Vermittler zwischen 20 und 80 Arbeiter in Lager gesperrt, die „Unterbringung“ in den Lagern, die oft genug in offenen Zelten oder Blechhütten erfolgte, und die Lagerverpflegung wurden direkt vom Lohn abgezogen, die Preise für alle anderen Lebensmittel, wie Seife, Zigaretten, Alkohol etc. wurden im Lager so hoch gesetzt, daß die Arbeiter in den meisten Fällen eine Arbeitsperiode mit Schulden an den Lagerbesitzer abschlossen. Sie mußten sich mitunter auf Jahre verpflichten.

In Ohio kämpft eine kleine Gewerkschaft der Landarbeiter seit fünf Jahren gegen den Campbell-Konzern. Die Landarbeitergewerkschaft verlangt einen Vertrag mit dem Konzern, der Löhne und Arbeitsbedingungen regelt. Der Konzern hat sich bislang geweigert, mit der Gewerkschaft überhaupt zu verhandeln, weil die Arbeiter nicht für den Konzern, sondern für die Gemüsepflanzer arbeiteten. Die Gewerkschaft begründet ihre Forderung damit, daß die Gemüsepflanzer Lieferverträge mit dem Konzern haben, der die Aufkaufspreise und Liefertermine festlegt. Die Farmer können kaum anders, als die Gruppe anzuheuern, die sich am billigsten verkauft. Die Gewerkschaft wies daraufhin, daß unter solchen Bedingungen Arbeitsverhältnisse, die Zwangsarbeit und Sklavenarbeit gleichen, kein Wunder seien und

das System der herumziehenden Landarbeiter nicht beseitigt werden könne.

Die Farmer könnten aus ihren Einkünften keine festangestellten Lohnarbeiter anheuern, sie bräuchten nur während der Ernte eine beträchtliche Menge billige Arbeitskräfte, um ihren Lieferverpflichtungen nachzukommen. Nachdem der Campbell-Konzern sich jahrelang geweigert hat, überhaupt über einen Vertrag mit den Landarbeitern zu verhandeln, führen die Landarbeiter jetzt eine Propaganda-Demonstration während der Erntzeit durch, in der sie die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter enthalten und den Konzern dafür verantwortlich machen. Sie fordern einen Vertrag, in dem sich der Konzern verpflichtet, 1. die Arbeiter über eine festgelegte Zeit zu beschäftigen, 2. keinen reinen Stücklohn zu zahlen, sondern einen Grundlohn und eine Prämie für die jeweilige Arbeitsgruppe, und in dem 3. die Arbeitszeit auf mindestens 40 und höchstens 60 Wochenstunden festgelegt ist.

Quellenhinweis: AFL/CIO News, Nr. 23 v. 11. Juni 1983; Wall Street Journal, 22.7.83; International Migration Review, hrsg. v. Center for Migration Studies, Nr. 52, 56, 57

Griechenland

Gewerkschaft fordert Acht-Stunden-Tag

Seit Anfang des Jahres ist in der griechischen Industrie ein Tarifvertrag in Kraft, der die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt. Um die tatsächliche Anwendung des Tarifvertrages führt der griechische Gewerkschaftsverband CGCL derzeit eine heftige Auseinandersetzung mit den Kapitalisten. Der Kapitalistenverband hat erklärt, angesichts der zahlreichen Arbeitstage, die in diesem und im vergangenen Jahr durch Streiks der Gewerkschaften verlorengegangen seien, und angesichts ihrer schwierigen Geschäftslage könnten sie den schon Anfang 1982 abgeschlossenen Tarifvertrag nicht einhalten.

Seit 1980 hatten die Gewerkschaften eine vertragliche Beschränkung der Arbeitszeit auf 42 Stunden wöchentlich durchgesetzt. Allerdings enthielt dieser Vertrag keine Bestimmungen über die Anzahl der Arbeitstage und der täglichen Arbeitszeit. Die Kapitalisten nutzten diese Lücken im Vertrag für einen Einsatz der Arbeitskräfte nach ihren aktuellen Bedürfnissen: Sieben-Tage-Woche, Zwölf-Stunden-Schichten, unterschiedliche Arbeitszeiten an den sieben Tagen der Woche waren keine Seltenheit. So waren z.B. 1980 im Elektro-Werk Pitsos, das zum AEG-Konzern gehört, Arbeitszeiten von sechs Stunden an sieben Tagen üblich,

bis zu sechs Stunden über die tarifliche Arbeitszeit in der Woche zahlte der Konzern keine Zuschläge, weil die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Ein Sprecher des Werks verwies damals darauf, daß die kurzen täglichen Arbeitszeiten gerade für die zahlreichen Frauen günstig seien, weil diesen so mehr Zeit für die tägliche Hausarbeit zur Verfügung stünde.

Nach Inkrafttreten der 40-Stunden-Woche Anfang dieses Jahres begann der CGCL sofort mit Verhandlungen über eine Beschränkung der Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche zu acht Stunden. Der Kapitalistenverband erklärte sich bereit, den Tarifvertrag über die 40-Stunden-Woche dann einzuhalten, wenn der CGCL die Forderung nach Beschränkung der Arbeitstage und der täglichen Arbeitszeit fallen ließe. Der CGCL beharrte jedoch auf dieser Forderung und rief das Sozialministerium zur Schlichtung an, nachdem der Kapitalistenverband die Verhandlungen scheitern ließ. Daraufhin erklärte der Kapitalistenverband, einer Schließung der Fabriken an einem oder gar zwei Tagen in der Woche würde er sich nie unterwerfen, auch nicht, wenn das Ministerium den Forderungen der Gewerkschaften nachkäme und die Kapitalisten auf Einhaltung der Verträge verpflichtete. Der CGCL hat Streiks angedroht, wenn die Kapitalisten seinen Forderungen nicht nachkommt.

Quellenhinweis: Wall Street Journal v. 27.7., 28.7.83; Europäisches Gewerkschaftsinstitut (Hrsg.), Tarifverhandlungen in Westeuropa 1980/1981 und die Aussichten für 1982

Frankreich Angriffe auf die ausländischen Arbeiter

Die französische Regierung hat Ende Juli Planungen für eine Verschärfung der Ausländergesetzgebung bekanntgegeben. Die Zuzugs- und Aufenthaltsbestimmungen für Arbeiter aus Nicht-EG-Staaten sollen verschärft und die Abschiebung „illegal“ eingewandter Arbeiter und ihrer Familien beschleunigt werden, dies gelte auch für die 3000 „illegalen“ Ausländer in französischen Gefängnissen, die zum Teil Asylanträge gestellt haben, erklärte die Staatssekretärin Dufoix. Außerdem sollen verschärzte Grenzkontrollen dafür sorgen, daß nicht weiterhin ausländische Arbeiter und Asylanten aus EG-Staaten, die dort abgeschoben werden sollen, nach Frankreich einreisen, wie es zur Zeit z.B. zahlreiche Türken und Kurden versuchten, deren Asylanträge in der BRD nicht anerkannt werden.

Die französischen Kapitalisten ha-

ben den größten Teil ihrer ausländischen Arbeiter aus Nicht-EG-Staaten rekrutiert. Von den 4,3 Millionen Ausländern, das sind knapp 8% der Bevölkerung, stammen 859438 aus Portugal, 816873 aus Algerien (deren Zahl seit 1973, als die algerische Regierung die Werbung von Arbeitern den französischen Kapitalisten untersagte, nicht mehr gestiegen ist), 444472 aus Marokko, 452035 aus Italien, 412542 aus Spanien, 193203 aus Tunesien, 118073 aus der Türkei und 223715 aus ehemaligen französischen Kolonien in Schwarzafrika und Südostasien.

Die Gewerkschaft CGT berichtete in ihrer Wochenzeitung über die Lage und die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter: In einem Wohnviertel in Paris haben 75% der ausländischen Arbeiter kein Wasser, keine Toilette und keine Heizung in ihren Unterkünften. 60 Personen, zusammengepfercht in einem 20 oder 30 m² großen Raum, Kopf an Fuß, ein Bett für zwei Personen, sind keine Seltenheit. Über 80% der Arbeiter an den Bändern in den Automobilfabriken sind ausländische Arbeiter. Häufig werden ausländische Arbeiter ohne Arbeitsvertrag eingestellt, sie müssen erst einige Wochen für die Hälfte des Mindestlohns von 1400 FF arbeiten, bevor sie einen Vertrag bekommen. Die Reihe dieser Enttäuschungen ließe sich fast beliebig fortsetzen.

In den vergangenen Monaten hatten vor allem die ausländischen Arbeiter in der französischen Automobilindustrie heftige Kämpfe gegen die Lohndrückerei und Arbeitsintensivierung durch die Kapitalisten ausgefochten. In schwierigen Auseinandersetzungen war es der Gewerkschaft CGT gelungen, die ausländischen Arbeiter zu organisieren. Die Verschärfung der Unterdrückung der ausländischen Arbeiter richtet sich unter anderem direkt gegen diese Entwicklung der Kampfkraft der ausländischen Arbeiter.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 27.7.83; FAZ v. 4.8.83; Le Monde v. 3.8.83; World Trade Union Movement, Zeitung des Weltgewerkschaftsbundes, Nr. 7/83

Persischer Golf US-Imperialisten drohen mit Intervention

Syrien verwehrt Irak seit April 1982, Erdöl über das Mittelmeer zu exportieren. Seither setzt Iran verstärkt darauf, den nun 34 Monate währenden Krieg mit Irak ob seiner stärkeren ökonomischen Position doch gewinnen zu können. Die aus dem verminderten Erdölexport Iraks resultierenden Einnahmeausfälle (von $\frac{2}{3}$) vermindern dessen Kriegsfähigkeit. Zur Zeit verläuft die Front entlang der iranisch-irakischen

Grenze, wie sie vor Kriegsausbruch bestand.

Nach der irakischen Drohung, wieder verstärkt iranische Erdölförderzentren anzugreifen, erklärte der iranische Außenminister Velayati: „Wenn dem Export unseres Erdöls irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden, wird kein Land der Region mehr sein Erdöl exportieren können.“ Die US-Imperialisten erklärten postwendend, daß sie auf jeden Fall dafür sorgen werden, daß die „Freiheit der Schifffahrt“ im



Iraker müssen privates Gold zur Kriegsfinanzierung abliefern.

Persischen Golf gewährleistet bleibt. In den Anrainer-Staaten des Persischen Golfes Saudi-Arabien, Kuwait, Iran und Irak lagern 50% der Welt-Ölreserven, 60% der Ölimporte der westeuropäischen Imperialisten gehen durch die Straße von Hormuz.

Die US-Imperialisten haben die Schwächung des arabischen Lagers, die der Krieg zwischen Iran und Irak bewirkt hat, von Beginn zielstrebig genutzt, ihre militärische und politische Präsenz im Nahen Osten zu verstärken. Israel, dessen Fronten durch den Krieg Iran-Irak entlastet wurden, wurde mit zusätzlichen US-Waffen bestückt und konnte ungestraft am 7.6.81 Bagdads Kernforschungszentrum zerstören (Irak beteiligte sich stets an den Kriegen gegen Israel). Im Dezember 1981 erfolgte die Besetzung der Golanhöhen. Im September 1980 konnten die USA 4 AWACS-Aufklärungsflugzeuge in Saudi-Arabien stationieren, „zum Schutz“ dessen Luftraumes. Die USA begannen mit dem Aufbau der „schnellen Eingreiftruppe“, deren Stationierung in den Golfstaaten sie aber bisher nicht durchsetzen konnten.

In der direkten Auseinandersetzung Iran-Irak versuchen die US-Imperialisten, verlorenen Boden wettzumachen. Mit ausdrücklicher Billigung der USA lieferte Israel 1982 Waffen für 27 Mio. \$ an Iran, um, so die Begründung, die

Kontakte zur iranischen Armee (die bis 1979/80 von den USA aufgebaut und ausgerüstet wurde) zu erhalten. Seit Monaten nun sollen die USA direkt Waffen an Iran liefern. Auch westeuropäische Imperialisten sind mit Waffenlieferungen (v.a. Frankreich an Irak) im Geschäft. Der irakisches Wunsch, USA und EG sollten für „Neutralität“ am Persischen Golf sorgen, ist Wasser auf imperialistische Mühlen.

Quellen: P. Hüseler, *Der Irak und sein Konflikt mit Iran*, Bonn 1982; Europa-Archiv, 13/83; FAZ, 22. bis 29.7.; Handelsblatt, 28.7.

Namibia Perfide Spaltungspläne der Imperialisten

Der nunmehr seit vier Monaten in Namibia amtierende südafrikanische Generalmagistrator Niekerk hat als Vertreter der Besatzungsmacht eine Reihe neuer Vorschläge zur „Lösung der Namibia-Frage“ vorgelegt. Zunächst will Niekerk einen „Staatsrat“ einberufen, dessen Mitglieder aus den „internen“ Parteien Namibias bestehen sollen und von dem die international als Vertretung des namibischen Volkes anerkannte Befreiungsorganisation SWAPO ausgeschlossen sein soll. Dieser „Staatsrat“ soll – wie schon in den letzten fünf Jahren die „Demokratische Turnhallenallianz“ – versuchen, eine Verfassung auszuarbeiten, die Namibia einen formell selbständigen Status gewährt, ohne die Kontrolle der Imperialisten über dieses Land zu schmälern.

Die neue Verfassung soll nicht nur die koloniale Ausplünderung Namibias sichern, indem in ihr festgehalten sein muß – so der Generaladministrator –, daß das Privateigentum an Boden und Fabriken garantiert ist, sondern auch die Staatsgrenzen Namibias verändern. Die mit der Gründung von „Heimatländern“ erfahrenen südafrikanischen Siedler haben einen perfiden Vorschlag gemacht: Die an der Grenze zu Angola im Norden Namibias gelegenen Regionaldistrikte Ovambo und Caprivi-Katango sollen zu selbständigen Staaten ernannt werden. Südafrika schlägt vor, mit der Regierungsbildung in diesen Regionen Savimbi, den Chef der UNITA, zu beauftragen. Die UNITA kämpft seit der Unabhängigkeit Angolas gegen die angolanische Regierung und fordert eine angolanische Föderation. Ob Savimbi dann die namibischen Gebiete einer solchen Föderation anschließe, sei seine Angelegenheit.

Dieser Plan soll die Herstellung einer weißen Mehrheit in Namibia sichern helfen. Nach südafrikanischem Vorbild sollen den 1,10 Mio. Schwarzen ihre „Heimatländer“ zugewiesen wer-

den. Die Nordregionen Namibias sind altes Siedlungsgebiet der Schwarzen. Schließlich soll sich dann herausstellen, daß die übergroße Mehrzahl der schwarzen Einwohner Namibias ihre „Heimat“ in dem neu gebildeten Staat habe. Derzeit sind diese Nordregionen allerdings von südafrikanischen Truppen besetzt, die von hier aus Terrorakten gegen Angola durchführen.

Die Regierungen der von der UNO als Verhandlungskommission für die Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias anerkannten Staaten (BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA) haben ihren südafrikanischen Statthaltern lange genug Zeit gelassen, die Besatzung Namibias so auszubauen, daß sie jetzt solche Vorhaben angehen können. Ca. 100000 Soldaten der „Republik Südafrika“ stehen in Namibia – das ist mit 1:110 eine höhere Anzahl von Besatzersoldaten pro Einwohner als die Polizeidichte der meisten imperialistischen Länder. Die südafrikanische Armee hat in den letzten Jahren durch die Umsiedlung von Schwarzen in „Wehrdörfer“ in der Nähe der Armeestützpunkte, durch regelmäßige Razzien in den Lagern der schwarzen Arbeiter in den Industriezentren, durch äußersten Terror gegen alle Schwarzen, die sie der Unterstützung der SWAPO verdächtigte, ihre Polizeiaufgabe in Namibia bestialisch wahrgenommen, ohne daß den Siedlertruppen die Zerschlagung der Befreiungsbewegung gelungen ist.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Ausgabe M/1983; B. König, *Namibia, The Ravages of War*, London 1983; Europa-Archiv Nr. 4/83

Azania Kapitalisten zum Verhandeln gezwungen

Ende Mai endeten Verhandlungen der schwarzen Metallarbeitergewerkschaft (MAWU) mit der Vereinigung der Stahl- und Maschinenbau-Kapitalisten (SEIFSA) mit dem Angebot der Kapitalisten, für die am höchsten bezahlten Arbeiter 5% und für die am niedrigsten bezahlten 7% Lohnerhöhung zu zahlen. 1982 betrug die Inflationsrate 14,7%, die Standard Bank of South Africa rechnet für die nächsten Monate mit einer Inflationsrate von 17 bis 18%. Die Verhandlungskommission der MAWU hat das Ergebnis abgelehnt und es im Juni Versammlungen der 30000 Mitglieder starken Gewerkschaft zur Beratung vorgelegt.

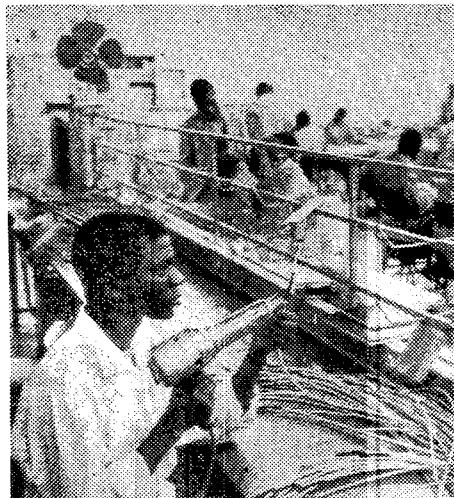
Auf den Versammlungen wurde das Ergebnis ebenfalls zurückgewiesen. Die SEIFSA wurde aufgefordert, erneute Verhandlungen zuzustimmen, die MAWU-Verhandlungskommission ermächtigt, Schritte zu unternehmen, um die SEIFSA zur Aufnahme von

Verhandlungen zu zwingen. Hier und bei den verschiedenen Verhandlungen über Haus-Tarife in einzelnen Metallunternehmen solle die MAWU weiter darauf drängen, einen Mindestlohn von 90 Rand/Woche zu erreichen.

1980 betrug das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen der schwarzen Familien in „weißen“ Gebieten 132 Rand, das offizielle Existenzminimum beträgt nach Angaben des südafrikanischen Siedlerregimes für 4 bis 6-köpfige Familien 230 Rand.

Die MAWU gehört nicht zu den registrierten, und somit offiziell anerkannten Gewerkschaften. Daß die Kapitalisten trotzdem gezwungen sind, mit ihr zu verhandeln, zeigt ein Erstarken der schwarzen Gewerkschaftsbewegung an.

Zur Zeit verhandelt die schwarze Minenarbeitergewerkschaft (NUM), der 20000 der 500000 Minenarbeiter angehören, mit den Minenkapitalisten, vertreten durch die Chamber of Mines. Noch im letzten Jahr wäre dies un-



Azania: 300 BRD-Firmen beuten 50000 Arbeiter aus. Bild: Siemens/Pretoria.

denkbar gewesen. Da haben die Kapitalisten einen Streik von 20000 Minenarbeitern brutal zerschlagen, 3000 Streikende wurden sofort in die „Homelands“ deportiert. Seit dem Zerschlagen der schwarzen Bergarbeitergewerkschaft nach dem großen Streik 1946 hatten die Kapitalisten immer Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen diktiert. Nach dem Streik 1982 mußte der NUM zugestanden werden, in den Minen Mitglieder zu werben und Versammlungen durchzuführen.

Auch die offizielle Streikstatistik gibt Aufschluß über die verstärkte Kampftätigkeit der schwarzen Arbeiter. 1982 wurden 400 „Aufstände“ (1972: 100) registriert, an denen sich 150000 Arbeiter (1972: 20000) beteiligten. 360000 Arbeitstage (1972: 60000) gingen dabei „verloren“.

Quellenhinweis: Facts and Reports Press Cuttings on Southern Africa, 22.7.83; Xinhua News Agency v. 2. und 9.7.83; Handelsblatt v. 26.7.83.

Nicaragua

Die USA wollen Honduras in einen Krieg gegen Nicaragua jagen

Die USA-Regierung lässt derzeit die größten Militärmanöver im karibischen Raum durchführen, die die US-Armee in dieser Region bislang veranstaltet hat. Mit zehn Kriegsschiffen im Pazifik und bis jetzt neun Schiffen in der karibischen See, darunter die zwei größten US-amerikanischen Flugzeugträger, üben die US-Marinesoldaten in 15-Seemeilen-Entfernung vor den nicaraguanischen Küsten die Verhängung einer „Quarantäne“ über Nicaragua, „im äußersten Fall“, berichtet die „FAZ“, solle auch eine Blockade von Nicaragua und Kuba geprobt werden. Das „Quarantänemanöver“ dient der Überprüfung des gesamten Schiffsverkehrs von und nach Nicaragua. Das „Manöver“ wird so realistisch durchgeführt, daß bislang schon zwei sowjetische Schiffe vermeldeten, die US-Truppen hätten versucht, sie anzuhalten und zur Bekanntgabe der Ladung zu zwingen. 16000 Marinesoldaten befinden sich auf den jetzt eingesetzten Schiffen. Über die Dauer des Seemannövers schweigt sich die US-Regierung bislang aus. In Honduras sollen parallel zu dem Seemannöver im nächsten halben Jahr 6000 US-Soldaten und 6000 honduranische Soldaten 30 km nördlich von der nicaraguanischen Grenze üben, „einen Angriff auf Honduras und die USA“ abzuwehren, berichtet das „Wall Street Journal“. Eine lächerliche Annahme, denn die nicaraguanische Armee verfügt weder über eine Luftwaffe noch über eine Flotte. In der Hauptsache dient das Manöver der Guerillabekämpfung.

Die lange Dauer des Manövers begründeten die US-Militärs mit der Feststellung, in Honduras selbst bestünden derzeit kaum die nachrichten-technischen und Nachschub-Möglichkeiten für ein so großes Manöver. Diese Möglichkeiten sollen binnen kürzester Zeit geschaffen werden. Der Zweck des Manövers ist der Sturz der nicaraguanischen Regierung. Auf einer Pressekonferenz am 2. August charakterisierte der US-Staatssekretär Shultz als ein Ziel der Manöver, einen „Sicherheitsschild“ zu errichten und „Verhandlungsziele“ in und zwischen den Ländern der Region durchzusetzen. Wenn die Manöver einen abschreckenden Effekt auf die Regierung Nicaraguas ausübten, wäre das eben so.

Reagan hatte im Frühjahr dieses Jahres erklärt, die Karibik sei die „vierte Grenze“ der USA und ausgeführt: „Zentralamerika ist einfach zu nahe und die strategischen Interessen

zu groß für uns, um die Gefahr der Machtergreifung von Regierungen dort zu ignorieren, die ideologische und militärische Verbindungen zu den Sowjets haben ... Am Ende der Karibik liegt der Panama-Kanal. Die Hälfte des Außenhandels der Vereinigten Staaten passiert entweder den Kanal oder die karibischen Seewege auf seinem Weg zu oder von unseren Häfen. Und, selbstverständlich, im Norden ist



Nicaraguas Armee und die Milizen sind auf einen Angriff vorbereitet. Für den von den USA behaupteten Überfall auf Honduras allerdings kaum: Nicaragua besitzt kaum Waffen, die einen solchen Überfall ermöglichen würden.

Mexiko, ein Land mit enormer menschlicher und materieller Bedeutung, mit dem wir 1800 Meilen friedliche Grenze teilen ... Das Problem ist, daß eine aggressive Minderheit Partei für die Kommunisten genommen hat, im Vertrauen darauf, daß ihre sowjetischen und kubanischen Günstlinge ihnen helfen werden, den politischen Wechsel mit Gewalt zu erzwingen. Nicaragua ist ihre Basis geworden ... Ihr nächstes Ziel ist El Salvador.“ Der Sturz der nicaraguanischen Regierung ist also zur Wiederherstellung der US-amerikanischen Vorherrschaft über Nicaragua und zur Verhinderung weiterer Revolutionen, die sich gegen die uneingeschränkte Vorherrschaft des US-Imperialismus in der Region wenden, für die US-Regierung unumgänglich.

Die Basis, um dieses Ziel durchzusetzen, soll neben der Unterstützung reaktionärer Banden in Nicaragua selbst, Honduras sein. Seit Monaten führen die reaktionären Banden des früheren Somoza-Regimes und die honduranische Armee Überfälle auf Nicaragua

durch und versuchen, Gründe zu schaffen für eine offizielle Kriegserklärung von Honduras an Nicaragua. Die USA wollen eine auffällige direkte Beteiligung ihres Militärs an dem Krieg vermeiden. Seit dem militärischen Sieg der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) in Nicaragua über das Somoza-Regime 1979 betreiben sie den Ausbau von Honduras zu einer konterrevolutionären Basis gegen Nicaragua. Seit Mitte 1981 ist eine Staffel von 23 US-Kampfhubschraubern an die honduranische Armee ausgeliehen. Mehr als 200 US-amerikanische „Militärberater“ wirken derzeit in der honduranischen Armee, darunter Mitglieder der im Vietnamkrieg erprobten „Green Berets“. 20000 Mann umfaßt die hon-

duranische Armee, fast das gesamte Offizierskorps ist in den USA oder den US-Stützpunkten in der Panama-Kanalzone ausgebildet worden. Zwischen 1979 und 1982 zahlten die USA über 200 Mio. US-Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe an Honduras; das ist ungefähr soviel, wie im selben Zeitraum an die Regierung in El Salvador geflossen ist und mehr als das Doppelte der Beiträge, die die US-Regierung an andere zentralamerikanische Staaten gezahlt hat. Die honduranische Regierung befürchtet eine Stärkung der Patriotischen Front von Honduras (FPH) durch die Festigung der nicaraguanischen Revolution. Aus eigener Kraft allerdings könnte sie einen Krieg gegen Nicaragua kaum führen, obwohl Honduras im Gegensatz zu Nicaragua über eine eigene Luftwaffe verfügt. Den größten Teil der Armee stellen zwangsrekrutierte Bauern und Landarbeiter, die ohne den Druck der US-Truppen im Land kaum für einen längeren Krieg mit Nicaragua einsetzbar sind. Unter dem „Schutzschild“ der US-Truppen jedoch, die auch den Nach-

Verstärkte Umtriebe des BRD-Imperialismus in Zentralamerika

„Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Zentralamerika und der Karibik“ haben sich die drei Regierungsfraktionen im Bundestag entschlossen, einen Antrag für ein Entwicklungsprogramm für diesen Raum einzubringen. In den letzten Jahren haben die BRD-Imperialisten ihr Engagement in Mittel- und Südamerika erheblich gesteigert. Der Umfang der Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Die Direktinvestitionen in Zentralamerika und der Karibik betrugen 1981:

| | |
|-------------------|------------------|
| Costa Rica | 10 Millionen DM |
| El Salvador | 40 Millionen DM |
| Guatemala | 46 Millionen DM |
| Honduras | 3 Millionen DM |
| Nicaragua | 21 Millionen DM |
| Panama | 421 Millionen DM |

In Mexiko, das direkt an dieses Gebiet grenzt, betragen die Direktinvestitionen 1981 1,6 Milliarden DM. Westdeutsche Kapitalisten beuten in Mexiko und Zentralamerika in 209 Fabriken 42.000 Arbeiter aus. Sie haben also einiges zu verlieren, aber auch zu gewinnen. Einen Eindruck von der Wirkung der Investitionen bekommt man, wenn man ihre Grö-

ße ins Verhältnis zum Bruttonsozialprodukt dieser Länder setzt. In El Salvador betragen sie etwa 0,6%, in Nicaragua 0,4% und in Panama sogar 5%. Im Vergleich dazu: Die Investitionen des Siemens-Konzerns in der BRD machen nicht einmal 0,1% des Bruttonsozialproduktes aus.

Das jetzt von der CDU/CSU und FDP beantragte Entwicklungsprogramm soll den BRD-Imperialisten mehr direkten politischen Einfluß bringen und „den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen des Westens und dem Weltfrieden dienen“. Letzteres heißt aber keinesfalls, daß die Bundesregierung ihr Licht unter den Scheffel stellen bzw. im Interesse etwa des US-Imperialismus tätig werden will. Der stellvertretende Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes erklärte bei einer Tagung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lateinamerikafor- schung“ dazu: „Die Beachtung des vorrangigen Interesses an einem ge- deihlichen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bedeutet nicht den Verzicht auf eine eigenständige, an deutschen Interessen orientierte Lateinamerika- Politik.“ Ziele des von den Regierungs- partien geforderten Entwicklungspro- gramm sollen vor allem die

Befriedung der inneren Widersprüche in Zentralamerika und die Förderung „freiheitlich-pluralistischer Staats- und Gesellschaftsordnungen“ sein.

Was passiert, wenn sich Staaten dem freien Walten und Schalten der Imperialisten zu widersetzen drohen, hat die Bundesregierung mit Nicaragua vorexerziert. Sie hat der Regierung vertraglich zugesagte Entwicklungskredite kurzerhand gestrichen.

Die antragstellenden Parteien setzen sich über die Souveränität der zentralamerikanischen Staaten kalt- schnäuzig hinweg. Das drückt sich auch darin aus, daß die Geldmittel im Rahmen dieses Programms nicht etwa den Regierungen dieser Staaten zur Verfügung gestellt werden sollen, sondern: „Eine entscheidende Bedeutung in dieser Entwicklungszusammenarbeit kommt den Maßnahmen der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern zu.“ Dies hat für die Bundesregierung neben der Kontrolle der Verwendung des Geldes einen zweiten unschätzbar- Vorteil. Sie kann nicht unmittelbar für ihre Taten verantwortlich gemacht werden. Das hat sich in El Salvador schon als nützlich erwiesen, wo CDU- und SPD-nahe Stiftungen gleichzeitig beide Bürgerkriegsparteien unterstützt.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/239; Presse- spiegel Entwicklungspolitik 15/83

schub und die Verbindungslien si- chern können, ist die Lage anders.

Die nicaraguanische Regierung hat angesichts dieser Provokationen erstens ihrer Armee strikte Anweisungen gegeben, bei der Verfolgung reaktionärer Banden auf keinen Fall in Richtung Honduras zu schießen, um keinen Kriegsvorwand zu liefern. Außerdem sind die Milizen der Arbeiter und Bauern auf ca. 90.000 Mann verstärkt worden, die Armee ist 20.000 Soldaten stark. Zur Lösung des Konfliktes in der Region hat der Koordinator der Regierung Ortega am 19. Juli vorge- schlagen:

„1. Einen Kompromiß, um jegliche Kriegssituation endgültig auszuschließen, durch die sofortige Unterzeichnung eines Nicht-Angriffs-Paktes zwischen Honduras und Nicaragua.

2. Völlige Einstellung jeglicher Waffenlieferungen von Seiten jedes Staates an die widerstreitenden Kräfte in El Salvador, damit dieses Volk seine eigenen Probleme ohne fremde Ein- mischung lösen kann.

3. Völlige Einstellung jeglicher Waffenlieferungen, Ausbildungen, Benutzung von Hoheitsgebieten, um Aggressionen an gegnerischen Kräften der verschiedenen Regierungen Mittelame- rikas zu verüben.

4. Kompromisse, welche den absoluten Respekt auf Selbstbestimmung der mittelamerikanischen Länder und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes einzelnen Staates garantieren.

5. Völlige Einstellung der Aggressio- nen und der wirtschaftlichen Diskrimi- nierung gegen jedes Land in Mittel- amerika.

6. Keine Stationierung militärischer

ausländischer Stützpunkte im zentral- amerikanischen Territorium sowie Einstellung der militärischen Manöver mit Beteiligung fremder Armeen im mittel- amerikanischen Raum.“(1)

Die US-Regierung hat diesen Vor- schlag als „Fortschritt“ Nicaraguas bezeichnet, weil er zusichert, daß die Sowjetunion keinen Militärstützpunkt in Nicaragua erhält, eine Zusicherung, die die nicaraguanische Regierung ohne weiteres geben konnte, denn ein solcher Stützpunkt ist bislang nicht geplant gewesen. Für sich selbst lehnt die Reagan-Regierung die Einhaltung dieses Vorschlags allerdings ab, obwohl die Gruppe der CONTADORA-Staaten denselben Vorschlag gemacht hat. Unterstützt von den westeuropäischen Imperialisten setzt die US-Regierung ihre Aggression fort. Einzig die französische Regierung hat sich bislang gegen diese Art von militärischer Erpressung gegenüber Nicaragua gewandt, die Bundesregierung hat durch Staatssekretär Mertes aus dem Auswärtigen Amt auf die „Rechtmäßigkeit“ der Manöver hingewiesen.

(1) übersetzt von der Botschaft Nicaraguas in der BRD; Quellenhinweis: Granma, Weekly Review, Nr. 26-29; FAZ v. 4.8.83; Departement of State bulletin, Nr. 2073 April 1983; Wireless Bulletin from Washington, Ausgabe vom 15. Juli bis 4. August 1983; D. Boris R. Rausch Zentralamerika, Köln 1983, Pahl-Rugenstein-Verlag 14.80 DM



Kennedy verhängte 1963 zum letzten Mal eine Seeblockade in der Karibik gegen Kuba.



„The Student Prince“

Verklärte Spätromantik zwecks Touristenwerbung und Burschenschaftsverherrlichung

Will man in einer Heidelberger Bücherei einen Text zur „Musikalischen Romanze“, „The Student Prince“ von S. Romberg, Text von W. Meyer-Förster, erstehen, so hat man wenig Glück. Es ist vergriffen und wird momentan auch nicht mehr aufgelegt. Dies sei erwähnt, um die Behauptung des Beiheftes zu den regelmäßigen jährlich stattfindenden „Schloß-Spielen“ zu Heidelberg, das Stück sei „eines der schönsten deutschen Theaterstücke aus unserer und unserer Väter Zeit“, ins richtige Licht zu rücken und um deutlich zu machen, daß lediglich ein kleiner Kreis diesem Stück Bedeutung zumißt.

Das Stück erzählt die Geschichte des jungen Prinzen Karl Franz, Sohn des Königs von Karlsberg, der zum Studium nach Heidelberg geschickt wird. Ein Premierminister von Mark bestimmt einen Dr. Engel, der einst selbst „golden Days“ in Heidelberg erlebte, als Begleiter und Tugendwächter. Lutz, des Prinzen Privatdiener, ist ebenfalls dabei und kann sich anfangs mit der burschikosen Gasthausatmosphäre des Wirtshauses „Zu den drei Goldenen Äpfeln“, in dem Karl Franz seine Heidelberger Tage verbringt, überhaupt nicht abfinden. Karl Franz dagegen, anfangs etwas schüchtern, läßt sich bald von der im Wirtshaus zechenden Studentenverbindung anwerben, nachdem er durch deren Wortführer über Vorzüge und

Freiheiten des studentischen Lebens in Heidelberg aufgeklärt worden ist. Karl Franz dann: „Ich bin nicht als Prinz hier, sondern bloß als Student“. Schon bald lernt Karl Franz auch die Nichte des Gastwirts Ruder, Kathie, kennen, die, im Gasthaus und bei den Burschenschaftlern allseits beliebt und begehrt, dem Prinzen ihr Herz schenkt. Jedoch, nach einer feuchtfröhlichen Nacht, kommt die tragische Wendung. Premierminister Mark, plötzlich erschienen, fordert den Prinzen zur Heimkehr auf, da der König schwer erkrankt.

Karl Franz, der sich als freier Student fühlt, weigert sich zuerst, willigt aber schließlich, durch Beihilfe Dr. Engels, ein. Auch Kathie rät ihm zu.

Später, nach dem Tode seines Vaters zum König geworden, beschließt Karl Franz, nachdem ihn der Kellner Toni des ihm bekannten Gasthauses unverhofft aufsucht, erneut nach Heidelberg zu fahren. Karl Franz will die ihm bestimmte Prinzessin Margaret, für die er keine Gefühle hat, nicht gern zur Frau nehmen. Stattdessen erinnert er sich Kathies warmer Liebe. Jedoch darf er, obwohl alte freiheitliche Gefühle in ihm aufwallen, sie nicht zur Frau nehmen, und obwohl sie sich lieben. Die alten Freunde von der Burschenschaft begegnen ihm bei seinem zweiten Heidelberg-Besuch schon mit ehrfürchtiger Haltung.

Zweck des jährlich aufgeführten, eher mittelmäßigen bis schlechten Stücks, das in Englisch gesungen und gesprochen wird, ist in erster Linie die Touristenwerbung. Die Schloßspiele, die im August stattfinden, sind Hauptattraktion und Höhepunkt (neben Schloßbeleuchtung, Ami-Fest etc.) des „Heidelberger“ Sommers, der sich in den Kassen der großen Hotels sowie der Stadt in klingende Münze umwandeln soll.

Hinzu kommt, daß mit diesem Stück das Bild des saufenden und lebenslustigen Studenten gezeigt wird, gepaart mit dem ewig tragischen Bild der Liebe des Fürsten zum „einfachen“ Mädchen. Der Stadtverwaltung ist es mittlerweile Wert, dieses Stück nach Japan und den USA zu exportieren. Die Bilder zeigen die Erstaufführung des „Student Prince“ in Kumamoto. Der Aufführung wohnten Heidelbergs Oberbürgermeister Zundel und Verkehrsvereindirektor Kroesen bei.

Bereits 1901, als das Stück „Alt-Heidelberg“ von Meyer-Förster, zu dem Romberg 1924 die Musik schrieb, „denkwürdigerweise“ das erste Mal in Berlin aufgeführt wurde, wollten die Schauspieler die Absetzung des Stücks bei der Direktion durchsetzen. Kein Wunder, daß das Publikum auch heute vornehmlich aus amerikanischen Touristen besteht.

Die Bösen tot, die Guten kriegen sich: klassisch?

Ob der Herausgeber den Heldentypen im 1947 erstmals erschienen Roman für so bemerkenswert hält, daß er wegen ihm die Aufnahme in die Reihe klassischer Kriminalromane empfohlen hat? Der Detektiv gehört zu der Sorte, die penetrant äußern, die Gründe für Verbrechen seien „in neunundneunzig von hundert Fällen ein Unterrock bzw. die hübschen Formen, die in dem Unterrock drin stecken“. Versteht sich, daß dieser Bursche sofort scharfsinnig alle unwahrscheinlichen Verwicklungen des Falles durchschaut: Schurkischer Heiratsschwinder wird von seiner von ihm rauschgiftsüchtig gemachten und ausgenommenen Ehegattin erschossen. Ein betrügerischer Detektiv arrangiert das ganze zum Selbstmord, um erpresserisch tätig werden zu können. Unser klassischer Detektiv – beauftragt von einer früheren Ehegattin des Heiratsswindlers, die sich, dem Bösen widerstehend, noch rechtzeitig ohne Vermögensverluste absetzen konnte – gerät ebenfalls an den Tatort, erkennt sofort alle Absichten und arrangiert die Leiche so, daß er den betrügerischen Privatdetektiv der Polizei als Täter liefern kann. Dem sicheren Galgen entzieht sich der Betrüger durch Selbstmord mittels Autounfall. Somit ist – nachdem auch die rauschgiftsüchtige Gattin verblich – bloß noch das Gute für ein klassisches Ende übrig: Detektiv und schöne Ex-Gattin kriegen sich und „im gleichen Moment begann das Orchester zu spielen“.

Peter Cheney, *Tanz ohne Musik*, Heyne Crime Classic 2048, 5,80 DM

FdGO-gemäße Gewalt genehm

Zum ersten Mal 1972 hat Manés Sperber die Essays „Sieben Fragen zur Gewalt“ veröffentlicht. Er polemisiert gegen die Tatsache, daß die damals schon zurückgehende Studentenbewegung die Gewalt als Mittel der Politik der unterdrückten Klassen anerkannt und Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die aus dieser Bewegung kamen, Terror gegen einzelnen Repräsentanten der Kapitalistenklasse ausübten. Allein der Umstand, daß sie Gewalt als Mittel der Veränderung gesellschaftlicher Zustände benutzt, diskreditiert sie nach Sperbers Auffassung und verdam-

me sie dazu, selbst ein gerechtes Anliegen in Unrecht zu verwandeln, denn, so konstatiert er kategorisch: „Welches Ziel auch immer siegreiche Rebellen, Revolutionäre, Konterrevolutionäre verfolgen mögen – ein Ziel bleibt unveränderlich: das Ziel jeder Elite, an der Macht zu bleiben und sie mit niemandem zu teilen ... in allen Fällen verwandeln sich die Verschworenen in eine Gewaltaristokratie ...“ Zum Beleg für diese Feststellung führt Sperber die Entwicklung in der Sowjetunion an, wo die Diktatur des Proletariats nicht errichtet worden sei und eine „hauptsächlich parteibürokratische Elite“ herrsche, denn das Proletariat arbeite „in Fabriken und Gruben für kargen Lohn“. Sperber ist 16 Jahre Mitglied kommunistischer Organisationen gewesen. Er muß wissen, daß das Ziel der sozialistischen Revolution nicht die Abschaffung der Arbeit, sondern die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. Sperbers Kritik ist nicht, daß in der Sowjetunion möglicherweise eine nichtarbeitende Schicht die Macht hat, sondern daß die in der Sowjetunion herrschende Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Macht Gewalt in einem Umfang anwende, die Vergleiche mit dem faschistischen Terror in Deutschland zuließen. Demgegenüber sieht er in der sozialen und politischen Entwicklung in den meisten kapitalistischen Ländern den Beweis, daß gesellschaftlicher Fortschritt auch mit weniger Gewalt zu erreichen sei. Wohl ein Grund, weshalb ihm in diesem Jahr der „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ verliehen werden soll.

Mané Sperber, Sieben Fragen zu Gewalt – Leben in dieser Zeit, dtv 1351, 6,80 DM

Golem 100 – das Untier Revolution

Unter dem Titel Golem 100 hat der Bastei-Lübbe-Verlag einen Science Fiction Roman herausgebracht, der als das revolutionärste Werk des Schriftstellers A. Bester angekündigt wird. Er ist allerdings genau das Gegenteil. Er richtet sich gegen Revolutionen und malt, falls diese gelingen, eine finstere Zukunft der Menschheit aus. Die Geschichte selbst ist eigentlich ziemlich banal, wenn auch aufwendig verpackt. Sie spielt im „Guff, einem Bezirk, der das alte Groß New York umfaßt“, eigentlich aber ein bruchstückhaftes Abbild der Erde darstellt. Es handelt sich dabei um einen riesenhaften

Slum, in dem die Bourgeoisie in streng bewachten Oasen lebt, die sie vor den Unterdrückten abschirmen. Diese sind völlig verblödet, triebhaft und brutal. Plötzlich ereignen sich im Guff grauenhafte Gewalttätigkeiten, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Als Täter wird ein rätselhaftes Wesen, der Golem 100, ausgemacht. Dieser entpuppt sich, wie die Helden des Romans mit Hilfe von Rauschmitteltrips und Freudscher Analyse herausfindet, nicht etwa als ein monströses Fabelwesen, sondern als das Böse in den Menschen, das aus dem Unterbewußtsein an die Oberfläche gedrungen ist und frei nach dem Motto „ein Gespenst geht um auf der Erde“ sein Unwesen treibt. Wenn Golem nicht vernichtet wird, droht der Menschheit eine Zukunft, gegen die die elenden Lebensverhältnisse im Guff ein richtiges Paradies sind. Aber wie die Ideen der Unterdrückten in den Augen der Bourgeoisie nie deren eigenes Produkt sind, sondern sie von außen, etwa einer ausländischen Macht kommen, so hat auch Ungeist Golem 100 seinen Ursprung in einer Oase „mit kommunistischer Einrichtung“. Hier treffen sich sieben Frauen, die als Bienenvolk unter der Herrschaft einer Königin den Teufel anbetnen. Ihrer vereinigten Geisteskraft entspringt Golem 100. Zunächst versucht die Helden daher, die Bienenfrauen zu spalten, um deren spiritistische Sitzungen zu verhindern und damit Golem zu vernichten. Als dies nicht gelingt, weil die Führerin der Bienenfrauen den Laden zusammenhält, beschließt die Helden, diese ermorden zu lassen. Dazu will sie die PLO anheuern, die in dem Roman als PLO-Mafia eingeführt wird. Diese hat sich auf den Rauschgift-handel verlegt, nachdem in der von ihr eroberten arabischen Republik das Öl ausgegangen ist. Ein Mitstreiter der Helden kommt jedoch der PLO zuvor und tötet die Bienenkönigin. Dadurch ist zwar Golem 100 vernichtet, ersteht jedoch als Golem 101 wieder auf. Mehrere tausend Jahre später hat sich die Menschheit in kaum der Sprache noch mächtige Primitive verwandelt. Um das zum Teil faschistische Gedankengut zu verpacken, hat der Autor den Roman mit reichlich Pornographie und Mystizismus angereichert. Die Romanheldin hat übrigens den Beinamen SS.

Alfred Bester, Golem 100, Bastei-Lübbe 1980
19,80 DM

NATO-Kumpane Britische Rheinarmee in der BRD

Seit 1945 sind unter anderem Britentruppen in der BRD. Mit Konzentration um Osnabrück-Herford-Lübbecke sind sie auf der Linie Rheindahlen (Hauptquartier der „British Army on the Rhine“ (BAOR) – Dortmund – Bielefeld – Herford – Verden – Soltau stationiert. Entsprechend dem benachbarten I. Korps der Bundeswehr besteht die BAOR aus drei Panzerdivisionen. (1)

Die Irland betreffend interessante Eigenheit der BAOR ist, daß die 5600 (1983) bis 12000 (1974) der regulären Mietlinge der Britenkolonialisten in Nordirland aus der BAOR abgeordnet werden. Dem Vier-Monatseinsatz gehen zwei Monate Training zum Unterdrückereinsatz voraus. Das Training findet in England statt. Die BAOR liegt damit jeweils mindestens 10% unter der offiziellen Sollstärke. (1)

Weil nach der Niederlage der Faschisten als Besatzerarmee einschreitet, soll die BAOR das heute noch sein. Damit wäre sie – und die anderen alliierten Armeen – die ersten Besatzerarmeen, die unter dem Kommando der „besetzten“ Bourgeoisie antreten, die gescheiterten Kriege dieser Bourgeoisie auszubügeln.

Bereits 1954 gelang es den BRD-Bourgeois im „Deutschlandvertrag“, die Besatzung umzuwandeln in ein Stationierungsverhältnis, das besonders vertraglich geregelt wurde. Das „Pariser Abkommen“ (2) vom 20.10.1954 hält, gültig für die BAOR und alle anderen, fest: „... dürfen Truppen der ... gleichen Effektivstärke ... stationiert werden ...“ Das Pariser Abkommen ist Folgevertrag des Deutschlandvertrages vom 26.5.52/24.10.54. (2)

Der Deutschlandvertrag ist auch der Vertrag, der Zweck und Ende der Stationierung regelt. Zweck ist die „Wiedervereinigung Deutschlands“ (Art. 7), Ende tritt ein bei erfolgter Wiedervereinigung (Art. 10). Vertragsgegenstand sind UdSSR, CSSR, DDR, VR Polen als die Staaten, denen gegenüber die BRD als Nachfolger des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 Gebietsansprüche erhebt.

Die genannte Effektivstärke der BAOR ist im II. Protokoll zum WEU-Vertrag beschrieben: „... vier Divisionen oder gleichwertige Kampfkraft ...“ (3) Das entspricht den 55000 Landsknechten der BAOR. Es kommen hinzu die Luftwaffe der Briten in der BRD mit 10800 Mann, im Protokoll als „zweite Taktische Luftflotte“ der NATO erwähnt. Aus dem Pariser Abkommen in Verbindung mit dem Protokoll leitet die BRD-Regierung die Verpflichtung Großbritanniens ab, bei ihr um Genehmigung für die Verringerung der Truppenstärke der BAOR unter 55000 Mann nachzusuchen. Letztmalig 1982 haben Konservative im Unterhaus eine Verringerung der BAOR gefordert zwecks Ausbau der Marine. Die britische Regierung wies im Juni 1982 jeden Versuch der Verringerung oder Einsparung der BAOR als „indiskutabel“ zurück. Die britische Kriegsplanung sieht Verstärkung der BAOR vor, die im Dreijahresturnus (1977/80/83) geübt wird. Von 69000 Mann Heer in Großbritannien selbst sollen binnen zwei Wochen 51000 plus gezogener Reserven zur BAOR verlegt werden. Der Chef des Stabes der BAOR wird Chef aller britischen Nachschubeinheiten der Welt. 1983 soll die BAOR um 60 Senkrechtstartgeräte verstärkt werden. Dem Abzug von Stäben stehen Auffüllungen bei Kampfeinheiten gegenüber. Ende 1982 ist die Angleichung der BAOR an die Divisions-/Brigade-Gliederung der Bundeswehr abgeschlossen worden.

Der Zorn der Konservativen entzündete sich an den Kosten der BAOR, die die Realisierung von Empirezielen zugunsten der Unterstützung des imperialistischen BRD-Konkurrenten einschränken. Über „Devisenausgleichszahlungen“ wurde die BAOR bis 1980 mit insgesamt 6,5 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt finanziert. Gegen britischen Widerstand setzte Schmidt 1977 deren Ende durch: „... Devisenausgleichszahlungen haben den Beigeschmack von Besatzungskosten ...“ (Financial Times v. 12.9.1977) Seitdem müssen sich alle alliierten Truppen in 364 Millionen DM pro Jahr teilen. (4)

Der Oberbefehlshaber der BAOR ist in Personalunion Oberbefehlshaber der NATO-Armee-Gruppe Nord. Die Stäbe von BAOR, 2. (britische) taktische Luftflotte und NORTHAG sind in Rheindahlen untergebracht. Gegenüber Mitte der 50er Jahre hat sich wesentlich verändert, daß in die NATO-Stäbe BRD-Offiziere eingerückt sind. 30% des NATO-Stabes bestehen aus Bundes-

wehrkadern. Nebenbei wird damit eine der Lügen der BRD-Regierung enthüllt: „Über die NATO erfährt die Bundesregierung die Bewaffnung der der Organisation unterstellten Truppen.“ (Europ. Wehrkunde, 11/81) Das trifft auch für die USA zu.

Auch das Einsatzkonzept der BAOR hat sich geändert. General M. Gow, Oberbefehlshaber der BAOR: „... hätte die BAOR schnelle Absatzbewegung auf eine Stellung am Rhein (vornehmen müssen) ... Mit dem Aufwachsen der Bundeswehr wurde die ... Vorneverteidigung eingeführt ...“ (5) Die umschreibt der Bundeswehrgeneral Lorenz: „Soweit östlich wie möglich ... Vorneverteidigung ist operatives Prinzip der NATO ...“ (5)

„Operativer“ Befehlshaber (d.h. auf dem Gefechtsfeld) der BAOR, des belgischen und niederländischen Korps im Frieden, wozu die 6. US-Armee im Kriegsfall *formlos* hinzutritt ist der NATO-Oberbefehlshaber Mitteleuropa, dem auch die gesamte Bundeswehr untersteht. Seit 1966 ist das ein BRD-General. Das wird auch in Zukunft so sein. Dieser General ist auch zuständig für die jährliche Genehmigung der BAOR-Abordnung nach Nordirland.

Anti-H-Block-/Armagh-Komitee Frankfurt am Main

(1) Internationales Institut für Strategische Studien, Military Balance, London 1971 – 1983; (2) Bundesgesetzblatt 1955, II, 264; (3) Bundesgesetzblatt 1961, II, 1351; (4) Bundeshaushaltspol., Einzelplan 35; (5) Jahrbuch des Heeres 1981 und 1982

Christliches Europa

Mit dem heiligen Benedikt durch den Eisernen Vorhang

„Europa, öffne die Tore für Christus!“ Das war das Motto der „Europatage“, die der Augsburger Bischof Stimpfle am 17. und 18. Juni in der *Benediktinerabtei* Ottobeuren abhielt. In seinem Grußwort erklärte er: „Durch eine Fügung der Vorsehung findet unser Europatag gleichzeitig mit dem Treffen der europäischen Staatsmänner in Stuttgart statt, die für die Zukunft Europas die Weichen stellen. Europas Zukunft ist in der heilsgeschichtlichen Berufung dieses Kontinents, im Glauben an Christus verankert. Das Christentum hat Geschichte und Kultur der romanischen, germanischen und slawischen Völker geprägt. Das christliche Erbe ist die geistige Kraft, die über alle wirtschaftlichen, ideologischen, kulturellen und politischen Unterschiede hinweg die Einheit Europas vom Atlantik bis zum Ural schaffen und Europas Bedeutung im dritten Jahrtausend gewährleisten wird. Das einigende Band ist der lebendige Erlöser, der Herr der Geschichte.“

Der Bischof von Augsburg ist kein weltfremder Betbruder, sondern macht bewußt und aktiv Politik. Die Benediktinerabtei als Tagungsort ist Teil seines Programms. So führte einer der Festredner, Otto von Habsburg, CSU-Europaabgeordneter, Pan-europa-Union, aus: „Am Anfang der Schaffung unseres Abendlandes steht nämlich der Patriarch Europas, der heilige Benedikt. Dieser Mann des Glaubens und Geistes hat mehr denn jeder andere die politische Aussage Europas bestimmt.“

Wodurch wurde Benedikt zum „Patriarch Europas“? Er ist nicht den Märtyrertod im Kampf gegen die Ketzer gestorben, hat bei keiner Schlacht den christlichen Reihen ideologisch den Rücken gestärkt. Was ihn so geachtet macht in katholischen Kreisen, ist die Abfassung der „Benediktinerregel“, einer Art von Klosterstatut, und seine von Papst Gregor verfaßte Biographie. Benedikt von Nursia lebte von ca. 480 nach Christus bis wahrscheinlich 547. Es war die Zeit der Auflösung des weströmischen Reiches. Als Papst Gregor der Große (Amtszeit 590 bis 604) im Juli 595 „seine Synode einberief, sah er nur dreiundzwanzig Bischöfe um sich versammelt, nämlich die aus dem unbesetzten Italien ... Das übrige Italien lag hinter dem *Eisernen Vorhang der Langobarden*.“ (Van der Meer/Bartelink 1980) Da Rom innerlich zu schwach war, sich militärisch gegen die Germanenstämme zu halten, brauchte man was, um von innen heraus den Gegner zu unterminieren, eine Ideologie und eine kadermäßige Organisation. Die Ideologie war das Christentum in seiner katholischen Form, und den Kader bildeten wesentlich die Benediktiner.

Die Hauptleistung der benediktinischen Ordensregel ist die Eigentumslosigkeit der Mönche. Im 33. Kapitel heißt es: „Ob die Mönche etwas zu eigen haben dürfen. Besonders dieses Übel muß mit der Wurzel aus dem Kloster ausgerottet werden, daß sich keiner herausnehme, etwas zu geben oder anzunehmen ohne Geheiß des Abtes, noch irgend etwas zu eigen zu haben, durchaus gar nichts: weder Buch noch Täfelchen noch Griffel, sondern ganz und gar nichts, da sie kein Recht haben, über ihren Leib und ihre

Willensregungen eigenwillig zu verfügen.“ Dadurch ist die Befehlsgewalt der Kirche über die Mönche gesichert, sowie eine relativ starke Unabhängigkeit von weltlichen Autoritäten. Und damit ist gleichzeitig eine immer wachsende Anhäufung von Reichtum der Klöster und der Kirche gesichert.

Mindestens ebenso wichtig wie die Ordensregel Benedikts war ihre Unterstützung durch Papst Gregor. Gregor schrieb eine Biographie Benedikts, die seinen Ruhm als heiliger Mann untermauern sollte und entsprechend den Benediktinerorden mit einem geeigneten Mythos versah. Diese Biographie reiht die Legenden von Zauberstückchen und hellseherischen Leistungen, die sich schon während seines Lebens und seither mit dem Namen Benedikts verbunden hatten, aneinander. Benedikt wird als mächtiger Zauberer dargestellt, sein Gott muß also mächtiger sein als die heidnischen Götter bzw. Teufel: „XXX. Als er eines Tages zur Kapelle des heiligen Johannes hinaufging, die auf dem Berggipfel liegt, kam ihm der Erbfeind in Gestalt eines Tierarztes entgegen. Er hatte ein Trinkhorn und eine Fußfessel bei sich ... Der böse Geist traf einen älteren Mönch beim Wasserschöpfen, fuhr so gleich in ihn, warf ihn zur Erde und quälte ihn aufs heftigste. Als der Mann Gottes, auf dem Rückweg vom Gebet, sah, wie grausam er gequält wurde, gab er ihm bloß eine Ohrfeige und schlug damit auf der Stelle den bösen Geist aus ihm heraus, so daß dieser es nachher nicht mehr wagte, zu ihm zurückzukommen.“

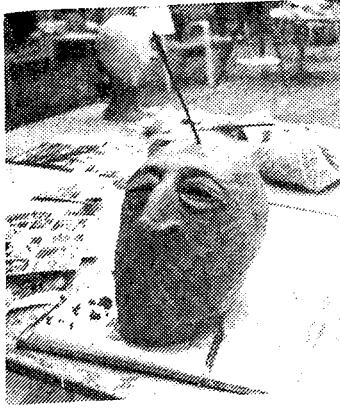
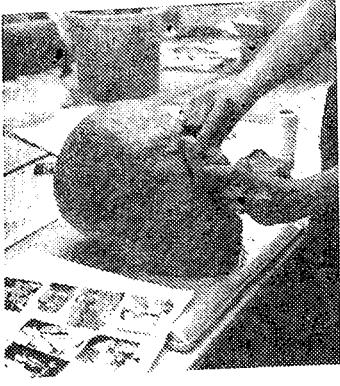
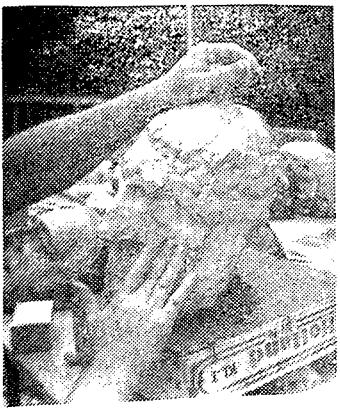
Der mit dem Namen Benedikts verknüpfte kirchliche Wahlspruch lautet „Ora et labora“, bete und arbeite. Die Mönche hatten sowohl geistig-geistlich als auch handwerklich und landwirtschaftlich tätig zu sein. Die Klöster waren dadurch weitgehend zur Selbstversorgung in der Lage und konnten auch in feindlichem Umland überleben. Darum konnte Gregor eine Missionierung bis nach England sofort einleiten, und auch der osteuropäische Raum wurde bald mit Klöstern überzogen.

Freilich war die Entfaltung benediktinischen Glaubenslebens nicht ohne Rückschläge. „Um 1750 war der Höhepunkt der Entwicklung überschritten. In manche Klöster hielt der Geist der Aufklärung seinen Einzug, und das religiöse Leben erlahmte. Die Französische Revolution brachte sämtlichen Klöstern Frankreichs den Untergang. Es folgten Bedrückungen, Einziehung der Klöster und auch Aufhebungen in anderen Ländern: Österreich, Polen, der Schweiz, Spanien, Italien, Portugal und Brasilien. Die Säkularisation in Deutschland ließ alle deutschen Klöster verschwinden. So stellte der Benediktinerorden zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein einziges weites Ruinenfeld dar ... Doch schon bald regte sich neue Lebenskraft in dem alten Stamm ... In Bayern gründete König Ludwig I. das Kloster Metten (1830), womit der Grundstein zu der neuen bayerischen Kongregation gelegt wurde.“ (Kirchenlexikon, Freiburg 1958) Das war der Beginn zahlreicher Neugründungen in mindestens fünfzehn Staaten, darunter Polen.

Aber die Hervorziehung des heiligen Benediks zu Zwecken der Rekatholisierung Europas hat erst richtig nach dem Ersten und verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Noch das 1400jährige Jubiläum 1880 ließ Papst Leo XIII. ohne große Festakte verstreichen. 1947 erließ Papst Pius XII. die Enzyklika *Fulgens radiatur*, „zum Gedächtnis des seligen Todes des heiligen Benedictus vor 1400 Jahren“, 1964 erklärte Papst Paul VI. den Benedikt zum „Patronus totius Europae“, Patron ganz Europas, weil er folgende Eigenschaften auf sich vereinigte: Friedensbote; Baumeister der Einheit; Lehrmeister von Kultur und Zivilisation; Künster des christlichen Glaubens; Begründer des abendländischen Mönchtums.

1980 eröffnete Johannes Paul II. ein ganzes Benediktusjahr und erklärte, Benedikt habe „die Würde der Arbeit als Dienst an Gott und den Brüdern“ entdeckt, und rief: „Beten wir also darum, daß die Suche nach einem geeinten Europa auf dem geistlichen Fundament der benediktinischen, christlichen, katholischen, also universalen Tradition ruht.“ Wie es Benedikt und den Benediktinern gelang, den „Eisernen Vorhang der Langobarden“ zu durchlöchern und die römisch-christliche Weltanschauung „friedlich“ den Barbaren zu oktroyieren, so wollen Bischof Stimpfle, der Papst und andere heute im Namen Benedikts in den westeuropäischen Staaten das katholische Gedankenamt festigen und von da aus alle Staaten, die nicht auf christliche Weltanschauung, sondern zum Zwecke der Verbesserung der weltlichen Zustände gegründet sind, aufrufen.

Quellenhinweis: P. Basilius Steidle (Hg.), Die Regel St. Benedikts, Beuron 1952; Van der Meer/Bartelink (Hg.), Gregor der Große, Leben des Benedictus, St. Ottilien 1980; P. F. Renner (Hg.), Benedictus – Bote des Friedens; Papstworte zu den Benedictusjubiläen von 1880 bis 1980, St. Ottilien 1982

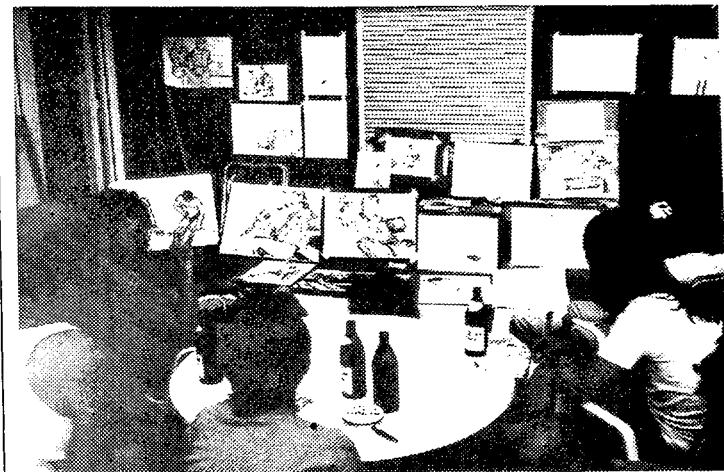
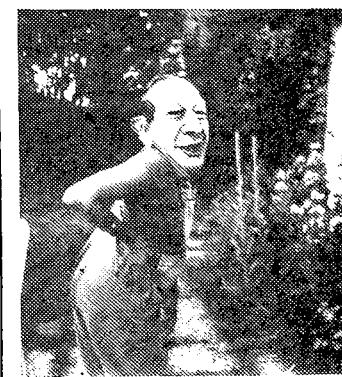
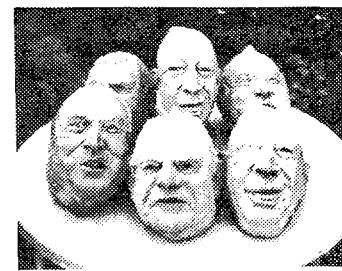


Treffen der Kunst- und Theatergruppen 1983

Das Seminar hatte die Arbeitsschwerpunkte Maskenbau, Zeichen- und Theaterausbildung. In der AG Maskenbau wurde ein Zweitfassung von Kohl und Strauß sowie Zimmermann fertiggestellt. Eine Gruppe der Theater AG fertigte Halbmasken (mit freibleibender Mund/Kinnpartie) an, die neue Ausdrucksmöglichkeiten für Spiel und Sprechen mit Masken bieten. Der Zeichengruppe gelang es noch nicht, ausgestaltete Kompositionen zu erarbeiten, die Situationen/Stimmungen der Menschen in einem alten Arbeiterviertel wiedergeben, in

dem meist gezeichnet wurde. Der Personendarstellung, die insgesamt lebendiger geworden ist, fehlt noch die gleichmäßig intensive Durcharbeitung von Gesichtsausdruck, Haltung/Bewegung bis in alle Körperteile hinein. Die Übungen der Theatergruppe zur Sprech- und Atemtechnik in Verbindung mit Körperbewegung hatten eine Ausdruckssteigerung des Theaterspiels zur Folge. Unterschiedliche Auffassungen gab es über das methodische Vorgehen bei der Erarbeitung von Spielszenen. Persönliche Erfahrungen wurden möglichst genau in Wortwech-

sel, Verhalten der Personen usw. rekonstruiert und anderen vorgespielt. In einer „positiven Kritik“ äußerten die Zuschauer, was sie gesehen und miterlebt hatten. Die Spieler sollten anhand dieser Reaktionen ihr Spiel präzisieren. Einige Teilnehmer kritisierten, daß keine Techniken für die vorherige inhaltliche Aufarbeitung des Themas angeboten wurden, daß zu ausschließlich an der „persönlichen Betroffenheit“ angesetzt wurde. Nützlich wird es für die weitere Theaterarbeit sein, auf den nächsten Theatergruppentreffen die positiven Möglichkeiten dieses „Dialog-Theaters“ herauszuarbeiten und nutzen zu lernen.



Mehr Dienstaufsicht

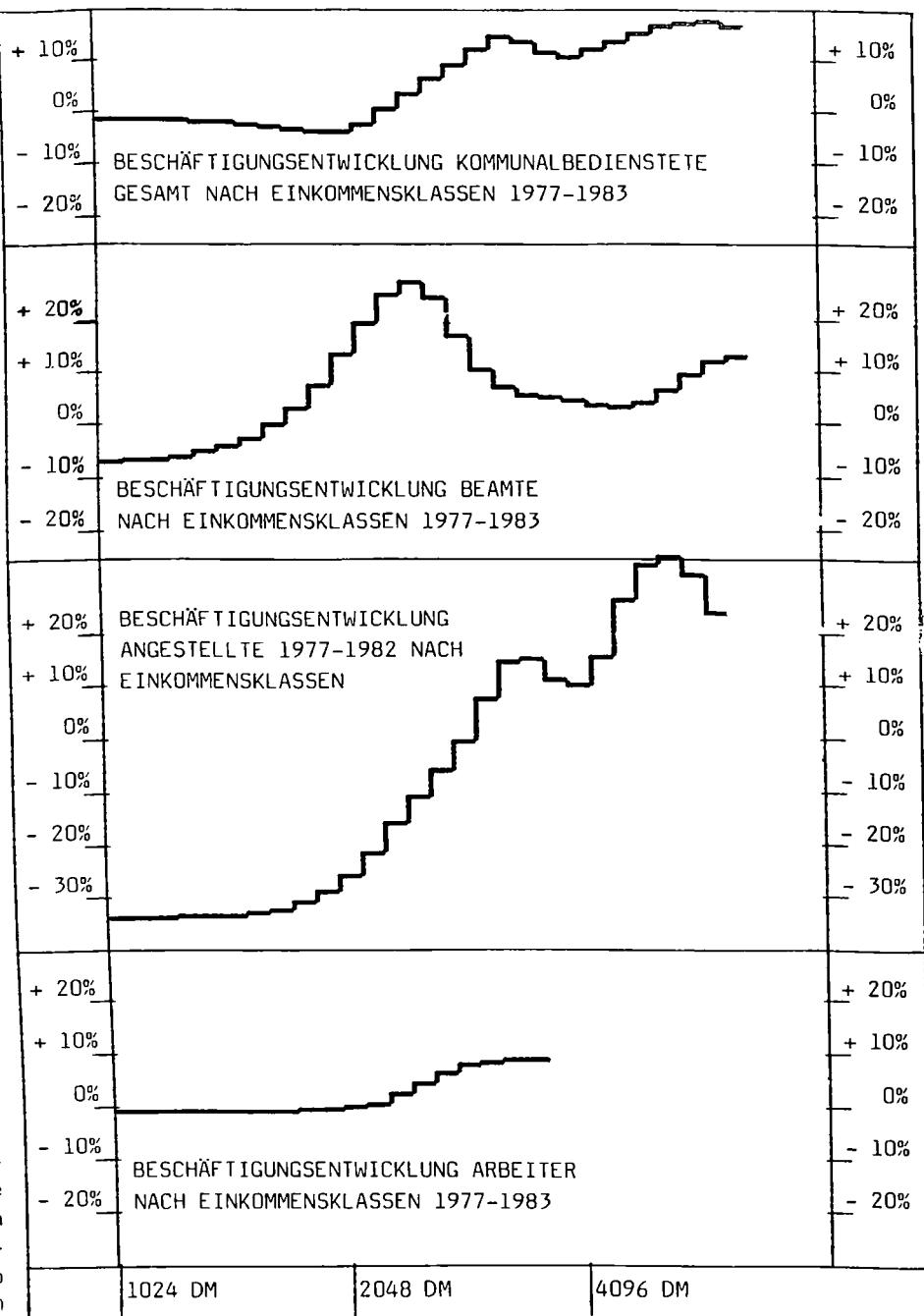
und Verbeamtung

Fast jede Gesetzesänderung im Sozialbereich, die in den letzten Jahren recht zahlreich waren, schlägt sich in der Mehrarbeit für die Beschäftigten in den Kommunen nieder. Drastische Beispiele sind die durchgesetzte sog. Ergänzungsabgabe bei Sozialwohnungen, die alle paar Jahre eine Überprüfung der Einkommen der Mieter durch die Kommunalbehörde verlangt, oder der von der CDU angestrebte Einbezug der Enkel und Großeltern bei der finanziellen Unterstützung von Familienangehörigen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten. Logische Folge der Mehrarbeit wäre eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl vor allem bei den Angestellten und dort in den niedrigeren Einkommensklassen.

Im nebenstehenden Schaubild ist anhand der Stellenpläne der Bielefelder Stadtverwaltung die Änderung der Beschäftigtenzahlen von 1977 bis 1983 nach Einkommensklassen aufgezeigt.

Auffällig ist zunächst, daß die Beschäftigtenzahl bei den Angestellten in den niedrigen Gehaltsstufen besonders stark abgenommen hat; teilweise ein Effekt von Rationalisierungsmaßnahmen, die in aller Regel vorrangig in diesem Bereich betrieben werden. Sie bedeuten für die Beschäftigten nicht weniger Arbeit, sondern Intensivierung der Arbeit, die durch die Stellenbesetzungssperre in den letzten Jahren noch einmal verstärkt wurde. Während sich also die Zahl der Angestellten in den Vergütungsgruppen VII bis IX von 1977 656 bis 1983 auf 525 verringerte, wurde die Dienstaufsicht kräftig ausgeweitet. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Angestellten bei der Bielefelder Stadtverwaltung von 1977 auf 1983 lediglich um zwei auf 1836,5.

Wichtiger noch für die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen sind die Folgen, die sich aus der geänderten Beschäftigtenstruktur bei den Beamten ergeben. Während die Dienstaufsicht auch hier nicht unerheblich gestärkt wurde und sich die Stellen in den niedrigsten Besoldungsstufen geringfügig verminderten, füllte die Stadt Bielefeld die Zahl der Beschäftigten im mittleren Dienst kräftig auf, und zwar lediglich in den Besoldungsgruppen A7 und A8 um zusammen 102 Stellen. Ganz ohne Zweifel zeigt sich hier, daß bisherige Angestelltentätigkeiten zu den Beamten

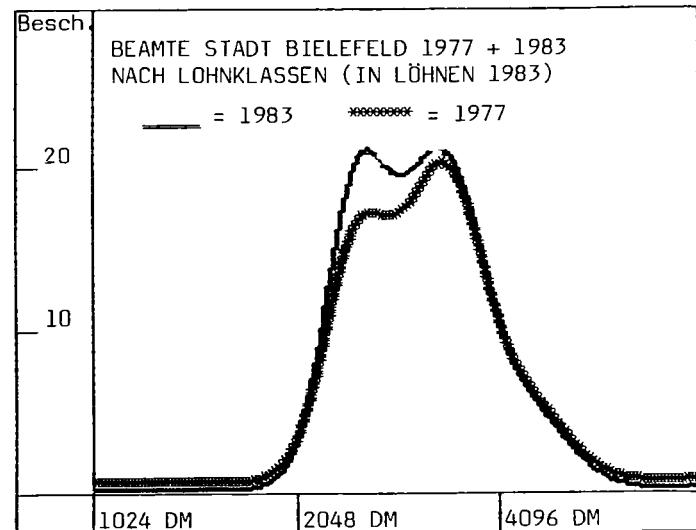
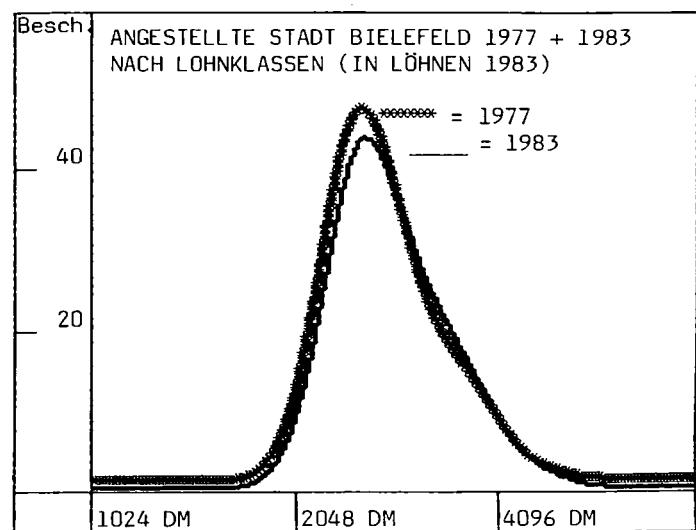
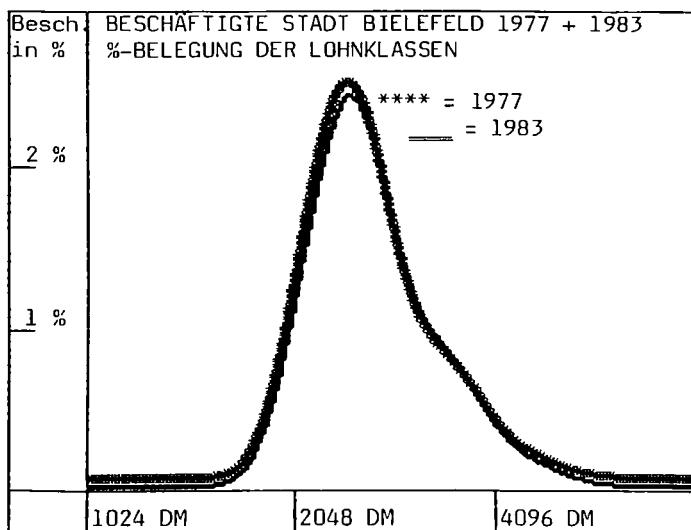
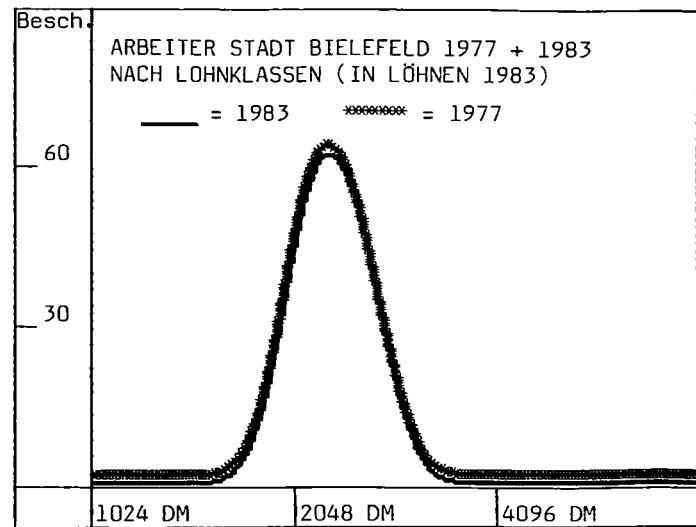
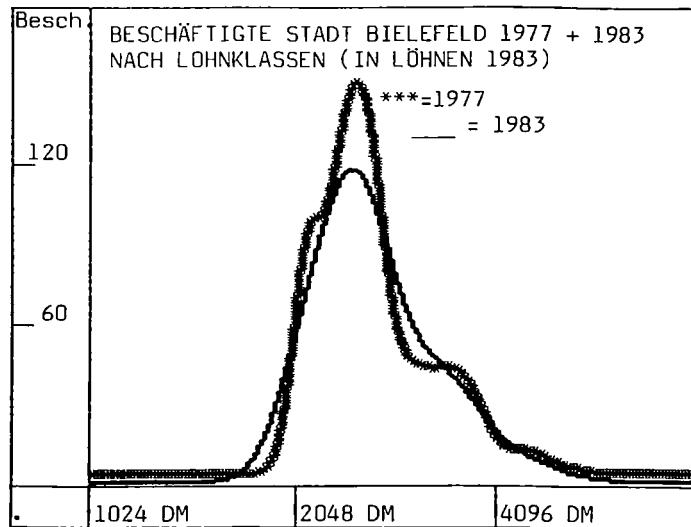


hin verlagert wurden.

Dieses Vorgehen hat zwei Vorteile für den Dienstherrn: Erstens kann die Kommune die Personalkosten senken, weil die Besoldungsanhebungen vorerst unrettbar hinter den Gehalts- und Lohnerhöhungen hinterherhinken (siehe Politische Berichte Nr. 15, S. 38). Sollten die Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst nicht in der Lage sein, die Kampfkraft der Beamten gegen den Beschuß der Bundesregierung, die Besoldung im nächsten Jahr überhaupt nicht zu erhöhen, in die Waagschale zu werfen, so ist die Gefahr für eine zukünftig noch ausgeweitete Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen groß. Zweitens versucht der Dienstherr, mit Hilfe dieser Verlagerung die Kampfbedingungen der Gewerkschaf-

ten zu schwächen durch die mittels Beamtenrecht möglichen Disziplinierungen der Beamten bei Streiks und anderen Kampfmaßnahmen.

Anhand des Vergleichs der Stellenpläne der Bielefelder Stadtverwaltung von 1977 und 1983 lädt sich feststellen: Mit der Aufstockung des gesamten Personals in diesem Zeitraum um 124 auf 5018,5 Stellen 1983 verfolgt der Dienstherr im wesentlichen den Zweck, die Kontrolle über die Beschäftigten durch Stärkung der Dienstaufsicht zu verschärfen und die Beschäftigungsstruktur zugunsten von Beamtenstellen zu ändern. Abhilfe kann letztendlich nur ein einheitliches Personalrecht schaffen, das den Beamten das Tarifrecht sichert und die Disziplinierungsmöglichkeiten bei Kampfmaßnahmen nicht kennt.



lung genommen. Dabei ist unterstellt, daß die nicht besetzten Stellen über die verschiedenen Lohnzonen anteilig verteilt sind.

Um die Entwicklung der Belegung in den einzelnen Lohnklassen darzustellen, wurden die Löhne 1977 und 1983 gleichgesetzt. Zur Berechnung der Löhne wurde die Dienstaltersstufe 7, verheiratet, 1 Kind, unterstellt. Von dieser Annahme wurde ausgegangen, da keine neuen Daten über die Altersstruktur im öffentlichen Dienst vorliegen und die letzten veröffentlichten Daten von 1977 stammen. Diese Annahme berührt aber die Aussagen über die Entwicklung der Belegung in den einzelnen Lohn- und Vergütungsgruppen nicht.

Insgesamt erfaßt sind in den Berechnungen knapp 5000 städtische Beamte, Arbeiter und Angestellte.

ZU DEN SCHAUBILDERN:

Datengrundlage der Schaubilder auf diesen Seiten sind die Haushaltspläne der Stadt Bielefeld für die Jahre 1977 ff. In den kommunalen Haushaltsplänen finden sich als Anhang genaue Stellenpläne, die einen Überblick über die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur nach Vergütungsgruppen ermöglichen. Aus den Haushaltsplänen geht allerdings nicht hervor, ob der sogenannte "Stelleninhaber" auch tatsächlich nach der Vergütungsgruppe bezahlt wird, die in dem Stellenplan genannt ist. Außerdem sind in vielen kommunalen Stellenplänen Teilzeitbeschäftigungen nicht gesondert ausgewiesen, so daß man darüber auf Vermutungen angewiesen ist.

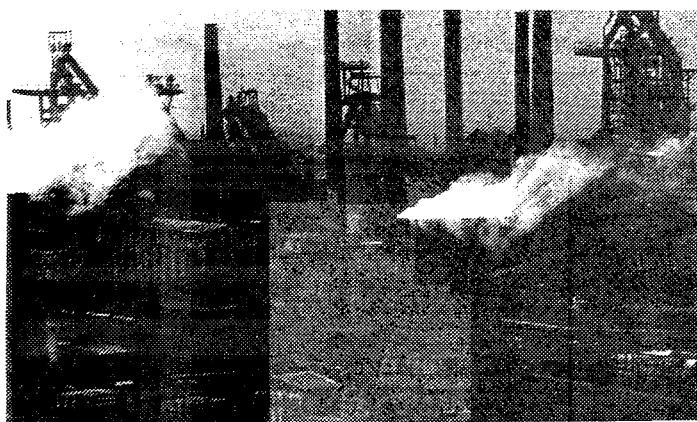
In den vorliegenden Rechnungen sind nur die Beschäftigten der Stadt Bielefeld erfaßt, nicht die Beschäftigten der kommunalen Wirtschaftsbetriebe und ebensowenig die Beschäftigten der Krankenhäuser. D.h. es sind in der Hauptsache die städtischen Behörden erfaßt, und aus dem Arbeiterbereich die Stadtreinigung, Müllabfuhr etc. Unter Berücksichtigung der Beschäftigten der Wirtschaftsbetriebe sowie der Krankenhäuser würde sich vermutlich ein anderes Bild der Verteilungen ergeben, eine noch stärkere Belegung der unteren Lohnzonen. In den Rechnungen sind auch die Auszubildenden nicht berücksichtigt.

Die Daten aus dem Jahr 1977 geben die tatsächliche Besetzung der Lohn- und Vergütungsgruppen wieder und nicht den Voranschlag, der im Haushaltsplan für das Jahr enthalten war. Die tatsächliche Besetzung der Stellen liegt jeweils um einige Prozent unter dem Anschlag, eine gängige Methode der öffentlichen Dienstherrn, an der Lohnsumme zu sparen und die Arbeitsintensität zu steigern. Weil aus dem Jahr 1983 noch keine Ist-Daten über die Stellenbesetzung vorliegen, wurden die Planungen zur Gegenüberstellung

Im nächsten Heft

Konjunktur

Kapital und Regierung auf eisernem Kurs



Chemieindustrie

IG Farben-Nachfolger: weltweite Interessen größer denn je

Die Bayer AG, die BASF und die Hoechst AG sind heute die drei größten Chemiekonzerne der Welt, eine Position, die die IG Farben selbst während der faschistischen Diktatur nie erreicht hat. 48% des Anlagekapitals der westdeutschen Chemieindustrie befinden sich im Ausland, die Kapitalisten beuteten dort in 1544 Betrieben 280000 Lohnabhängige aus. Nach dem verlorenen Krieg

verfügten die drei Konzerne insgesamt über größere Produktionskapazitäten als bei Kriegsbeginn. Die von den alliierten Siegermächten geplante völlige Zerschlagung des Konzerns wurde verhindert, die erste Bundesregierung – persönlich mit der IG Farben eng verbunden – tat alles, um eine günstige Ausgangslage für den erneuten Kampf um den Weltmarkt zu schaffen.

Im letzten Jahr haben im direkten Zusammenspiel Regierung und Kapital den Gewerkschaften niedrigste Lohnabschlüsse abgepreßt. Mit dem Bundeshaushalt 1984 steht für die Bundesregierung ein Null-Abschluß fest. Der Präsident des Kapitalistenverbandes Metall, Hasenclever, will mehr. Er verlangt von den Gewerkschaften, das „riesige tote Kapital“ der Streikfonds für Schaffung von Arbeitsplätzen herauszugeben. 1933 wurde letztmals so verfahren.



Krankenhausärzte

Arbeitsbedingungen der Ärzte in den Krankenhäusern



Bekannt sind allgemein die häufigen Bereitschaftsdienste der Assistenzärzte in den Krankenhäusern, die bis zu fünfzehn mal im Monat über die 40-Stunden-Woche hinaus geleistet werden müssen und zum Teil einen ununterbrochenen Dienst von 32 Stunden und mehr bedeuten. Diese Dienste haben Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensbe-

dingungen. Der abgeschlossene Tarifvertrag vom 22.11.82, der die Zahl der Dienste begrenzen und einen Freizeitausgleich bringen sollte, wird von den Krankenhausträgern in Niedersachsen, aber auch in anderen Bundesländern, nicht eingehalten. Welche Probleme gibt es im Kampf gegen die Krankenhausträger? Wie wirkt sich der Arbeitsmarkt aus?

Sowjetunion

Beschlüsse zu den Rechten der Arbeiter und Gewerkschaften

Wieder einmal habe sich der Bankrott der Planwirtschaft erwiesen und mit „Stärkung der Arbeitsdisziplin“ ließe die Führung der Sowjetunion die Arbeiter büßen, so die gehässigen Kommentare der BRD-Presse. Welche Rechte haben die Arbeiter in der UdSSR aber tatsächlich und wie werden sie durch die jüngsten Beschlüsse zur Wirtschaftsreform des Zentralkomitees der KPdSU, des Ministerrats und der Gewerkschaften berührt?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517457